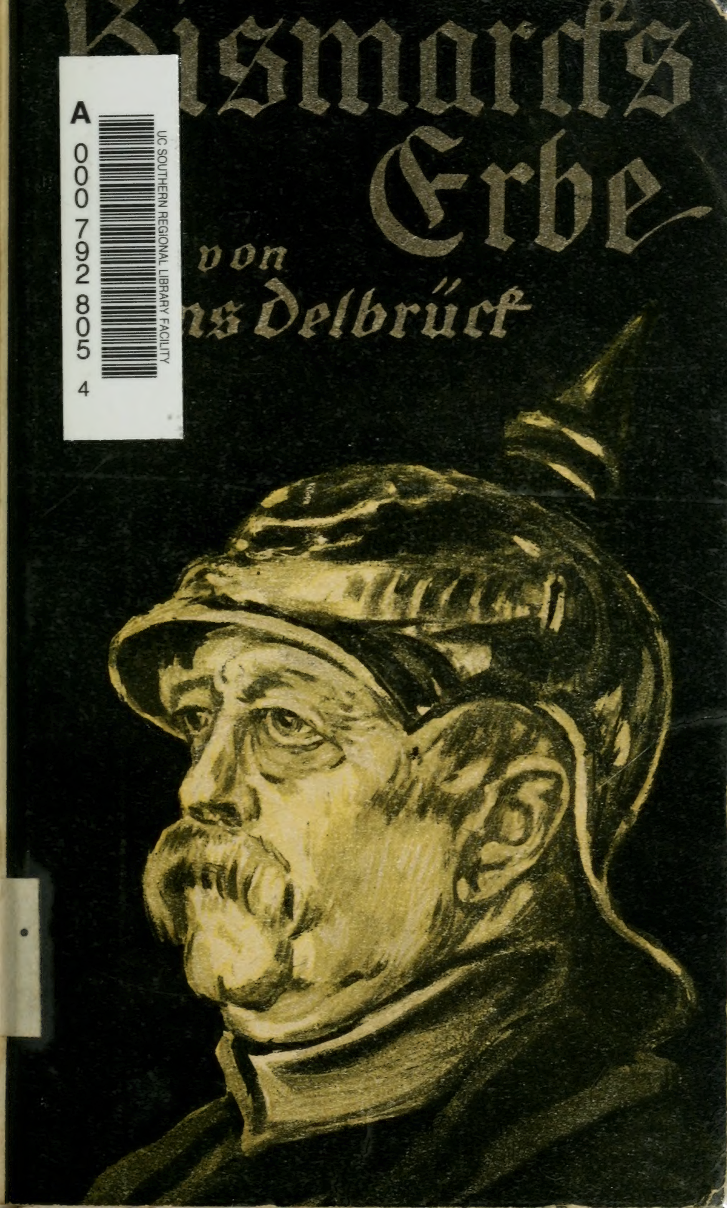
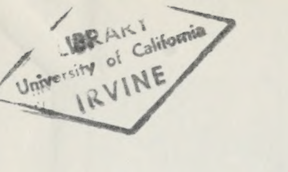
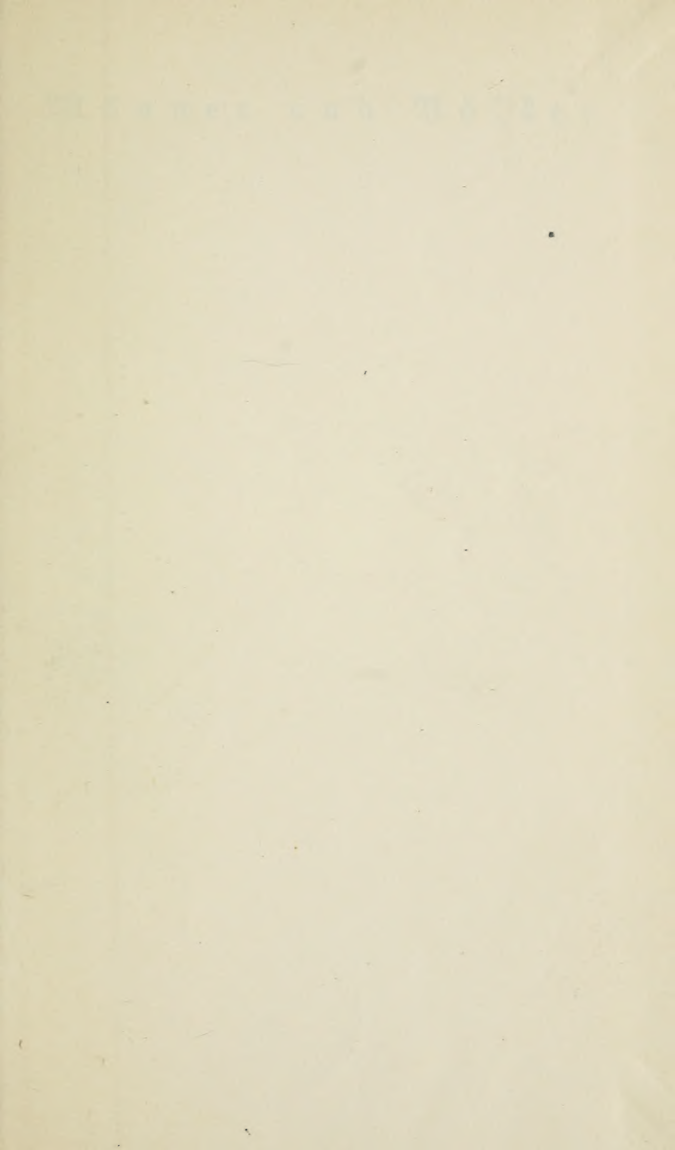

Bismarcks
Erbe
von
ns Delbrück


LIBRARY
University of California
IRVINE

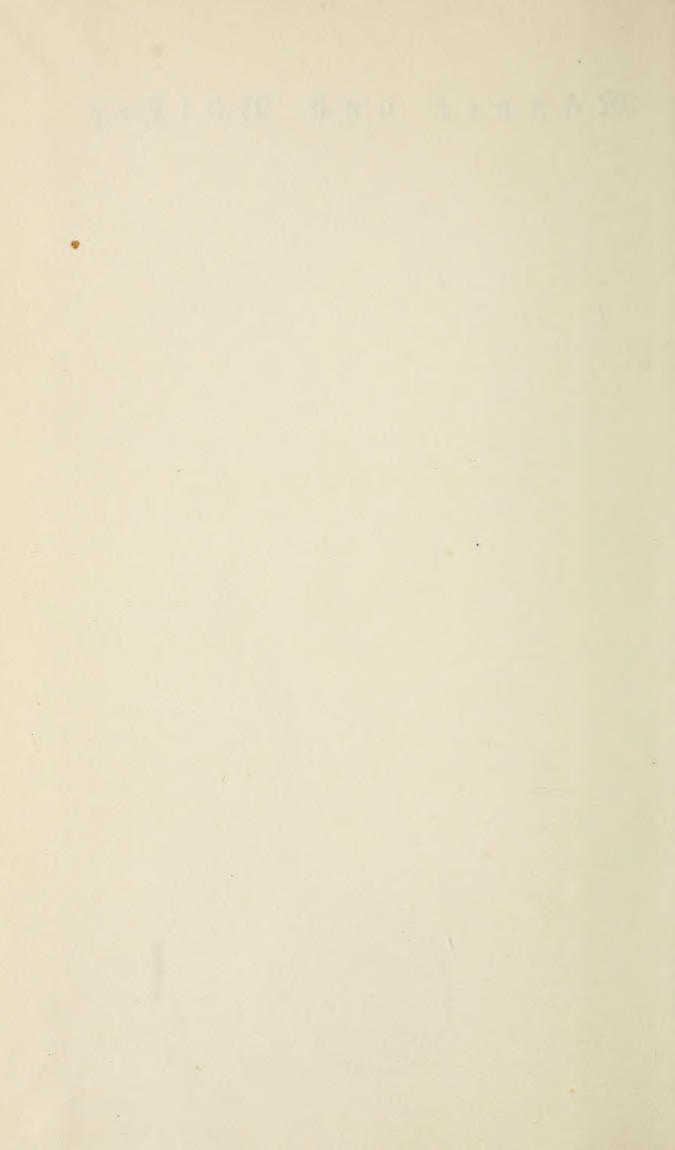




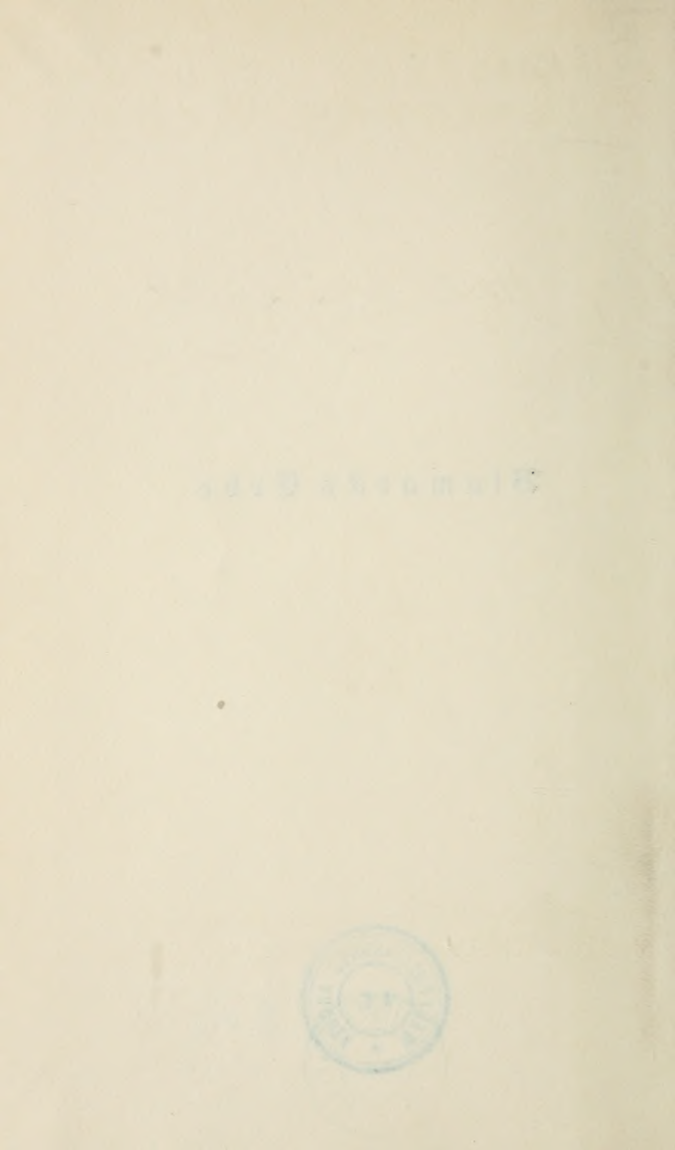




Männer und Völker



Bismarcks Erbe



Bismarcks Erbe

von

Hans Delbrück



1 9 1 5

Verlag Ullstein & Co, Berlin / Wien



Das Erbe Bismarcks das ist das Werk Bismarcks unter dem Gesichtspunkt seiner Fortführung. Man kann ein Werk nicht fortführen, ohne es zu kennen. Ich will Bismarcks Werk also untersuchen, beschreiben und darstellen, aber nicht wie es etwa die Aufgabe eines Biographen ist, oder die eines Historikers der unter Bismarcks Führung stehenden Geschichtsperiode, sondern unter dem Gesichtspunkt, inwiefern diese Periode die Vorstufe bildet für die nächstfolgende, die unserige. Denn die Weltgeschichte steht nicht still; jedes Ereignis hat seine Folgen, die bald früher, bald später hervortreten, und nur mit einer gewissen Willkür setzen wir an dem Ufer des ununterbrochen dahinrauschenden Stromes Merkzeichen, mehr um uns an ihnen zu orientieren, als daß die Abschnitte wirklich scharf voneinander geschieden wären. Damit eine histo-

rische Darstellung befriedige, wird sie den Abschnitt, den sie behandelt, möglichst als etwas in sich Abgeschlossenes betrachten und nur mit mehr oder weniger angedeuteten Ausblicken über die selbstgewählten Grenzen hinausführen. Was ich mir hier vorgenommen habe, soll gerade die Beschäftigung mit diesen Ausblicken sein, für die uns das Werk Bismarcks das Piedestal gibt, man kann auch sagen, die Anlage, die durch ihre eigenen inneren Konsequenzen über sich selbst hinausgetrieben wird. Wir gehen zu diesem Zweck auf die Kämpfe zurück, die Bismarck durchzufechten gehabt hat, um an den Widerständen, die ihm geleistet wurden, nicht nur die Größe seiner Taten zu ermessen, sondern auch erkennen zu lassen, wie diese Zeit mit ihren Gegensätzen erst überwunden sein mußte, ehe die neue Zeit, die unsere, das Erbe im wahren Sinne, das heißt durch Aufpfropfung neuer schöpferischer Gedanken antreten konnte.

Bismarcks Werk ist die Erfüllung der deutschen Sehnsucht, die Herstellung des deutschen Nationalstaats vermöge der militärisch-politischen Kraft des Preußischen Staats, die Verschmelzung des preußischen Gedankens mit dem deutschen.

Preußen selber aber ebenso wie Deutschland war nichts Einheitliches.

Preußen war ein aus sehr verschiedenen, ja entgegengesetzten Elementen zusammengeschweißtes Gebilde, während der deutsche Nationalgedanke trotz derselben Sehnsucht doch für seine Verwirklichung nach den allerverschiedensten Richtungen auseinanderstrebte. Der Grundstock des Preußischen Staates ist der Staat Friedrich Wilhelms I. und der Ruhm Friedrichs des Großen, absolutistisch mit feudalem Einschlag, dem durch den Aufruf „An mein Volk", die allgemeine Wehrpflicht und die Freiheitskriege Gedanken zugeführt waren, die zur Demokratie und zum freien Volksstaat hinleiteten. Die innere Geschichte Preußens seit 1807 ist durch den Kampf zwischen diesen entgegengesetzten Elementen in mannigfachen Abschattierungen ausgefüllt. Der deutsche Gedanke wiederum suchte sich zu gestalten bald in republikanischen Idealen, bald in romantischen, die den Anschluß an Österreich suchten, bald suchte er Zuflucht eben bei Preußen, und begegnete sich da mit Tendenzen, die in Preußen selber bereits lebendig waren.

Seit 1848 war der Gedanke, den deutschen Nationalstaat unter der Führung Preußens Fleisch werden zu lassen, lebendig und weit verbreitet. Die Aufgabe lag in der Durchführung, diese aber erforderte einen Heros, nicht nur, weil die widerstrebenden Kräfte außerordentlich stark waren, sondern auch namentlich, weil die Elemente selber, die berufen waren, sich zu dem neuen Organismus zusammenzufinden, untereinander widerstrebten und sich nicht zusammenfügen lassen wollten.

Der Versuch, den das Frankfurter Parlament im Jahre 1849 machte, ein Deutsches Reich mit preußischer Spitze zu schaffen, mißglückte. Man hat diesem Parlament vorgeworfen, daß es sich von Doktrinen habe leiten lassen und nicht realpolitisch gedacht habe. Soweit dieser Vorwurf berechtigt ist, wird er jedenfalls sehr gemildert durch die Erscheinung, daß auf dem entgegengesetzten Ende, da, wo man am allermeisten verpflichtet gewesen wäre, Realpolitik zu treiben, nämlich in Preußen, noch viel weniger davon zu finden war. Vergleicht man, so ist das Professorenparlament in Frankfurt ohne Zweifel sehr viel klarer, zielstrebiger und staatsmännischer gewesen als König

Friedrich Wilhelm IV. Jenes Parlament verkannte in seiner Majorität durchaus nicht ganz die Bedeutung des Preußischen Staates und der Preußischen Krone und suchte unter möglichster Ausschaltung der abstrakten Theorien über Volkssouveränität und Legitimität den König von Preußen für die deutsche Kaiserkrone zu gewinnen. Dieser selbst hatte zwar, was ihm niemand streitig machen kann, ein deutsches oder, wie er es selbst schrieb, ein teutsches Herz, gelangte aber nie zu einer klaren Vorstellung von der Mission seines Königtums für Deutschland. Kein Wunder daher, daß das Frankfurter Parlament die Bedeutung des preußischen Königtums wohl erkannte, aber doch, wie die Folge gezeigt hat, nicht hoch genug einschätzte. Liegt hier der eine Fehler, den man der ehrenwerten Versammlung machen darf, so liegt der andere auf der entgegengesetzten Seite, daß man die Macht und Berechtigung der demokratischen Tendenz in unserer Zeit nur unwillig und ungenügend anerkannte. Am liebsten hätte man ein Staatswesen geschaffen, in dem der Mittelstand ein parlamentarisches Regiment führte, auf der einen Seite dem preußischen König zwar als Kaiser eine gewisse

Stellung gab, den Preußischen Staat als solchen aber möglichst unterdrückte, auf der anderen die breiten Volksmassen möglichst von der Teilnahme an der Regierung fernhielt. Unter dem Gesichtspunkt des später Gewordenen scheinen diese beiden Fehler allerdings fundamental; trotzdem reichen sie nicht aus, die Arbeit dieses Parlaments im ganzen zu verdammen: die Hauptsachen, die preußische Spitze, das Erbkaisertum, die Erhaltung der Einzelstaaten, der Ausschluß Österreichs aus dem Reich, aber ein dauerndes deutsch-österreichisches Bündnis sind doch schon damals richtig erkannt und erstrebt worden. Daß schließlich nichts erreicht wurde, daß man zu dem elenden alten Bundestag noch auf ein halbes Menschenalter zurückkehren mußte, lag nicht an den Fehlern jener Verfassung, sondern an dem Mangel eines wirklichen Staatsmannes in Berlin und noch mehr an der internationalen europäischen Konstellation, der Feindseligkeit, mit der neben Österreich auch Rußland, England und Frankreich die deutschen Bestrebungen betrachteten und einen Widerspruch ankündigten, den zu bestehen man vielleicht nicht stark genug gewesen wäre.

Als Mann zwischen dreißig und vierzig hat Bismarck an diesen Kämpfen teilgenommen und die verschiedenen Kräfte und Bestrebungen, mit denen er sich auseinanderzusetzen, mit denen er zu arbeiten hatte, kennen gelernt.

Als den festen Punkt, an dem die Revolution von 1848 gescheitert war, wenn es auch selber noch keine bewußte Politik zu machen verstand, hat er das preußische Königtum erkannt. Den König, den Kriegsherrn der Armee für seine Ideen zu gewinnen, darauf kam es an. Nie wird man Bismarcks Politik richtig verstehen, wenn man nicht die Orientierung nach der Persönlichkeit und dem Charakter König Wilhelms in allererster Linie ins Auge faßt.

Man hat mir viele gute Eigenschaften nachgerühmt, hat Bismarck einmal mit feiner Selbstironie von sich gesagt, aber eine hat man stets vergessen: daß ich ein Hofmann bin.

Der König war gleich im Beginn seiner Regierung in einen Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus wegen der Reorganisation der Armee mit der dreijährigen Dienstzeit geraten. Nachdem nunmehr der Reichskanzler Caprivi die zweijährige Dienstzeit zuge-

standen und diese sich in dem jetzigen Kriege so glänzend bewährt hat, könnte man meinen, daß es nichts als das Vorurteil des ganz im Soldatischen aufgehenden Königs gewesen sei, das den Konflikt verschuldete, und daß man schon damals ebensogut zu einem friedlichen Ausgleich hätte kommen können, wie dreißig Jahre später. Aber das wäre eine unrichtige Auffassung, wie schon die einfache Erinnerung zeigt, daß es auch dem Reichskanzler Caprivi keineswegs leicht geworden ist, diese Reform durchzusetzen, und daß es im wesentlichen dieselben Elemente waren, die ihm im Reichstag dabei Opposition machten wie diejenigen, die sich der Reorganisation von 1860 widersetzten. Caprivi mußte den Reichstag erst auflösen und vermochte auch dann seine Vorlage nur mit ganz geringer Majorität mit Hilfe der polnischen Stimmen durchzusetzen, die er durch seine geschickte Taktik zu gewinnen wußte. Die deutsch-freisinnige Partei aber unter Führung Eugen Richters widersprach, weil die zweijährige Dienstzeit nicht, wie man gehofft hatte, eine Ersparung, sondern sogar wegen der damit verbundenen verstärkten Aushebung und des intensiveren Dienstbetriebes eine Erhöhung

der Kosten brachte. Es lassen sich auch wohl innere Gründe dafür anführen, die es 1860 ratsam erscheinen ließen, daß Preußen die dreijährige Dienstzeit beibehielt, während das Deutsche Reich sie nach seiner vollständigen Konsolidierung fallen lassen konnte. Aber wie dem auch sei, selbst wenn man annehmen will, daß König Wilhelm auf diesem Punkt sehr wohl hätte nachgeben können, um den Verfassungskonflikt wäre man doch nicht herumgekommen, da in dem damaligen Liberalismus noch durchaus die Vorstellungen des englischen Parlamentarismus lebten, dem König Wilhelm und das ganze Altpreußentum unter keinen Umständen sich zu unterwerfen entschlossen waren. Daß der Kampf sich gerade um die dreijährige Dienstzeit entzündete, war ein mehr zufälliges Moment; dem Ministerpräsidenten von Bismarck selbst lag daran wenig; er hätte sich auch mit zwei Jahren, verstärkt durch eine Anzahl Kapitulanten, begnügt, aber auch für eine zehnjährige Dienstzeit, schrieb er später, wäre er eingetreten, wenn der König sie gewollt hätte, denn dies war ihm das entscheidende Mittel für die Durchsetzung seiner Politik. Indem er den Kampf an dieser Stelle aufnahm, verband

er sich nicht nur aufs allerengste den König selbst, sondern hatte auch die stärkste Potenz in Preußen, den Geist der Armee, das Offizierkorps hinter sich. Welche Wege er auch in der Politik einschlug, auf diesem Boden stand er so fest, daß er nicht so leicht zu verdrängen oder zu stürzen war, selbst wenn er noch so viel Unzufriedenheit erregte und der König selbst in Zweifel und Bedenken geriet.

Daß das aber geschehen würde, darüber kann sich Bismarck von Anfang an keiner Täuschung hingegeben haben. Nur sehr ungern hatte der König ihn überhaupt berufen; die Bismarckschen Ideen erschienen ihm zu extravagant und gefährlich. Er berief ihn endlich auf den Rat des Kriegsministers von Roon, als der Verfassungskonflikt auf einen Punkt gediehen war, der nur noch Abdankung oder Unterwerfung übrigzulassen schien, und Roon erklärte, daß Bismarck der Mann und der einzige Mann sei, der die Fähigkeit habe, den Kampf fortzuführen. Roon selber war eine starke und bedeutende Persönlichkeit und hat um die preußische Armee und um den Preußischen Staat unvergeßliche Verdienste, aber ein weitblickender Staatsmann war er keineswegs. Ihm gebührt der Ruhm,

Bismarck an die entscheidende welthistorische Stelle gebracht zu haben, aber auch er sah in ihm nur den Mann, der die Reorganisation der Armee politisch durchzukämpfen hatte. Die weiteren politischen Ideen des neuen Ministers waren ihm fremd und unsympathisch. Als Bismarck in der ersten Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses einige Andeutungen über seine politischen Ziele und Hoffnungen machte, da brummte auch Roon beim Nachhausegehen schon etwas von „geistreichen Exkursen", „die der konservativen Sache nur Schaden brächten", und nun gar die Abgeordneten wußten schlechterdings nicht, was sie von dem neuen Ministerpräsidenten und seinen wundersamen Redewendungen halten sollten. Was half es Bismarck da, daß er ihnen symbolisch andeutete, daß er den Frieden mit ihnen wolle, indem er ihnen einen Ölzweig, den er aus Frankreich mitgebracht habe, hinlegte, und sie mit der äußersten Höflichkeit behandelte — sie verstanden ihn eben nicht, oder aber, wie der treffliche spätere Reichstagspräsident Simson sagte, wenn sie sich seiner Führung anvertrauen wollten, so würden sie Offiziere ohne Soldaten sein, denn das Volk würde ihnen nicht folgen.

Nur auf den König gestützt und mit Hilfe des Königs konnte der Minister seine Politik machen. Wie war das aber wieder möglich, da der König seinerseits durchaus nicht das wollte, ja es verabscheute, in jeder Beziehung verabscheute, was der Minister wollte? Jeder gemeine Sterbliche hätte bei dieser Sachlage an dem Gelingen verzweifelt. Bismarck nicht; frohgemut und völlig sicher über das Ziel wie über die Methode ging er an die Arbeit.

Bei der ersten großen Unterredung auf dem Spaziergang im Park von Babelsberg am 22. September 1862 hatte der König den Minister festlegen wollen, indem er ihm ein Programm vorlegte, auf das er sich verpflichten sollte. Bismarck wies das ab als unnötig. Er werde die Regierung führen nach dem Befehl des Königs; sollte er anderer Meinung sein als sein Herr, so werde er das so pflichtschuldigst wie freimütig aussprechen, sich aber, wenn er den König nicht überzeugen könne, unterwerfen; denn in Preußen regiere der König.

Sich beim König festzusetzen, nahm Bismarck den Kampf mit dem Abgeordnetenhaus nicht nur auf, sondern verschärfte ihn noch. An die Stelle

der ursprünglichen Höflichkeit trat absichtliche Brüskierung und Herausforderung, wie z. B. daß er auf seinen Platz am Regierungstisch trat, indem er eine große Rauchwolke von der Zigarre, die er in dem hinterliegenden Ministerzimmer geraucht hatte, vor sich herblies. Wer waren die Männer, denen er bald in dieser spöttischen Weise seine Mißachtung kundgab, bald mit den schärfsten, auch persönlich verletzenden Worten, feindselig entgegentrat? Es waren die Twesten, Forckenbeck, Gneist, Sybel, Unruh, Simson, dieselben, von denen er wußte und ersehnte, daß sie einmal seine Freunde und Bundesgenossen werden sollten. Er hatte es ihnen ja schon kundgetan — weshalb diese Veränderung des Tons? Weil er wußte, daß er zunächst mit ihnen doch noch nichts machen könnte, sich aber auf der anderen Seite um so mehr sicherte. Welche innere Sicherheit, welch ein Glaube an seinen Erfolg gehörte dazu, in dieser Art sozusagen mit den Menschen zu spielen und darauf zu vertrauen, daß sie sich unter den Ereignissen, wie er sie herbeizuführen dachte, wandeln würden!

Nicht bloß in Preußen, auch im übrigen Deutsch-

land schien Bismarck durch den Kampf mit dem Abgeordnetenhaus, der sich bis zum Verfassungskonflikt und dem Vorwurf des Verfassungsbruchs steigerte, seinem Ziel direkt entgegenzuarbeiten, die Erlangung unmöglich zu machen. Was er wollte, war die Überführung der preußischen Politik in die deutsche, die Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens. Für dieses Ziel gab es auch außer Preußen eine erhebliche Partei, dieselbe, die im Frankfurter Parlament schließlich sogar die Majorität erlangt und Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone angeboten hatte. Auch nach Zusammenbruch ihrer Hoffnungen, auch in der schrecklichen Reaktionsperiode bis 1858 war sie nicht erstorben, sondern hatte sich 1859 im Nationalverein unter dem Hannoveraner Rudolf v. Bennigsen eine kräftige Organisation gegeben und wollte nun fast verzweifeln, daß Preußen durch seine innere Politik das moralische Ansehen, das es im übrigen Deutschland besaß, mutwillig zerstörte und das Arbeiten zu seinen Gunsten selber verhinderte und unmöglich machte.

Alles das wurde mit realpolitischem Blick geopfert, um das eine Unentbehrliche in die Hand zu

bekommen, die Gunst des Königs und die Kraft der preußischen Armee.

Denn, wie Bismarck auch schon in jener denkwürdigen Kommissionssitzung des Abgeordnetenhauses hatte fallen lassen, die deutsche Frage war nur zu lösen durch Blut und Eisen, durch einen Krieg. Zwar in der Sehnsucht nach einem Deutschen Reich, an Stelle des Deutschen Bundestages, darin war sich das deutsche Volk so ziemlich einig, soweit es überhaupt politisch dachte und sich ein politisches Ziel setzte, aber in welcher Art und auf welchem Wege dieses Ziel zu erreichen sei, darüber standen sich die Auffassungen und Wünsche diametral gegenüber. Der Brennpunkt aller gegeneinander strebenden Willeleien aber war das Verhältnis zu Österreich: sollte dieser Staat, der mit seiner deutschslawischen Hälfte dem deutschen Bunde angehörte, auch dem zukünftigen deutschen Reichsorganismus angehören oder nicht? Schon das Frankfurter Parlament hatte darauf die theoretisch richtige Antwort gegeben, die da hieß: Ausscheiden aus dem Reich, aber internationales, dauerndes Bündnis — aber Österreich selber widersprach, und zur Lösung konnte man daher nur

gelangen, wenn man entschlossen war, es auch auf einen Krieg deshalb ankommen zu lassen.

Bismarck faßt ihn von Anfang an ins Auge, nicht gerade als ein unmittelbares Ziel — denn was mochte an unberechenbaren Zwischenfällen sich noch dazwischen legen? Was konnten sich noch für Übergangsstufen auf dem Wege zeigen, auf denen ausgeruht werden mußte? Gerade der praktische Staatsmann ist am wenigsten ein Prophet. Aber indem er vorwärts ging, rechnete er fortwährend mit der Möglichkeit des Krieges und scheute sie nicht. Nur allmählich, Schritt für Schritt kam er vorwärts. Der Zufall, daß König Friedrich VII. von Dänemark starb (15. November 1863) und damit die Schleswig-Holsteinsche Erbfrage aufging, hielt ihn auf, schaffte ihm aber mittelbar gerade das, was er wünschte, den positiven Streitgegenstand mit Habsburg. Wie er die Liberalen in Deutschland vor den Kopf stieß, die er doch als die zukünftigen Freunde in Aussicht nahm, so schloß er umgekehrt mit Österreich das Bündnis gegen Dänemark, um daraus die Gegnerschaft zu entwickeln.

Aber je näher man dem Punkt kam, wo es Biegen

oder Brechen galt, desto schwerer bewegte sich der Wagen, desto ungeheuerlicher erschien das Unternehmen.

Preußen mit seinen 18 Millionen Einwohnern sollte es mit Österreich aufnehmen, das allein doppelt soviel Seelen zählte, und dem die sämtlichen deutschen Mittelstaaten, die sich nicht unter die preußische Hegemonie beugen wollten, beitraten. Dabei war in Preußen selbst tiefer Zwiespalt zwischen König und Volk wegen des Verfassungskonflikts. Der Landtag konnte um eine Anleihe für diesen Krieg nicht einmal angegangen werden. Zur Seite aber stand das lauernde Frankreich unter Napoleon III., der Erbfeind, der die Gelegenheit, daß die deutschen Mächte sich untereinander zerfleischten, sich zunutze zu machen bestrebt sein mußte. Das ganze deutsche Volk wollte von dem Bruderkrieg nichts wissen; selbst die preußische Armee ging nicht gern in ihn hinein. Der natürliche Feind war ihr doch der Franzose. Kaiser Franz Joseph schrieb an König Wilhelm einen Brief, worin er ihn an den Bund seines Vaters mit Kaiser Franz und das treue Zusammenhalten von 1813 erinnerte. Die Gemahlin des Königs,

die Königin Augusta ebenso wie sein einziger Sohn und Erbe, der Kronprinz, bestürmten ihn, von dem unseligen Menschen, dem Bismarck, und der Politik, die notwendig ins Verderben führen müsse, zu lassen. Die Bundesgenossen, die Bismarck für seine Politik zu gewinnen versuchte, versagten. Er bot Bayern als dem zweitgrößten Staat in dem zukünftigen Bunde eine sehr bevorzugte Stellung — Bayern ließ sich auf nichts ein, sondern blieb bei Österreich. Er zeigte dem deutschen Volk, wohin er es führen werde, indem er ein Bundesparlament mit allgemeinem Wahlrecht vorschlug (April 1866). Die Antwort gab ihm der Kladderadatsch, indem er ankündigte, er werde sein Geschäft als Witzblatt aufgeben; dieser Konkurenz sei er nicht gewachsen; das Ministerium Bismarck appelliere an die deutsche Nation und wolle sich aufs Volk stützen! Ebenso tönte es aus Süddeutschland: wenn der Teufel ins Weihwasser falle, mache er wunderliche Sprünge, aber possierlicher als dieser Verzweiflungssprung des edlen Grafen Bismarck sei nie etwas gewesen. Sogar Rudolf v. Bennigsen hatte kein Vertrauen und wies das Angebot, das ein Abgesandter Bismarcks ihm machte, zurück:

man glaube weder an den Ernst seiner Vorschläge noch an seinen Ernst zum Kriege; er könne den Krieg gar nicht führen, da er die öffentliche Meinung zu sehr gegen sich habe.

Es gelang Bismarck zwar, in dem Bündnis mit Italien die Ergänzung der physischen Kraft, ohne die Preußen den Kampf nicht bestehen konnte, zu schaffen, aber Italien stand ganz unter dem Einfluß Napoleons, war selbst voller Mißtrauen, und es war sehr fraglich, wie weit ihm zu trauen sei. Wenn es nun im letzten Augenblick sich von Österreich mit Venetien abfinden und Preußen allein ließ? Wie konnte Bismarck unter solchen Gefahren, gegen solche moralische Widerstände hoffen, dem König den Entschluß zum Kriege zu entreißen? Die ganze Politik beruhte schließlich auf Bismarcks Person, und gegen ihn hatte der Volkshaß einen solchen Grad erreicht, daß mitten in der Krisis (7. Mai 1866) in Berlin Unter den Linden ein Attentat gegen ihn versucht wurde, von dem schwer zu begreifen ist, wie es mißglücken konnte; das Volk aber bedauerte nur, daß der große Bösewicht das Leben behalten habe.

Nur ganz allmählich wurde die Mobilmachung und dann der Aufmarsch ins Werk gesetzt; mehr als 2½ Monate dauerte es von den ersten Maßregeln bis zum Kriegsbeginn, und mittlerweile wurden immer wieder neue Verhandlungen angeknüpft und neue Versuche gemacht, den Frieden zu erhalten.

Wie es endlich zum Kriegsentschluß gekommen ist, darüber will ich hier eine Erzählung einfügen, von der ich glaube, daß sie bisher nicht in die Öffentlichkeit gekommen ist. Graf Lehndorff, der damals als Rittmeister der Garde du Corps Flügeladjutant des Königs war, hat sie einem Herrn erzählt, aus dessen Munde wiederum ich sie gehört habe. An einem Tage, erzählte Lehndorff, habe er den Dienst gehabt und nacheinander Roon, Moltke und Bismarck beim König zu melden gehabt zum Vortrag über die zur Entscheidung drängende strategische Lage. Zuerst kam Roon (der ja der eigentliche Vertrauensmann des Königs war) und kam unverrichteter Dinge heraus. Dann kam Moltke und trug dem König vor, jetzt habe Preußen noch im Verhältnis von innerer und äußerer Linie den Vorteil, der aber in Nachteil umschlagen müsse,

wenn man den Österreichern noch Zeit lasse*). Der König antwortete, das habe alles keine Bedeutung, da er den Krieg nicht wolle und Friede bleiben werde.

Nun kam als dritter Bismarck. Nach einiger Zeit hörte Lehndorff, daß das Gespräch so heftig und laut wurde, daß er Vorsorge traf, daß niemand weiter ins Vorzimmer käme und auch die Lakaien entfernte. Endlich kam Bismarck heraus, blieb eine ganze Zeitlang wie verstört stehen und sagte endlich: ‚Gehen Sie hinein und melden Sie mich noch einmal.' Lehndorff ging hinein, kam aber wieder heraus mit dem Bescheid, die Sache sei entschieden und der König wolle nicht weiter darüber sprechen. Da packte Bismarck Lehndorff, der selber ein über sechs Fuß großer, starker Mann war, warf ihn beiseite, riß die Tür auf und ging hinein. Von neuen erhob sich drinnen die immer heftiger und lauter werdende Diskussion. In einer Art von Verzweiflung, was er tun solle, stand Lehn-

*) Ich gebe diesen Satz so wieder, wie ich ihn gehört und gleich nach dem Gespräch niedergeschrieben habe. Ob er ganz dem entspricht, was Moltke wirklich gesagt hat, und wie er dann zu interpretieren ist, bleibe dahingestellt.

dorff vor der Tür. Bismarck hatte ihm beim Herauskommen durch sein verstörtes Wesen den Eindruck gemacht, als sei er verrückt geworden. Jetzt malte er sich aus, wie der Wahnsinnige drin gegen den Herrn gewalttätig werde. Sollte er als getreuer Flügeladjutant, der doch den Lärm hörte, draußen untätig bleiben?

Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, Bismarck stürzte heraus, warf sich halbtot auf die im Vorzimmer stehende Couchette und sagte: ‚Lassen Sie mich möglichst lebendig nach Hause bringen; der Krieg ist erklärt.‘

Ehre dem König, der sich dem deutschen Bruderkrieg, dem Krieg gegen den Freund und Verbündeten, bis aufs äußerste widersetzte. Ehre aber auch dem Staatsmann, der die bittere Notwendigkeit als solche erkannt hatte und endlich durchriß.

Die Schlacht bei Königgrätz wurde geschlagen, und am Abend sagte Roon zu seinem Freunde: „Na Bismarck, diesmal hat der brave pommersche Musketier Sie noch einmal herausgehauen."

Die politische Arbeit aber fing für ihn darum erst recht an.

Der brave Musketier und die geniale Strategie Moltkes hatten den Krieg gewonnen, aber sie hätten ihn nicht gewinnen können, ohne die Reorganisation der Armee von 1860, die der König mit Recht als sein eigenstes Werk ansah. Die Armee also und ihr Haupt, der König, wollte jetzt auch das Ziel des Krieges bestimmen. In die feindliche Hauptstadt einziehen und sich Grenzländer abtreten zu lassen, schien das natürliche Ergebnis des herrlichen Sieges sein zu müssen.

Ganz anderes wollte der Minister: er wollte Österreich schonen, ihm außer Venetien keine Abtretung auferlegen, verlangte nichts, als daß es aus dem deutschen Bunde ausscheide, und wollte Norddeutschland unter Preußens Führung zu einem reformierten Bunde vereinigen. Dieser Bund aber sollte nicht bloß ein Bund der Regierungen sein, sondern durch einen aus allgemeinem gleichen Stimmrecht hervorgehenden Reichstag zusammengehalten und der Verfassungskonflikt in Preußen gleichzeitig beigelegt werden, indem die Regierung um Indemnität für die verfassungswidrig ausgegebenen Gelder einkam.

Der König war außer sich über diese Zumutungen, die eine nach der andern an ihn herantraten. Dem neuen Bunde maß er wenig Wert bei; die „Indemnität" erschien ihm eine Demütigung; der Hauptkampf aber entbrannte gleich zuerst um den Frieden mit Österreich vor dem Einzug in Wien und ohne Landabtretung.

Der König dachte an die Erwerbung von Österreichisch-Schlesien und einem Teil von Böhmen; Prinz Friedrich Karl empfahl dazu das Deutsch-Böhmische, das sich am Erzgebirge entlangzieht. Der König wollte außerdem einen Teil von Sachsen und von Bayern die hohenzollernschen Stammlande Ansbach-Bayreuth.

Die Schlacht, die hier geschlagen wurde, galt einer Entscheidung nicht weniger groß und wichtig als die Schlacht bei Königgrätz selber. Es handelte sich darum, ob Preußen nichts weiter bleiben sollte als Preußen, oder ob Preußen mit neuem Lebensblut erfüllt, verjüngt, erneuert und erweitert zugleich werden sollte durch den deutschen Gedanken, die Idee des zukünftigen Deutschen Reichs.

Landabtretungen, damals Österreich auferlegt, hätten jede zukünftige Aussöhnung mit dem habs-

burgischen Kaiserstaat unmöglich gemacht; auch die Integrität Sachsens machte Österreich zur unerläßlichen Bedingung, und die Abtretung von Ansbach und Bayreuth hätte in Bayern eine solche Feindseligkeit erweckt, daß jeder deutsch-nationalen Politik die Bahn versperrt gewesen wäre.

Der König bestand darauf, daß Österreich als der Hauptschuldige an dem Kriege bestraft werde. Bismarck erwiderte ihm: Wir hätten nicht eines Richteramts zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben. Österreichs Rivalitätskampf sei nicht strafbarer als der unsrige gegen Österreich; unsere Aufgabe sei Herstellung oder Anbahnung der deutsch-nationalen Einheit unter Leitung des Königs von Preußen. Aber diese Argumente machten auf den König keinen Eindruck, und seine Auffassung war nicht nur seine persönliche, sondern auch die seiner militärischen Umgebung und der Generalität überhaupt, als deren Sprecher hauptsächlich sein Bruder, Prinz Karl, auftrat. Es wurde ein Kriegsrat zusammenberufen, in dem Bismarck, nach seiner eigenen Erzählung, der einzige Zivilist in Uniform war, und er blieb mit seinem Friedens-

vorschlag allein. Also auch Moltke und Roon müssen sich gegen ihn gewandt oder ihn wenigstens nicht unterstützt haben. Schließlich versagten seine Nerven; er stand schweigend auf, ging in das anstoßende Zimmer und wurde von einem heftigen Weinkrampf befallen. Er setzte eine Denkschrift auf zur Verteidigung seiner Auffassung, aber er richtete nichts aus; namentlich die Unterbrechung des Siegeslaufs der Armee erschien dem König unerträglich. Als der Minister in sein Zimmer zurückgekehrt war, erzählt er uns, sei ihm der Gedanke nahegetreten, ob es nicht am besten sei, sich aus dem vier Stock hohen Fenster hinauszustürzen. Jeden Augenblick konnte die Nachricht eintreffen, daß die Franzosen mobilgemacht hätten und an den Rhein marschierten. Dabei wütete im preußischen Heer in Böhmen und Mähren die Cholera.

Wenn aber die deutsche Idee, deren solange verborgene Fahne er jetzt aufziehen wollte, wirklich die innere Kraft hatte, die Bismarck ihr zutraute, und eine Wesenheit war, mußte sie jetzt nicht ihrerseits ihm entgegenkommen und ihm helfen?

Eine Idee muß, um wirksam zu werden, Ritter finden, die sie vertreten, und dieser Ritter kam in der Person des preußischen Kronprinzen.

Was jetzt folgt, weiß man aus den „Gedanken und Erinnerungen", aber ich bin in der Lage, diese Erzählung durch Mitteilung von der anderen Seite zu ergänzen.

Kaiser Friedrich hat es mir als Kronprinz selbst erzählt. „Als ich in Nikolsburg einmal den steilen Schloßberg hinaufging," lauteten seine Worte, „begegnete mir auf der halben Höhe der General von Moltke, der mir sagte: ‚Sie finden oben alles in der schlimmsten Bagarre, der König und Bismarck sehen sich nicht. Der Kaiser von Österreich hat durch die Vermittlung des Kaisers Napoleon Frieden angeboten, aber die Integrität Sachsens zur Bedingung gestellt, das will der König nicht zugeben.' Als ich hinaufkam, fand ich es wirklich so; der König und Bismarck hatten sich eingeschlossen und keiner wollte zum anderen. Ich machte nun den Vermittler."

Als Bismarck noch in seiner Verzweiflung beim offenen Fenster stand, hörte er, wie jemand eintrat, er ahnte, daß es der Kronprinz war, drehte

sich aber nicht um. Da legte ihm dieser die Hand auf die Schulter und sagte: „Sie wissen, daß ich gegen den Krieg gewesen bin; Sie haben ihn für notwendig gehalten, nun tragen Sie die Verantwortlichkeit dafür. Wenn Sie überzeugt sind, daß der Zweck erreicht ist und der Friede geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten."

Nach Bismarcks Erzählung ist der Kronprinz zum König hinübergegangen und nach einer kleinen halben Stunde zurückgekehrt. „Es hat sehr schwer gehalten, aber mein Vater hat zugestimmt." Nach des Kronprinzen Erzählung ist das nicht in einer Unterredung unter vier Augen geschehen, sondern der König hat von neuem einen Kriegsrat berufen und da zu seinem Sohn gesagt: „Sprich du im Namen der Zukunft," und damit war die Schlacht gewonnen.

Ich will nicht sagen, daß der Vorgang sich genau so abgespielt hat, wie ich ihn hier eben unter Zusammenziehung der beiden Erzählungen der Beteiligten gegeben habe. Es scheint sicher, daß sich sowohl bei Bismarck wie beim Kronprinzen

Ereignisse, die sich auf mehrere Tage verteilten, in der Erinnerung vermischt haben. Da ziehen sich leicht länger ausgesponnene Vorgänge, wo mancherlei Punkte einzeln zu behandeln sind und einer nach dem andern durchgekämpft wird, zu einer dramatischen Szene zusammen. Das Entscheidende, von beiden Seiten gleichmäßig Bezeugte ist, daß auch Bismarck dem Vorwurf, die Feder des Diplomaten wolle wieder verderben, was das Schwert des Soldaten gewonnen, nicht entgangen ist. Man verspottete ihn als den „Questenberg" im Lager, zürnte über den „faulen" oder gar „schmachvollen Frieden", die Generale spuckten vor ihm aus, um ihm ihre Verachtung zu bezeigen, wie er selber später erzählt hat, und er siegte endlich dennoch, indem der Erbe der Krone auf seine Seite trat.*)

*) Aus der umfangreichen Literatur über den Nikolsburger Frieden nenne ich den Aufsatz von W. Busch, Histor. Zeitschr. Bd. 92 (1904). Wenn ich oben seinen Feststellungen nicht genau gefolgt bin, so geschah es nicht, weil ich sie verwerfe, sondern nur um der Kürze, der gedrängten Darstellung willen. Nur in einem wesentlichen Punkte weiche ich wirklich ab. Busch meint, Roon und Moltke könnten unmöglich zu den Widersachern Bismarcks gehört haben. Aber hätte Bismarck wirklich so verzweifelt

Die Annexion von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt verletzte zwar den Legitimitätsgedanken, befriedigte aber das spezifische Preußentum; die Einbringung der Indemnität beim Preußischen Landtag und die Schaffung des Norddeutschen Bundes mit einer Verfassung, die hervorging aus der Vereinbarung mit einer Volksvertretung, gewählt nach dem allgemeinen Stimmrecht, bedeutete die Versöhnung mit den Liberalen und die Aufnahme des Grundgedankens der Demokratie in das werdende neue Staatswesen.

Elemente, die sich bisher aufs tödlichste gehaßt, Gegensätze, die sich bisher wie Gut und Böse, Himmel und Hölle einander gegenüber gestanden hatten, sollten sich jetzt zu einer organischen Einheit verschmelzen. Aber nicht im Frieden vollziehen sich solche geschichtlichen Verschmelzungen.

Bismarck wünschte den Liberalen entgegenzukommen, seine konservativen Ministerkollegen

---

kämpfen müssen, wenn er Roon und Moltke auf seiner Seite gehabt hätte? Mir scheint, ein Grund, seine Erzählung gerade in dem Punkt, daß er allein geblieben sei, zu verwerfen, liegt nicht vor.

aber taten das Gegenteil, und der König wollte sich von diesen, die ihm in der schweren Konfliktszeit treu zur Seite gestanden hätten, nicht trennen.

Einer der bedeutendsten Träger des Gedankens der Aussöhnung mit Bismarck und Begründung der nationalliberalen Partei, der Abgeordnete Twesten, war im Jahre 1865 wegen eines heftigen Angriffs auf den Justizminister im Abgeordnetenhause in Anklage versetzt. Der Prozeß war von um so größerer Wichtigkeit, als es sich nicht bloß um die Person Twestens, sondern um das Prinzip der parlamentarischen Redefreiheit handelte. Man sollte meinen, daß mit dem Einsetzen der neuen Politik ein solcher Zwischenfall ohne weiteres ins Meer der Vergessenheit versenkt worden wäre. Statt dessen legte die Staatsanwaltschaft noch im Februar 1867 wegen eines freisprechenden Urteils Nichtigkeitsbeschwerde ein, und im November 1867 wurde Twesten zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Gleich darauf hatte er selbst in der Budgetkommission einen überaus heftigen Zusammenstoß mit Bismarck, dem er Vertrauensbruch vorwarf, was dieser als persönliche Beleidigung aufnahm, so daß er sich weigerte,

weiter zu verhandeln. Durch die Vermittlung von Bennigsen und Forckenbeck wurde dieser Zwist noch beigelegt, und endlich gelang es auch jetzt, den sehr üblen Justizminister Grafen Lippe zu beseitigen und den Hannoveraner Leonhard an dessen Stelle zu bringen, der sich nicht nur als Jurist glänzend bewährte, sondern auch die neuen Provinzen im Staatsministerium vertrat.

Der Minister des Innern aber, Graf Fritz Eulenburg, der freilich ein sehr begabter und auch politisch aufgeklärter Mann war, und der Kultusminister v. Mühler blieben, und namentlich der letztere verwaltete sein Ressort in scharfreaktionärem Geiste. So gingen in derselben Regierung die entgegengesetzten Richtungen nebeneinander her. Alle Wasser wirbelten trübe durcheinander. Alle die alten Parteien gerieten in Verwirrung und lösten sich auf. Aus Teilen der alten Fortschrittspartei und den gemäßigten Liberalen bildete sich die neue nationalliberale Partei, die immer noch Oppositionspartei blieb, aber den Prinzipienkampf zurückstellte und durch Kompromiß von Fall zu Fall erst die neue Verfassung schaffen half und dann in einem Gesetz nach dem anderen für ihre

Anschauungen Raum gewann. Wieder war es hier der Kronprinz, der durch persönliche Einwirkung, besonders auf den Abgeordneten Twesten, versöhnend und vermittelnd forthalf. Ein erheblicher Teil der Fortschrittspartei aber blieb grollend beiseite stehen und konnte sich nicht genugtun in Verdammung der Charakterlosigkeit der „Nationalmiserablen", die ihre Grundsätze verleugneten und zwischen der zweiten und dritten Lesung ihre Ansichten änderten. Umgekehrt, je mehr die Nationalliberalen auf diesem Wege erreichten, desto stärker erhob sich der Groll der Konservativen gegen den Ministerpräsidenten, der sich von den altkonservativen Ansichten mehr und mehr entfernte. Eine Gruppe von hochstehenden, aufgeklärten Konservativen kamen ihm zwar so weit entgegen, daß sie eine neue parlamentarische Partei, die freikonservative, gründeten, die alten Freunde aber, mit denen er vom Vereinigten Landtag 1847 bis 1866 Schulter an Schulter gefochten, die Kleist-Retzow, Blankenburg, Gerlach, wandten sich von ihm ab.

Auch die Vollendung des nationalen Einigungswerkes schritt nicht in der Weise fort, wie die

nationalen Kreise und Bismarck selbst erhofften. Die süddeutschen Staaten waren mit dem Norddeutschen Bunde zusammengeschlossen durch den Zollverein und durch die militärischen Schutz- und Trutzbündnisse, die Bismarck insgeheim den Friedensschlüssen von 1866 beigefügt hatte. Für den Zollverein wurde ein eigenes Zollparlament geschaffen, in dem in Süddeutschland gewählte Abgeordnete dem Norddeutschen Reichstage beitraten. Man hätte meinen sollen, daß auf diesem Wege ganz von selbst durch die innere Logik der Dinge und die Kraft des nationalen Gedankens ein deutscher Reichstag und ein deutsches Reich hätten entstehen müssen. Aber so war es keineswegs; die große Mehrheit der Süddeutschen, die Demokraten auf der einen, die Klerikalen auf der anderen Seite, waren einig darin, dem Deutschen Bunde, der unter Führung des absolutistisch-reaktionären Preußen stand, nicht beitreten zu wollen, und die Ergebnisse des Zollparlaments waren dürftig.

Nun brach der französische Krieg herein. Ein Hauptgrund, weshalb die besten Preußen und Deutschen den Krieg gegen Österreich 1866 nicht gewollt hatten, war die Besorgnis, daß Frank-

reich die Gelegenheit benutzen und sich deutsche Gebiete aneignen könnte. Die Schnelligkeit, mit der Bismarck den Nikolsburger Frieden abschloß, zusammen mit der mangelnden Bereitschaft Frankreichs und der Unentschlossenheit des Kaisers, hatten damals den Ausbruch des Krieges verhindert. Als Napoleon dazu kam, seine Forderung eines Stückes des linken Rheinufers zu stellen, war der Friede mit Österreich bereits geschlossen und Bismarck konnte die französische Forderung schroff zurückweisen.

Aber der Anspruch Frankreichs auf eine Kompensation war geblieben; kein Zweifel, daß Bismarck in seinen vielfältigen Verhandlungen mit Napoleon, zu denen er wiederholt hingereist war, ihm vor dem Kriege allerhand Aussichten gemacht hatte. Es brauchte ja nicht deutsches Gebiet zu sein, was ihn abfand; aber auf Belgien und Luxemburg hatte er sein Auge geworfen und wollte zunächst Luxemburg seinem damaligen Souverän, dem König von Holland, abkaufen. Luxemburg zu opfern, wäre Bismarck im Jahre 1867 bereit gewesen, und nahm es nicht in den Norddeutschen Bund auf. Aber als die öffentliche Meinung in

Deutschland heftig aufwallte, und Bennigsen im Reichstag eine machtvolle, mit Beifallstürmen begleitete Rede gegen die Auslieferung dieses deutschsprechenden Landes an Frankreich hielt, da mußte sich Napoleon mit dem Kompromiß begnügen, daß das Land selbständig blieb und nur der neue Deutsche Bund auf das Besatzungsrecht, das der alte in Luxemburg besessen hatte, verzichtete.

Dem französischen Nationalstolz genügte das nicht, und er blieb aufs tiefste gekränkt, daß sich hier an seiner Grenze eine neue nationale Großmacht erhob, die den Franzosen den Rang, die „Große Nation" zu sein, streitig machte. Der preußische Gesandte, Graf Goltz, berichtete schon im Herbst 1866 aus Paris, Napoleon rechne darauf, daß Bismarck die Versprechungen, die er ihm gemacht habe, erfülle. Er könne sonst vor seiner Nation nicht bestehen und seinen Thron nicht behaupten; er müsse jetzt entweder ein Bündnis mit Preußen schließen oder eine Koalition gegen Preußen zustandezubringen suchen, wozu die Elemente weder in Petersburg noch in Wien fehlen würden. Mit anderen Worten, Napoleon verlangte, daß Preußen ihm helfe, Belgien zu

erwerben. Hätte Bismarck Belgien preisgegeben, so hätte er den Krieg mit Frankreich vermeiden können.

Merkwürdig genug klingt es heute, daß um der Erhaltung Belgiens willen im letzten Grunde Deutschland damals gegen Frankreich in den Krieg gegangen ist. Freilich kann man dazu sagen, und das mag man sich auch damals gesagt haben, daß trotz der Opferung Belgiens der Krieg nicht vermieden worden wäre. Die Eifersucht der Franzosen war viel zu stark; die Einverleibung Belgiens wäre nur der Auftakt gewesen für das Aufleben des alten Begehrens des ganzen linken Rheinufers. Wie dem auch sei, Bismarck bewies den Franzosen von jetzt an kein weiteres Entgegenkommen, und Napoleon knüpfte statt dessen mit Österreich und Italien an. Allem Anschein nach hat er aber den großen Krieg gegen Deutschland, dessen militärische Kraft er kannte, zu vermeiden gewünscht; er brachte das österreichisch-italienische Bündnis deshalb formell nicht zum Abschluß, sondern wünschte es nur so weit zu benutzen, um Preußen einzuschüchtern, um im letzten Augenblick, nachdem schon mobil gemacht sei, oder sogar noch nach der ersten Schlacht, sich mit ihm

zu vertragen, unter der Bedingung, daß Preußen mit Süddeutschland tue, was ihm gut scheine, und ihm dafür Belgien überlasse. Als die preußischen Diplomaten Paris verließen, reichte der Minister des Auswärtigen, Herzog v. Gramont, einem von ihnen die Hand mit den Worten: „Ich hoffe, daß nach einigen ritterlichen Schlachten unsere Souveräne sich die Hand reichen werden, so wie wir es jetzt tun." Als der Marschall Mac Mahon, der bis dahin Gouverneur von Algier gewesen war, sich bei Napoleon meldete, um sein Armeekommando zu übernehmen, sprach dieser kaum mit ihm über den Feldzugsplan, sondern sagte ihm, daß er sehr bald nach Algier zurückkehren werde und nur einen zeitweiligen Stellvertreter brauche.

Endlich als die französische Armee an der Grenze aufmarschierte, wurde sie in Hinblick auf diesen Plan nicht vollständig versammelt, sondern ein Armeekorps (Canrobert) blieb bei Chalons zurück, von wo es sich nötigenfalls sofort nach Belgien hätte wenden können.*)

---

*) Vgl. hierüber meine Untersuchung „Das Geheimnis der Napoleonischen Politik i. J. 1870" in meinen „Erinnerungen, Aufsätzen und Reden" mit dem Zusatz in der 3. Auflage.

Die spanische Thronkandidatur ist in diesem größeren Zusammenhang nur ein Zwischenspiel. Sie war nicht der Grund des Krieges, sondern gab nur die Veranlassung zum Ausbruch des Krieges. So interessant sie an sich und im besonderen auch für uns in einer Bismarck-Biographie ist, hier können wir sie übergehen.

Der Plan Napoleons scheiterte im Grunde ganz auf dieselbe Weise, wie er 1866 gescheitert war. Damals hatte Napoleon den Krieg geschürt und Italien dem preußischen Bündnis zugeführt, in der Berechnung, daß der Kampf ihm Gelegenheit geben werde, seinen Vorteil wahrzunehmen. Aber die Schnelligkeit des preußischen Sieges und des darauf folgenden Friedensschlusses beraubte ihn dieser Gelegenheit. 1870 rechnete er, daß wenn die Preußen sich auf das Geschäft mit Belgien nicht einließen, er Österreich und Italien für sich in Bewegung setzen könne, — aber gleich beim ersten Zusammenprall wurden die Franzosen so vollständig über den Haufen geworfen, daß Österreich und Italien die Lust zur Einmischung verging.

Daß der Krieg dem deutschen Volke die Einheit, das Reich und den Kaiser bringen mußte, scheint

uns Nachlebenden heute selbstverständlich. Um so nötiger ist es für uns, wieder zu prüfen, welche Schwierigkeiten Bismarck dabei zu überwinden hatte. Wenn die Leidenschaften auch nicht mit so elementarer Wucht aufeinanderprallten wie 1866 in Nikolsburg, so fehlt doch nicht so gar viel daran, zugleich aber war das Werk jetzt sehr viel komplizierter. Damals war der Gegensatz im Grunde einfach: hier preußisch-militärisch, dort deutsch-politisch. 1870 aber bei der Erweiterung und Erhöhung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reiche galt es eine ganze Reihe sich kreuzender und gegeneinander strebender Kräfte schließlich zu einem Werk zusammenzubringen, und wenn dort vor allem die Charakterkraft Bismarcks imponiert, so ist es hier die diplomatische Geschicklichkeit, mit der er immer einen gegen den andern ausspielte, um schließlich alle zum richtigen Ziele hinter sich herzuziehen.

Vor dem Kriege war die große Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung im Einklang mit den Monarchen in München, Stuttgart und Darmstadt gegen den Eintritt in den Norddeutschen Bund. Der Krieg brachte den Umschwung, und

man möchte vielleicht erwarten, daß Bismarck die günstige Stimmung nun benützt und mit sanfter Gewalt die süddeutschen Regierungen zum Eintritt genötigt hätte. Er tat das gerade Gegenteil: er hielt sich völlig zurück, so daß der treffliche badische Minister Jolly, der mit seinem Großherzog zusammen mit aller Kraft für die nationale Einheit wirkte, schon fürchtete, Bismarck wünsche wirklich nicht den Anschluß der Süddeutschen. Ganz ebenso war auch der Kronprinz mit der anscheinenden Lauheit des Bundeskanzlers im höchsten Grade unzufrieden. Bismarck aber wartete ab und sagte sich, daß er in viel vorteilhafterer Lage sein werde, wenn die anderen ihm, wie er sagte, kommen müßten. Es existierte eine Stelle, die von der Natur berufen war, den Stein ins Rollen zu bringen, nämlich Sachsen, das sich als einzige Mittelmacht im Norddeutschen Bunde vereinsamt fühlte und von dem Eintritt der süddeutschen Königreiche eine Stärkung des föderativen Elementes im Bunde erhoffen durfte. Schon drei Tage nach der Schlacht bei Gravelotte hatte der Kronprinz Albert von Sachsen mit Bismarck eine Unterredung, worin dieser den

Gedanken aussprach, daß das im Frieden von Frankreich zu fordernde Elsaß-Lothringen nicht einem einzelnen Staate angegliedert, sondern im Besitz von Gesamtdeutschland verbleiben und dadurch eine Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland herstellen werde: eine meisterhafte diplomatische Wendung, die von vornherein das Werk der Einigung selbst mit ihrem Lohn verknüpfte. Am liebsten hätte Bismarck eine Zusammenkunft aller deutschen Fürsten, vielleicht sogar zugleich mit dem Reichstag, in Frankreich veranstaltet, um die neue Reichsverfassung festzustellen. Aber die süddeutschen Fürsten sahen voraus, daß sie sich dann dem einfachen Eintritt in den Norddeutschen Bund nicht hätten entziehen können, und entschieden sich für Einzelverhandlungen. Hierbei gab es nun noch sehr merkwürdige Phasen zu überwinden. Daß etwas geschehen müsse, sahen alle, aber „ob diese Notwendigkeit eine traurige, eine erträgliche oder eine erfreuliche sei", darüber gingen sie, wie der Unterhändler Bismarcks, Rudolph Delbrück, schalkhaft bemerkte, auseinander. Eigentlich hätten die Bayern gewünscht, daß sie nicht in den Bund einträten, sondern nur mit dem Bunde einen Bund

schlössen, oder sie stellten sich vor, daß das Kaisertum zwischen Preußen und Bayern alterniere, oder sie verlangten einen besonderen Territorialgewinn für Bayern, oder sie wollten zur deutschen Flotte keinen Beitrag leisten. Mehrfach kam es so weit, daß man schon glaubte, den Bund ohne Bayern abschließen zu müssen, oder man schon gar besorgte, daß die bayerischen Truppen aus dem Kriege abberufen werden könnten.

Auf der anderen Seite verlangte der Norddeutsche Reichstag immer noch schärfere Zentralisation; die Fortschrittspartei ganz doktrinär sogar einen neuen konstituierenden Reichstag. Auf der unitarischen Seite aber, und insofern gegen Bismarck, stand diesmal gefährlicherweise der Kronprinz, der sogar vor Gewalt gegen die Süddeutschen nicht zurückscheuen wollte, um dem anzustrebenden Kaisertum einen wirklichen Inhalt zu geben. König Wilhelm aber, der die neue Kaiserkrone tragen sollte, wollte von ihr überhaupt nichts wissen und wäre am liebsten bei seinem preußischen Königtum geblieben. „Ich habe die größte Angst," sagte Bismarck unter diesem Druck von allen Seiten, „wir balancieren auf der Spitze

eines Blitzableiters; verlieren wir das Gleichgewicht, das ich mit Mühe herausgebracht habe, so liegen wir unten."

Er drückte nun immer mit einem auf den andern. Die Ansprüche Bayerns reizten den zornigen Widerspruch von Württemberg und Baden, und um nicht isoliert zu werden, mußte wieder Bayern endlich entgegenkommen. Trat es einmal in den Bund, so mußte es auch für die Kaiserwürde eintreten, ja sie selber beantragen, da Bismarck darauf hinwies, daß sonst der Reichstag dem König von Preußen diese Würde antragen werde. So kam man nicht eigentlich Schritt für Schritt, sondern stoßweise vorwärts, indem Bismarck immer an dem Grundsatz festhielt, nicht zu zwingen, sondern die Natur der Dinge wirken zu lassen, und zugleich da, wo er es konnte, mit Konzessionen entgegenzukommen. Er ließ den Mittelstaaten das Recht, eigene Gesandte zu halten, denn wenn man Sonderbeziehungen zum Auslande suche, so gäbe es dagegen ohnehin „keinen wasserdichten Verschluß"; man schone aber mit dem Zugeständnis die dynastische Empfindlichkeit. Ein eigener „Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten" im

Bundesrat wurde geschaffen, vermöge dessen die Mittelstaaten die auswärtige Politik des Reichskanzlers glaubten kontrollieren zu können, der aber, wie Bismarck voraussah, nie praktisch werden konnte. Vor allem wurde die Armee nicht einheitlich kaiserlich, sondern die verschiedenen Kontingente wurden nebeneinander gruppiert oder durch Einzelkonventionen mit der preußischen verschmolzen. Noch heute ist nur die Marine, aber nicht die Armee kaiserlich. Bayern erhielt eine Reihe von besonderen Reservatrechten.

Trotz alledem mußte die württembergische Kammer erst aufgelöst werden, um die nötige Zweidrittel-Majorität für die Annahme der Verträge zu schaffen, und in Bayern gelang es nur gerade mit einer Majorität von zwei Stimmen über die zwei Drittel, das Werk zum Abschluß zu bringen. „Das kunstvoll gefertigte Chaos," nannte schließlich der Kronprinz die neue Reichsverfassung, aber als, nachdem König Ludwig von Bayern endlich den Kaiserantrag gestellt hatte, er mit Bismarck zusammen das Zimmer König Wilhelms verließ, da reichten sie sich beide die Hand, „mit dem heutigen Tage sind Kaiser und Reich un-

widerruflich hergestellt," und der Kronprinz setzte dann seinen ganzen Einfluß bei den national-liberalen Abgeordneten ein, damit der Norddeutsche Reichstag die neue Verfassung trotz aller bayerischen Reservatrechte annehme.

Bismarck selbst aber sagte am Abend zu seiner Umgebung: „Die Zeitungen werden nicht zufrieden sein, und wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen, der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt, und er kann recht haben mit dem Müssen. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren — was sind Verträge, wenn man muß? — und ich weiß, daß sie vergnügt fortgegangen sind. Ich wollte sie nicht pressen, die Situation nicht ausnutzen. Der Vertrag hat seine Mängel, aber er ist so fester. Was fehlt, mag die Zukunft schaffen. Auch der König war mit der Sache nicht zufrieden; er meinte, ein solcher Vertrag sei nicht viel wert. Ich aber bin anderer Ansicht. Ich rechne ihn zu dem Wichtigsten, was wir in diesen Jahren erreicht haben."

Noch im letzten Augenblick vor der feierlichen Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 im Schlosse von Versailles kam es zu einem so heftigen Zusammenstoß zwischen dem König und dem Kanzler, daß dieser kein Wort des Dankes erhielt, ja der neuproklamierte Kaiser sogar vermied, den Kanzler anzusprechen.

Während das deutsche Volk mit hoher nationaler Begeisterung die Kaiserproklamation von Versailles und das neue Deutsche Reich begrüßte und den alten Barbarossa auferstanden sah, herrschte unter den Werkmeistern selbst beim Abschluß eine mürrische, unbefriedigte Stimmung hüben wie drüben. Ich hebe das so sehr hervor, weil dieser Gegensatz nach vielen Seiten so unendlich lehrreich ist. Erst in einem gewissen Abstand gewinnt man den richtigen Maßstab für die großen historischen Ereignisse, der deshalb den Teilnehmern selbst häufig fehlt. Noch vieles Besondere ist aus dieser Erzählung zu lernen: wo das wahre Wesen der Staatskunst zu suchen ist, oder daß die Summe der verschiedenen Parteien und Richtungen keineswegs gleichzusetzen ist mit dem Volk als Ganzem. Die Parteien waren mit dem geschaffenen Werk

samt und sonders unzufrieden: die Demokraten verschrien die neue Verfassung mit ihrem allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlrecht als das bloße Feigenblatt des nackten Absolutismus; die Nationalliberalen vermißten die rechte nationale Einheit; die Klerikalen betrauerten das Ausscheiden Österreichs und die Unterdrückung der Selbständigkeit der deutschen Stämme; die Konservativen sahen das wahre, alte Preußen, den Hort der Legitimität und der Welt gegen die Revolution, dahinschwinden, und fast am allerunzufriedensten war der neue Kaiser selbst — und wie glänzend hat das Werk sich bewährt!

Die gereizte Stimmung, in der diese Verhandlungen sich abspielten, und die sich vom November bis zum 18. Januar hinzog, steigerte sich nun gegenseitig mit einem neuen Zwiespalt im Hauptquartier, der diesen Wochen trotz des so überaus glücklichen Ausganges einen tragischen Zug verleiht, und den wir hier nicht übergehen dürfen. Bis zu diesem Augenblick ist uns Bismarck als der Mann erschienen, der mit unfehlbarer Sicherheit des Urteils erkennt, was die Zeit verlangt und erlaubt und was für die Zukunft heilsam ist, und der dies

richtig Erkannte mit einer ungeheuren Kraft des Willens, geschmeidigen Wendungen und immer neuen Gedanken und Auskünften endlich zum Ziel führt. Wenn nun aber ein solcher Mann sich auch einmal irrt und nun dieselbe Kraft und Klugheit daran setzt, das Falsche durchzusetzen? Auch das muß ertragen werden; man hat einen Heros nicht umsonst, aber man darf es nicht verschweigen, um so weniger, als es noch bis auf den heutigen Tag unheilvoll nachwirkt.

In dem Bewußtsein seiner ungeheuren geistigen Überlegenheit und seines sicheren praktischen Blickes hat Bismarck sich verleiten lassen, auch auf ein Gebiet überzugreifen, das er nicht beherrschte, nämlich auf die Strategie. Nun ist die Strategie keine Geheimlehre, in die sich nicht auch ein Mann von so klarem und sicherem Verstande wie Bismarck, auch ohne spezielle Detailkenntnisse, hätte hineinarbeiten können. Wenn er sich was zugute darauf tat, daß er 1866 vor Wien den Linksabmarsch auf Preßburg angeraten habe, so war dabei freilich etwas Illusion, da Moltke diese Bewegung auch ohne seinen Rat ausgeführt haben würde — immerhin hat er hier einen richtigen Blick gezeigt. Aber

an anderen Stellen hat er vorbeigegriffen in einer Weise, die auch dem Außenstehenden zeigt, daß er hier nicht zu Hause war. Schon bei der Mobilmachung und beim Aufmarsch 1866 hatte er deshalb gewisse Reibungen mit Moltke. Nach den Gesetzen der neueren Strategie seit Napoleon kommt alles darauf an, auf dem entscheidenden Punkt das Übergewicht zu gewinnen und die Hauptmacht des Feindes zu zerstören, auf alle Nebenzwecke und Nebenkriegsschauplätze aber nur das Allerunentbehrlichste zu verwenden. Gemäß diesem Grundsatz hatte Moltke beschlossen, für die Entscheidung in Böhmen alle neun preußischen Armeekorps zusammenzuziehen, gegen die anderen deutschen Staaten nur drei Divisionen zu bestimmen und auch die Rheinlande gegen etwaige Gelüste Frankreichs nicht besonders zu decken, sondern sich darauf zu verlassen, daß nach dem Siege in Böhmen die deutschen Eisenbahnen schnell genug Truppen wieder an den Rhein transportieren würden. Moltke hat deshalb auch das rheinische Armeekorps selber nach Böhmen gezogen und auf diese Weise den unbedingt sicheren Sieg, der endlich bei Königgrätz erfochten wurde, ermöglicht.

Nachdem schon der Aufmarsch in dieser Weise geordnet war, erfuhr er aber, daß auf Betrieb des Ministerpräsidenten das rheinische Armeekorps bestimmt worden sei, zur Deckung der westlichen Grenze zurückzubleiben. Moltke setzte durch, daß seine ursprüngliche Anordnung wieder hergestellt wurde.

Für den Feldzug in Westdeutschland hatte Moltke auch ins Auge gefaßt, daß zunächst das stärkste Element in der gegnerischen Koalition, nämlich die bayerische Armee, geschlagen werden müsse. Bismarck aber gab direkt an Falckenstein eine Art von Direktive, die diesen in die Richtung auf Frankfurt verwies, was für Falckenstein gleich im Beginn Veranlassung zu einem Fehler in bezug auf die hannöversche Armee wurde. Erst das direkte Eingreifen Moltkes brachte auch hier die Sache wieder in Ordnung.

Als man in Frankreich eingerückt war, bei Metz gesiegt hatte und von dem Marsch auf Paris plötzlich die große Schwenkung nach Norden machte, die schließlich nach Sedan führte, stieß diese Wendung vielfach auf geringes Verständnis. Nach der Erzählung von Louis Schneider, der

es wissen konnte, soll auch Bismarck sich dagegen ausgesprochen haben.

Mag dieses Zeugnis vielleicht nicht völlig durchschlagend sein, so ist doch sicher, daß nach dem Siege von Sedan sich Bismarck wiederholt dahin geäußert hat, man solle nunmehr stehenbleiben, nicht auf Paris vorgehen, sondern nur die östlichen Departements Frankreichs besetzen, sich dort häuslich einrichten, sie mit Kontributionen belegen und das Weitere abwarten. Man sieht nicht, wie man bei einer derartigen Strategie Frankreich jemals hätte bezwingen können, da die Bildung der neuen Gambettaschen Armeen um den Kern der Pariser Besatzung herum sich viel leichter, besser und stärker hätte vollziehen müssen, als es nachher geschehen ist. Aber selbst als wir schon vor Paris standen, ist Bismarck noch öfter auf jenen Gedanken zurückgekommen und hat den Generalen einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie die Armee nach Paris geführt hätten. In der Tat beruhte ja die Einschließung von Paris auf einer Vorstellung, die sich nachher als unzutreffend erwies. Moltke glaubte, daß die französische Hauptstadt im allerhöchsten Fall sich etwa zehn Wochen lang halten

würde und dann aus Mangel an Lebensmitteln würde kapitulieren müssen. Eigentlich hoffte er, schon Ende Oktober wieder „in Creisau Hasen schießen" zu können. Dieser Schätzungsfehler ist um so mehr verzeihlich, da, wie wir jetzt wissen, der Kommandant von Paris selbst, General Trochu, glaubte, daß in Paris nur für 60 Tage Lebensmittel vorhanden seien. In Wirklichkeit aber haben die Lebensmittel für fast viereinhalb Monate ausgereicht. Gerade in diesem Augenblick, wo England den Plan betreibt, uns aushungern zu wollen, wird man sich nicht ungern daran erinnern, wie sehr die statistischen Aufstellungen über Lebensmittelvorräte hinter der Wirklichkeit zurückbleiben können. Die Folge damals aber war, daß die Belagerungsarmee vor Paris von einer steigenden, nervösen Ungeduld ergriffen wurde, weil die Einschließung nicht zum Ziele zu führen schien. Mit der Armee wurde auch Bismarck unruhig, weil er fürchtete, daß die längere Dauer des Krieges eine Einmischung der Neutralen herbeiführen könne. Er forderte also stärkere Mittel, um die Kraft der Pariser zu brechen, und hier entwickelte sich nun zwischen ihm und dem leitenden Strategen der Konflikt.

Was ich vorher von verfehlten militärischen Auffassungen Bismarcks gesagt habe, hat keine wesentlichen Folgen gehabt und dient nur als Beweis, daß er wirklich auf diesem Gebiet nicht beschlagen war. Jetzt aber setzte er die ganze Gewalt seines Willens dahinter, um Moltke zu zwingen, sich seinen Ansichten zu unterwerfen.*)

Auch Moltke hat zuweilen daran gedacht, daß, wenn die Aushungerung nicht zum Ziele führte, man zur Belagerung schreiten könne und schon auf dem Marsche von Sedan nach Paris Anordnungen erlassen, um schwere Geschütze herbeizuführen. Aber allmählich war ihm klar geworden, daß er damit in einen inneren Widerspruch geraten sei. Wenn man überhaupt belagern und bombardieren wollte, so mußte man es von Anfang an tun, sobald es irgend erreichbar war. Je länger aber die Einschließung dauerte, desto näher mußte man naturgemäß dem Termine kommen, wo die Aushungerung ihr Ziel erreichte, desto überflüssiger also wurde das Schie-

*) Die letzte abschließende Arbeit über diese Frage dürfte sein: „Roon und Moltke vor Paris" von Emil Daniels, Preuß. Jahrb. Bd. 121 (1905) auf Grund des Buches von Gustaf Lehmann „Die Mobilmachung von 1870".

ßen. Es war aber nicht nur überflüssig, sondern auch in hohem Grade schädlich. Nicht nur, weil es uns eine Menge braver Offiziere und Soldaten kostete, den Artilleristen furchtbare Strapazen in den mit Eiswasser gefüllten Gräben auferlegte, sondern namentlich auch die Verbindungsbahn mit Deutschland und die Transportmittel so in Anspruch nahm, daß der allgemeine Kriegszweck darunter litt. Moltke befestigte sich also immer mehr in dem Gedanken, sich vor Paris auf die reine Einschließung zu beschränken, um gegen die französischen Feldarmeen, die Gambetta mittlerweile auf die Beine gebracht hatte, um so kräftigere Schläge führen zu können. Wenn er zuweilen auch wieder entgegengesetzte Äußerungen gemacht hat, so braucht das noch keine innere Unsicherheit zu bedeuten, sondern ist eine Art Abwehr überflüssiger Diskussionen in der bestimmten Erwartung, daß der Fortgang der Ereignisse schneller sein und Paris bald genug fallen würde. Er war hierin mit allen an der Leitung beteiligten Militärs im Großen Hauptquartier durchaus einig. Die drei Quartiermeister Bronsart, Verdy, Brandenstein, nicht anders als der Chef der Artillerie Hindersin und der Chef

des Ingenieurwesens Kleist, besonders aber Blumenthal, der Chef des Generalstabes des Kronprinzen, stimmten ihm durchaus zu. Dieser hat sogar den kühnen Gedanken gehabt, den übrigens auch, was nicht unerwähnt bleiben soll, als Zeugnis seines ideenreichen Genius, Bismarck selbst einmal ausgesprochen hat, daß die Einschließungsarmee noch um zwei weitere Korps geschwächt werden solle, um sofort (noch vor dem Fall von Metz) eine starke Feldarmee zu bilden, die die französischen Neuformationen nicht bloß abgewehrt, sondern sie zerstreut hätte, ehe sie fertig waren. In einer vorzüglichen Denkschrift entwickelte Blumenthal, daß theoretisch das einzig Mögliche neben der Aushungerung die förmliche Belagerung sei, daß zu dieser aber, nachdem nicht gleich von Anfang an dafür gesorgt war, die Mittel fehlten, und daß ein Bombardement des Stadtinneren, das überhaupt nur kleinere Teile von Paris erreichen könne, völlig wirkungslos bleiben müsse. Er wies auf Grund seiner eigenen Erfahrungen und der Kriegsgeschichte nach, daß was den „Schießern" als eine besonders schneidige Maßregel erschiene, in Wirklichkeit eine klägliche

Halbheit war — eine Verwechselung übrigens, die in Politik und Kriegführung ungemein häufig auftritt.

Roon hatte, soweit als möglich, in der Heimat rechtzeitig für die Bereitstellung von Geschütz, Munition und Transportmitteln gesorgt. Moltke aber ist es gewesen, der die Heranführung verhinderte, weil er eben den artilleristischen Angriff ebenso wie das Bombardement für unnötig hielt, die positive Aktion allein bei den Feldarmeen suchte und deshalb auch die Eisenbahnen für diese und ihre Bedürfnisse reservierte. Vor allem aber war ihm die Belagerungsaktion aus dem höheren strategischen Gesichtspunkt ungelegen, weil sie die Einschließungsarmee festlegte und die Freiheit ihrer Bewegungen aufhob. Es war doch nicht unmöglich, daß eine der Gambettaschen Armeen einmal bis nahe vor Paris herankam; in diesem Fall hatte der deutsche Feldherr sich vorgenommen, die Einschließung auf einige Tage zu unterbrechen, um die feindliche Feldarmee mit gesammelter Kraft anzufallen und möglichst vernichtend zu schlagen. Hatte man nun vor Paris schon Hunderte von schweren Geschützen aufgefahren, so

war das nicht mehr ausführbar, oder man hätte diese Geschütze alle opfern müssen.

Als der Hauptschuldige an dem Ausbruch des Konflikts ist insofern Roon zu betrachten, als er, als ein hervorragender General, die Einsicht hätte haben müssen, daß Moltke im Recht war, und wenn er dann in diesem Sinne auf Bismarck eingewirkt hätte, so würde dieser sich wohl beruhigt haben. Statt dessen finden wir, daß gerade Roon es ist, der Bismarck aufgereizt und sich mit ihm sozusagen wechselseitig in die äußerste Leidenschaft gesteigert hat. Von militärischer Seite hat man zu seiner Entschuldigung anführen wollen, daß er damals krank und körperlich sehr herunter gewesen sei. Ohne das bestreiten zu wollen, glaube ich doch, daß die Erklärung psychologisch an einer anderen Stelle zu suchen ist. Roon war seit der Konfliktszeit der eigentliche militärische Vertraute des Königs. Noch beim Aufmarsch 1866 waren die Dispositionen Moltkes nur durch Vermittlung Roons vor den König gebracht und in Befehle verwandelt worden. Erst in dieser Zeit erhielt Moltke den unmittelbaren Vortrag beim König und gewann durch den Erfolg von 1866 die

unerschütterliche Autorität. Damit aber war Roon im Hauptquartier sozusagen funktionslos. Der Kriegsminister, hat Moltke später einmal geschrieben, gehöre überhaupt nicht ins Hauptquartier, sondern müsse von seinem Ministerium aus in Berlin das Administrative der Armee dirigieren. Ein hervorragender Mann aber im Hauptquartier, der selber keine Verantwortung hat, wird naturgemäß zum Kritiker, um so mehr, als die Kritik ja wohl auch nicht selten recht behalten wird. Roon aber war, so genial er sich als militärischer Organisator und parlamentarischer Vertreter bewährte, überhaupt kein Stratege. Er hat noch gegen Ende des Krieges 1870, als Moltke für einen letzten Druck weitere Verstärkungen verlangte, ihm den Grundsatz entgegengehalten, die Strategie müsse bescheidener sein und sich nach den vorhandenen Mitteln richten. Er spottete darüber, daß man wohl gar bis an die Pyrenäen wolle, und erklärte sich außerstande, weitere Truppenteile aufzustellen, so daß der Generalstab ihm entgegenhalten mußte, wie doch Gambetta ganze Armeen aus der Erde stampfe. Dabei verlangte Moltke nichts, als daß die Landwehrbataillone, die in Deutschland zur

Bewachung der Gefangenen gebraucht wurden, nach Frankreich gezogen und durch Landsturmformationen ersetzt würden. Moltkes Idee, die Einschließung von Paris auf den geringstmöglichen Kraftaufwand zu beschränken, um die französische Feldarmee um so stärker zu treffen, verstand Roon so wenig, daß er sich mit Bismarck zusammen in den Verdacht verbohrte, es müßten hier irgendwelche unlautere Motive dahinterstecken. Dieser Verdacht verdichtet sich endlich zu der Vorstellung, daß der König sich durch eine falsch angebrachte Humanität bestimmen lasse, für die er wieder die Königin Augusta verantwortlich machte, und wenn der Kronprinz in diesem Punkt mit seinem Vater übereinstimmte, so sollte die Kronprinzessin Viktoria daran schuld sein. Da nun mit sachlichen Gründen gegen die Autorität Moltkes beim König nichts auszurichten war, so scheute sich Bismarck nicht, seinen Verdacht als positive Behauptung in die deutsche Presse bringen zu lassen, und erregte damit natürlich im Volk wie in der Armee einen ungeheuren Sturm gegen die weiblichen Einflüsse, die das „Mekka der Zivilisation" auf Kosten des Blutes deutscher Soldaten

schonen wollten. Freilich Moltkes Autorität war damals schon so groß, daß sie mit solchen Mitteln nicht wohl zu untergraben war, und Bismarck war deshalb klug genug, den Namen Moltkes nicht direkt hineinzuziehen, sondern lenkte den Volkshaß zunächst auf den General Blumenthal, der zufällig auch mit einer Engländerin verheiratet war, und Worte Bismarcks haben naturgemäß eine solche Kraft, daß noch heute in weiten Kreisen unseres Volkes das Andenken Kaiser Wilhelms und Kaiser Friedrichs, ebenso wie das der beiden großen Strategen Moltke und Blumenthal mit dem Vorwurf einer unmännlichen Weiberknechtschaft und eines charakterlosen Byzantinismus befleckt ist. Hat sich doch sogar ein Historiker gefunden, der den Schluß gemacht hat, daß, da Männer wie Bismarck und Roon einen derartigen Verdacht gehabt, bewahrt und ausgesprochen, es ausgeschlossen sei, daß er rein aus der Luft gegriffen worden. Von Moltke und Blumenthal aber meint derselbe Historiker, man könne es kaum glauben, daß man hier dieselben Männer vor sich habe, deren Geist und Kühnheit sich 1866 und 1870 sonst so glänzend bewährte. Noch am Schluß des Feld-

zuges hat, wie man weiß, Moltke in den unerhört kühnen Anweisungen an Werder und Manteuffel seinen strategischen Genius so großartig wie je offenbart: derselbe Historiker weiß sich seine Strategie vor Paris nicht anders als durch eine „Ebbe im Wollen" zu erklären. Erholen wir uns von einer solchen Degradierung unseres Feldherrn mit seinem eigenen kräftigen Wort, das uns der Kabinettsrat v. Wilmowski in seinen Briefen berichtet (22./11.), „es sei der dümmste Streich in diesem Kriege, daß man überhaupt Belagerungsgeschütze nach Paris habe transportieren lassen".

Bismarck und Roon haben schließlich ihren Willen beim König durchgesetzt, Moltke hat nachgeben müssen, hat es getan, weil man, wie er sagte, vor Europa engagiert sei, und wohl auch in der Vorstellung, daß schließlich der innere Friede im Hauptquartier auch eine sehr wichtige Rücksicht sei. Aber Blutvergießen und Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Die französischen Außenforts hat man niedergekämpft, aber die eigentliche Befestigung, die Stadtumwallung hatte man kaum berührt, das Bombardement hat so gut wie keine Wirkung gehabt, und nicht um eine Stunde früher hat Paris

deshalb kapituliert, sondern ist ausschließlich dem Hunger erlegen.

Eine unerhörte Gunst des Schicksals hat Preußen damals gleichzeitig den genialen Staatsmann und den genialen Strategen beschieden und dazu den König, der sich stets über diesen seinen beiden Dienern in seiner königlichen Würde zu behaupten wußte. Man verdunkelt nicht nur die Wahrheit, sondern nimmt der Epoche auch ein Stück ihrer Größe, wenn man die Grenzen zwischen den drei Persönlichkeiten verwischt und möglichst alle Eigenschaften allen dreien zuteilt. Es genügt deshalb nicht zu sagen, Bismarck war der Staatsmann, Moltke war der Stratege, sondern man vertieft die Umrisse der historischen Gestalten, indem man hinzufügt: Bismarck war kein Stratege und Moltke war kein Politiker*); König Wilhelm brauchte keins von beidem zu sein, er war und blieb der König. Freilich ergibt sich nun daraus, daß sie nicht nur nebeneinander, sondern auch häufig gegeneinander kämpften. Das ist die Tragik der Welt-

*) Vgl. den schönen Aufsatz von Rudolf Peschke, „Moltke als Politiker", Preuß. Jahrb. Bd. 158, S. 16 (Okt. 1914).

geschichte. Mit der preußischen Armee hat Bismarck seine großen idealen Ziele erreicht, und ohne sie hätte er sie nicht erreichen können. Die ganzen „Gedanken und Erinnerungen" aber sind erfüllt von unfreundlichen, zuweilen geradezu feindseligen Äußerungen über „die Militärs". Umgekehrt finden wir z. B. auch von Manteuffel aus dem Jahre 1870 eine Äußerung zu Stosch über Bismarck, „es sei eine Schande, daß ein solcher Politiker mehr Einfluß habe als die Heerführer und Generale", und auch zwischen Bismarck und Moltke ist ein freundschaftliches Verhältnis nie wiederhergestellt worden. Wie könnte es auch anders sein? Noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck geschrieben: „Es ist nicht anzunehmen, daß die übrigen Generale von rein militärischem Standpunkt anderer Meinung als Roon sein konnten." Wie könnte man jemandem, den man solcher Sünde anklagt, jemals wieder freundlich gesinnt sein, und wie könnte jemand, dem ein solcher Vorwurf gemacht ist, ihn jemals verzeihen?

Als Bismarck im Reichstag die schmerzbewegte Ansprache über das Ableben Kaiser Wilhelms gehalten hatte, reichte ihm Moltke die Hand, aber

irgendein freundlich anerkennendes Wort aus seinem Munde über den großen Genossen ist nicht erhalten, und in der Geschichte des französischen Krieges aus Moltkes Feder kommt der Name Bismarck nicht vor*).

---

*) Ich freue mich, daß auch Erich Marcks in seinem Lebensbild „Otto v. Bismarck", S. 127 den Verdacht der unsachlichen weiblich-englischen Einflüsse mit Entschiedenheit abweist. Wenn er trotzdem Bismarck in der militärischen Frage recht geben will, so kann er sich darauf berufen, daß auch viele Militärs heute noch so urteilen. Wenn er aber den Grund für das Versagen Moltkes und Blumenthals in dieser Frage darin findet, daß sie keine Artilleristen gewesen seien, so hat er sich wohl nicht klargemacht, daß das technische Moment bei dem Streit kaum eine Rolle spielte, und daß es heißt, unsere Feldherren sehr gering einschätzen, wenn sie nicht imstande gewesen sein sollten, sich über die artilleristischen Fragen bei ihren Fachberatern genügend zu orientieren. Das wird nicht nur von jedem Divisionskommandeur, sondern schon von jedem Fähnrich auf der Kriegsschule verlangt. Zu dem allen dachte der erste Artillerist der Zeit, General v. Hindersin, ganz ähnlich wie Moltke, meinte schon am 9. November, „der Hunger werde wohl mit den ersten Schüssen zusammenfallen", und bekämpfte in dem großen Kriegsrat am 17. Dezember „die Ansicht des Kriegsministers, schon aus den jetzigen Batterien auf so weite Entfernungen Paris zu bombardieren und nannte dies einen bloßen Bombardementskitzel, mit dem man sich der Lächerlichkeit aussetze". Auch der Chef der Artillerie der III. Armee, Generalleutnant Herkt, war gegen das Bombardement. Die Leitung des artilleristischen Angriffs übernahm schließlich ein junger Generalmajor, Prinz Kraft Hohenlohe.

Die Kanzlerschaft Bismarcks nach dem Kriege zerfällt in zwei sehr verschiedene Abschnitte. Der eine wird bestimmt durch den Kulturkampf, der andere durch den Schutzzoll, das Sozialistengesetz und die Sozialreform.

Den Anlaß zum Kulturkampf gab die Bildung der Zentrumspartei im Jahre 1870. Es war die Fortsetzung der alten katholischen Partei, die schon in der Konfliktszeit eine wesentliche Rolle gespielt hatte, und auch wieder nicht. Zwar bildete der Katholizismus und die Masse des katholischen Teils der Staatsbürger das Gros der neuen Partei; nichtsdestoweniger lehnte sie es ab, eine prinzipiell katholische Partei zu sein, und stellte als ihr eigentliches Wesen die Verteidigung des Föderalismus gegen die unitarischen Tendenzen des neuen Reichs hin. Das hätte nun Bismarck an sich nicht zuwider zu sein brauchen, denn auch er war ja keineswegs ein Unitarier. Dennoch sah er in der neuen Gründung einen Akt der Reichsfeindlichkeit, denn in der neuen Partei fand sich alles zusammen, was der Reichgründung widerstrebt hatte, die Partikularisten, die die Wiederherstellung Hannovers forderten, die Großdeutschen, die den Ausschluß

Österreichs nicht wollten, die Katholiken, die in Preußen den Protestantismus bekämpften, Reaktionäre, Demokraten, Altliberale und Aristokraten.

Das Verhältnis der katholischen Kirche zum Preußischen Staat hat alle möglichen Wandlungen durchgemacht: Feindseligkeit, gegenseitige Duldung, Freundlichkeit, letztere namentlich unter König Friedrich Wilhelm IV. Bismarck aber sah es schon früh unter dem Gesichtspunkt der prinzipiellen Feindseligkeit. Schon als Bundestagsgesandter in Frankfurt schrieb er an seinen Freund Gerlach: „Ich betrachte diese ecclesia militans als unzweifelhaften Feind, der Preußen bis auf die Existenz selbst als ketzerischen Mißbrauch bekämpft", und in einem weiteren Brief (20. Januar 1854): „Es ist nicht ein christliches Bekenntnis, sondern ein heuchlerischer, götzendienerischer Papismus, voll Haß und Hinterlist, der hier im praktischen Leben von den Kabinetten der Fürsten und ihrer Minister bis in die bettfederigen Mysterien des Ehestandes hinab einen unversöhnlichen, mit den infamsten Waffen geführten Kampf gegen die protestantischen Regierungen und besonders Preußen als die weltlichen Bollwerke des Evangeliums

unterhält." „Wir betrachten mit Recht die ultramontane Partei als unseren unversöhnlichsten und als einen unserer gefährlichsten Gegner."

In die Verhandlungen des Konzils einzugreifen, das 1870 in Rom tagte, um die Infallibilität des Papstes zu beschließen, lehnte er nichtsdestoweniger ab, spielte, als die Italiener Rom besetzt hatten, sogar mit dem Gedanken, dem Papst eine Zuflucht in Deutschland anzubieten, und verhandelte in Versailles mit dem Erzbischof Ledochowski. Aber als nun in demselben Augenblick, wo das Deutsche Reich geschaffen wurde, die Zentrumspartei sich bildete, erkannte Bismarck in ihr den alten Gegner, nur noch durch andere reichsfeindliche Elemente verstärkt, und ging seiner Art nach schnell zum Angriff über.

An die Stelle des reaktionären Kultusministers von Mühler trat der liberale Falk, und es erfolgte eine Reihe von Gesetzen, die den katholischen Klerus und die katholische Erziehung in strengere Abhängigkeit von der Staatsregierung bringen und mit deutschnationaler Bildung erfüllen sollten. Die Katholiken erblickten darin, und wie wir jetzt nicht mehr anstehen dürfen zu sagen, mit Recht

eine Vergewaltigung. Bismarck hat später die Verantwortung für diese Art den Kampf zu führen von sich abzuwälzen und auf die Räte des Kultusministeriums zu schieben gesucht. Aber ohne jede Berechtigung; gewiß hat er sich nicht um jede Einzelheit der Gesetzgebung gekümmert, aber der Geist, der sie erfüllte, ging von ihm aus, wie der Oberhofprediger Kögel es ausdrückte, „Bismarck soufflierte und Falk deklamierte, Bismarck verschrieb die Pulver und Falk drehte die Pillen." Wo er einmal kämpfte, kämpfte er scharf, ganz wie in der Konfliktszeit, und gerade er ist es gewesen, der im Kultusministerium immer von neuem zu den äußersten Maßnahmen drängte und sie forderte.*)

Trotzdem ist es sehr wohl möglich, daß er von Anfang an die Kampfgesetzgebung nicht als etwas Dauerndes, sondern eben nur als ein Kampfmittel angesehen hat, bestimmt, irgendwie und irgendwann einmal einen annehmbaren Frieden herbeizuführen. Schon im Jahre 1874 beauftragte er den

*) Das ist bekannt bei denen, die noch eine Erinnerung an diese Zeit haben und ausdrücklich bezeugt bei Tiedemann, „Sechs Jahre", S. 477.

sächsischen Gesandten v. Friesen, seinem, wie man weiß, katholischen König zu sagen, er sei ganz unschuldig an den Maigesetzen; er habe die Entwürfe unterzeichnet, ohne sie gelesen zu haben. Wir haben denselben Mann und dieselbe Methode, wie er einst den Liberalismus bekämpft. Bei diesen wußte er, daß er nicht nur einmal mit ihnen Frieden schließen werde, sondern daß sie sogar seine Freunde werden sollten. Trotzdem schlug er sich mit ihnen bis aufs Blut. Gegen das Zentrum hatte er einen wirklichen innerlichen Haß. Wenn er an einen zukünftigen Friedensschluß dachte, so stellte er sich diesen doch nur als einen Waffenstillstand vor. Nicht nur die Politik, sondern auch den evangelischen Glauben rief er auf zum Kampf, und es schien nicht anders, als ob ein Religionskrieg das schließliche Ende sein werde.

Die deutschen Katholiken, meisterhaft geführt von dem ehemaligen hannoverschen Minister Windthorst und einer ganzen Reihe sehr bedeutender Persönlichkeiten, wehrten sich auf das standhafteste. Die Gemeinden besteuerten sich selbst, um die Geistlichen, denen die Einkünfte gesperrt waren, zu erhalten. Zahlreiche Geistliche wurden

abgesetzt, mußten ihre Gemeinden verlassen, die nun verwaisten. Gegen viele andere wurde mit Geld- und Gefängnisstrafen vorgegangen, ebenso gegen die Zeitungsredakteure. Auch die Bischöfe wurden für abgesetzt erklärt und mit Gefängnisstrafen belegt: der Bischof Brinkmann von Münster hat 40 Tage, Erzbischof Melchers von Köln über 6 Monate, Eberhard von Trier fast 7 Monate, Martin von Paderborn 8 Monate, Erzbischof Ledochowski von Posen volle 2 Jahre im Gefängnis zubringen müssen. An vielen Orten konnten den Katholiken nicht mehr die Sakramente gespendet werden; sie konnten ihre Toten nicht mehr kirchlich begraben.

Der Zustand wurde allmählich unerträglich. Bismarck hatte im Beginn des Kampfes nicht nur diejenigen Liberalen als Bundesgenossen gehabt, die in jeder Kirche und im besonderen in der katholischen nichts als ein großes System des Aberglaubens sahen, sondern auch sehr ernsthaft religiöse Kreise, die in der 1870 erfolgten Proklamation der päpstlichen Infallibilität einen Angriff sowohl auf die Souveränität des Staates wie auf den innerlichen christlichen Charakter des Katholizis-

mus selber erblickten und den deutschen Katholiken dagegen zu Hilfe zu kommen meinten; daneben auch umgekehrt eifrige Protestanten, die das Auflodern des alten Papsthasses in sich spürten. Aber es gab doch auch seit den Zeiten der Romantik evangelisch-gläubige Kreise, die mehr die christliche Gemeinschaft mit den Katholiken als die Gegnerschaft empfanden, sich jedenfalls ihnen viel näher verwandt fühlten als den gottlosen Liberalen und den Juden, die sich eifrig am Kampfe beteiligten. Je länger der Kulturkampf dauerte, desto mehr wandten sich die Konservativen, die sich ja schon seit 1866 durch Bismarcks Konzessionen nach links beunruhigt fühlten, von ihm ab. Selbst Roon hatte schon bei Abschluß des Friedens mit Frankreich geschrieben (6. Februar 1871), er könne sich in dem auf- aber noch nicht ausgebauten kaiserlichen Schauspielhause nicht zurechtfinden; die alten Heiligtümer würden zerstört und ein neuer Tempel gebaut, dessen Oberpriester selbst den alten Kultus aufzuopfern trachte; er vermisse den Boden, auf dem eine konservative Partei der Zukunft sich aufbauen könne; die alte patriarchalisch-konservative Staatsidee gehe zugrunde. Roon zog sich endlich

zurück und nahm den Abschied. Von der äußersten Rechten ging man vor zu den gehässigsten persönlichen Angriffen gegen den Reichskanzler, und Ludwig v. Gerlach sprach gegen die Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle, weil man nicht in einer Zeit des Ruhmes, sondern der „nationalen Trauer und Buße" lebe.

Bismarck wurde dadurch nur noch mehr nach links gedrängt und wünschte, nachdem er die Nationalliberalen gewonnen, sich auch mit der Fortschrittspartei auszusöhnen (1874). Mehrfach setzte er sich im Reichstag demonstrativ zu ihnen auf ihre Bänke und begann freundliche Unterhaltungen, besonders mit Franz Duncker. Er klagte über die Friktionen bei Hofe; das Reich müsse besser konsolidiert werden; ohne sie sei eine verständige Mehrheit nicht zu erzielen. Aber das Liebeswerben war umsonst. Der Abgeordnete Freiherr v. Hoverbeck warnte seine jüngeren Fraktionsgenossen ausdrücklich, jemals etwas auf die Schmeichelreden des Meisters in jeder Verstellungskunst zu geben.

Nichtsdestoweniger trat Bismarck im Jahre 1877 noch näher an die Liberalen heran und bot Bennigsen einen Sitz im Ministerium an. Aber sofort zeigte

sich, daß soweit der Reichskanzler sich auch von den Konservativen entfernt hatte, ihn von den Liberalen doch immer noch ein breiter Graben trennte. Auf der einen Seite verlangte Bennigsen, daß mit ihm die beiden anderen Führer der Nationalliberalen, Forckenbeck und Stauffenberg, in die Regierung berufen würden, auf der anderen ging der Minister Graf Eulenburg direkt an den Kaiser, um ihn vor einer derartigen völligen Liberalisierung der Regierung zu warnen und zu behüten. Es wäre so etwas wie der Übergang in das parlamentarische Regierungssystem geworden, und wie lange hätte Bismarck selber das ertragen? Preußen vor der parlamentarischen Regierung zu bewahren, hatte er ja 1862 in allen Wettern und Wirbeln das Staatsruder ergriffen. Denn die Nationalliberalen, obgleich sie seit 1866 um des Vaterlandes willen Kompromiß auf Kompromiß mit ihm geschlossen hatten, grundsätzlich hielten sie doch noch an den Idealen des parlamentarischen Majoritätsregimentes fest und suchten vermöge des Geld- und Steuerbewilligungsrechts die Macht in die Hand zu bekommen. Nach liberaler Tradition war die Haupttugend eines Volksvertreters, zu sparen

und an dem von der Regierung vorgelegten Etat, besonders an dem Militäretat, zu streichen. Steuern wollte man nicht bewilligen, nicht nur, um es mit den Wählern nicht zu verderben, sondern auch um die Regierung in Abhängigkeit zu erhalten. Bennigsen brachte einmal einen Antrag, einen Kaffeezoll zwar zu bewilligen, ihn aber beweglich zu machen, so daß es jedes Jahr in der Hand der Reichstagsmajorität gelegen hätte, die Höhe zu bestimmen.

Obgleich die Gesetzgebungsarbeit im Reich rüstig fortschritt, z. B. die großen Justizgesetze jetzt zur Verabschiedung gelangten, so fühlte sich Bismarck doch in einer großen Bedrängnis zwischen den Liberalen mit ihren unerfüllbaren Ansprüchen auf der einen und dem Zentrum mit seiner Todfeindschaft auf der anderen. Die Wirkung zeigte sich besonders an den Finanzen des Reiches, die ohne neue Steuern nicht in Ordnung zu halten waren. Etwa zwei Jahre lang suchte und tastete der Kanzler, wie er sich und seine Politik vor dem Reichstag retten könne. Schon im Herbst 1876 meldete Blankenburg an Roon: Bismarck will los von den Liberalen, aber bis in das Jahr 1878

hinein zogen sich seine wiederholt aufgenommenen Verhandlungen mit Bennigsen. Endlich zeigten sich dem weitausschauendem Blicke des Staatsmanns in den Verschiebungen der Weltverhältnisse wie des Volkslebens die Möglichkeiten neuer Kombinationen.

Seit dem Jahre 1874 lastete ziemlich auf der ganzen Kulturwelt eine Wirtschaftskrisis, über deren Ursachen die Wirtschaftsforscher auch heute noch nicht einig sind. Man wird wohl annehmen dürfen, daß mehrere Umstände zusammengewirkt haben, die Krisis so außerordentlich langwierig und hartnäckig zu machen. In erster Linie dürfte es eine Währungskrisis gewesen sein. Die französische Regierung hatte den Krieg von 1870 zum großen Teil mit Papierzeichen bezahlt und dadurch die Umlaufsmittel sehr vermehrt, die nun allmählich wieder eingezogen wurden. Gleichzeitig gingen unter dem Vorantritt Deutschlands die Staaten allmählich von der Doppelwährung oder Silberwährung zur reinen Goldwährung über, demonetisierten das Silber und schränkten dadurch die Umlaufsmittel noch weiter ein. Schließlich nahm die Goldproduktion fortwährend ab und

sank bis auf etwa 400 Millionen Mark jährlich (jetzt nach Entdeckung der neuen Goldbergwerke beträgt sie etwa zwei Milliarden). Durch die verschiedensten Arten von Kreditmitteln und Geldsurrogaten kann man nun freilich den Gebrauch des baren Geldes sehr einschränken, aber die Einführung solcher Hilfsmittel muß sich immer erst den Volksgewohnheiten anpassen und erfordert eine gewisse Zeit. Der Mangel an genügenden Umlaufsmitteln dürfte daher den ersten Anstoß zur Krisis von 1874 gegeben haben. Es kam aber hinzu, daß gleichzeitig im Laufe der siebziger Jahre in Amerika immer neue, ungeheure Gebiete der Landwirtschaft erschlossen wurden und der fortschreitende Handel und die fortschreitende Technik die Frachtkosten sehr verbilligten, so daß die europäischen Landwirte die Preise, die allen Gutskäufen, Übernahmen und Pachtungen zugrundegelegt zu werden pflegten, nicht mehr zu erzielen vermochten. Ein allgemeiner Preisdruck setzte ein, so groß, daß schließlich auch die Konsumenten darunter litten, weil eine allgemeine Stockung die Arbeitsmöglichkeiten unterband.

Indem Bismarck in seiner Varziner Einsamkeit erwog, wie das deutsche Wirtschaftsleben wieder zu heben und künftighin vor solchen Schädigungen zu bewahren sei, gelangte er zu dem ehedem so viel angewandten Mittel des Schutzzolles. Die preußischen Konservativen waren bis dahin durchaus freihändlerisch gesinnt, da Preußen noch vorwiegend Agrarstaat und auf den Export seines überschüssigen Getreides angewiesen war. Etwa um die Mitte der siebziger Jahre hörte das auf. Es war also möglich, auch der Landwirtschaft mit einem Schutzzoll beizuspringen.

Hier fand die schöpferische Kraft des Bismarckschen Geistes ihr Feld. Eine aus Agrariern und Industriellen formierte schutzzöllnerische Bewegung mußte das ganze bisherige Parteiwesen erschüttern und umwerfen.

Hätte es sich freilich darum gehandelt, den Grundbesitzern durch Verteuerung des Brotes auf Kosten der großen Massen einen Vorteil zuzuwenden, so hätte diese Politik schwerlich Erfolg haben können, aber was zu erzielen war, war ja nur die Bewahrung des Standes der Grundbesitzer vor einem Schaden, den ihnen eine Weltkonjunktur zuzu-

fügen drohte, und dafür ließen sich nicht nur die Industriellen auf Grund der Gegenleistung, sondern auch die Menge der Nichtinteressierten gewinnen*). Hier ergab sich auch die Möglichkeit eines praktischen Zusammenwirkens und damit eine Annäherung an das Zentrum, das seine Wählermassen bei weitem zum größten Teile in agrarischen Kreisen hat. Der Zufall wollte, daß eben um diese Zeit (8. Februar 1878) Pius IX. starb, und sein Nachfolger, Leo XIII. sofort bemerkbar machte, daß er bereit sei, über die Beilegung des Kulturkampfs in Deutschland mit sich verhandeln zu lassen. Langsam, langsam unter fortwährendem Drängen, Kämpfen, Zanken und Feilschen gingen die Ver-

*) In den Jahren 1851 bis 1880 war der Durchschnitt des Weizenpreises 209,6 für die Tonne. Dieser Preis ist trotz der Zölle nur 1891 (mit 224,2) und 1909 (mit 233,09) überschritten worden; im Jahre 1913 war der Jahresdurchschnittspreis 199; im Juli 1914 209. Der Roggen kostete im Durchschnitt 1851 bis 1880 163,7, hat diesen Durchschnitt bis 1909 sechsmal überschritten, ist aber auch 1896 trotz Zoll bis auf 118,8 gesunken. 1913 betrug der Jahresdurchschnittspreis 164,3; 1914 im Juli 174. Der Konsum von Roggen ist seit 1878 pro Kopf der Bevölkerung etwa derselbe geblieben; gleichzeitig aber der Verbrauch von Weizen ganz gewaltig gestiegen, die Gesamternährung durch Brotfrüchte also ungeheuer verbessert.

handlungen voran; bald spielte Bismarck den Papst gegen das Zentrum, bald das Zentrum gegen den Papst aus. Bald versicherte er, daß er zu dem Papst und seiner Persönlichkeit volles Vertrauen habe; oder erklärte, daß das Papsttum als eine universale Institution doch insofern auch zu den deutschen Institutionen gehöre, als so viele Deutsche sich zu Angehörigen der katholischen Kirche bekennten; bald sprach er den Wunsch aus: „das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen, als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören," und unterschied die einzelnen, besser gesinnten Mitglieder des Zentrums von den Tendenzen der Fraktion. Der König wünsche mit seinen katholischen Untertanen in Frieden zu leben und sie zufriedenzustellen.

Zu einer Versöhnung kam man nicht, aber die für die katholische Kirche unannehmbaren Bestimmungen der Kulturkampf-Gesetze wurden allmählich aufgegeben und abgebrochen, und indem das Zentrum für die Schutzzölle eintrat, versah es auch das Reich mit neuen Mitteln, freilich unter Bedingungen, über die noch zu reden sein wird.

Neben Schutzzoll und Kompromiß mit dem Zentrum erschien nun aber noch ein drittes Moment, die Parteiverhältnisse umzuwandeln. Die Sozialdemokratie, die seit Anfang der sechziger Jahre angefangen hatte, sich parteipolitisch zu organisieren, nahm einen ganz ungeahnten Aufschwung, und in psychologischem oder, wenn man will, psychopathischem Zusammenhang mit ihrer wilden Agitation erfolgten dicht hintereinander zwei Attentate auf den ehrwürdigen Kaiser Wilhelm. Schon nach dem ersten Attentat legte Bismarck dem Reichstag ein Gesetz vor, das die sozialdemokratische Bewegung mit scharfem polizeilichen Zugriff fesseln sollte. Die Nationalliberalen und die erdrückende Mehrheit des Reichstags lehnten es ab. Nach dem zweiten Attentat, bei dem der Kaiser schwer verwundet wurde und das das ganze Volk mit einer ungeheuren Erbitterung erfüllte, löste Bismarck den Reichstag auf. Die Auflösung wäre nicht nötig gewesen, denn die Nationalliberalen waren jetzt ohnehin bereit, sich auf ein Ausnahmegesetz einzulassen, und auch nach den Neuwahlen, die ihnen etwa 50 Sitze kosteten, die den Konservativen und Freikonservativen zufielen, blieb die

Entscheidung bei ihnen, aber für die allgemeine Lage des Reichstags war die Verschiebung zugunsten der Rechten von höchster Bedeutung. Denn während es bisher ohne die Nationalliberalen (fast 150 Stimmen) überhaupt keine Majorität für die Regierung gegeben hatte, so konnte jetzt auch eine Majorität aus den beiden konservativen Parteien und dem Zentrum gebildet werden. Damit war allen Gelüsten nach einem parlamentarischen Regiment vorläufig ein Ende gemacht. Die Regierung blieb der führende, maßgebende Faktor im Reichsregiment, indem sie sich bald auf diesem, bald auf jenem Wege vermöge eines entsprechenden Entgegenkommens eine Majorität verschaffte.

Zunächst wurde nun ein Ausnahmegesetz geschaffen, das der Polizei gegenüber den Sozialdemokraten weitgehende Vollmachten gewährte. Vereine, Versammlungen und Zeitungen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zutage traten, konnten danach

verboten und unterdrückt werden; für gewisse Orte und Gegenden konnte ferner der sog. kleine Belagerungszustand erklärt werden, der u. a. die Möglichkeit gewährte, Agitatoren auszuweisen. Als Bürgschaft gegen den Mißbrauch solcher Vollmachten wurde das Gesetz zunächst auf $2^1/_2$ Jahre beschränkt und dann periodisch bis zum 30. September 1890 verlängert.

Während Deutschland bis dahin den Eindruck eines in wilden Wogen aufschäumenden Meeres geboten hatte, trat mit einem Schlage Ruhe ein, und das erregte Meer wurde glatt und still.

Aber dieser vorteilhafte Zustand währte nur kurze Zeit. Die Vorstellung, daß der Schutzzoll eine ungerechte Bevorzugung gewisser Gewerbe und eine Benachteiligung der Konsumenten, der Freihandel das allein gerechte und zugleich wirtschaftlich produktivste Wirtschaftssystem darstelle, war in Deutschland zu tief eingewurzelt und zugleich von zu starken Interessen getragen, als daß sie so schnell hätte überwunden werden können. Die nationalliberale Partei spaltete sich darüber. Etwa die Hälfte und darunter, mit Ausnahme von Bennigsen und Miquel, gerade die hervorragende-

ren und bedeutenderen Persönlichkeiten, schieden aus und gründeten eine neue liberale Vereinigung, und die nächsten Wahlen (1881) brachten der Fortschrittspartei auf Kosten der Konservativen und Freikonservativen einen so großen Stimmenzuwachs, daß jetzt ohne das Zentrum überhaupt keine Majorität mehr zu beschaffen war. Auch die nächsten Wahlen (1884) änderten daran nur wenig, obgleich sie den Konservativen einigen Zuwachs verschafften.

Bismarck war also 6 Jahre lang, von 1881 bis 1887, darauf angewiesen, durch fortwährendes Paktieren mit dem Zentrum die Reichsmaschine, sozusagen, in Gang zu halten. Die Situation ist keineswegs etwa gleichzustellen seinem Paktieren mit den Nationalliberalen in dem Jahrzehnt von 1866 bis 1876, denn so sehr auch hier das Zusammenwirken auf Kompromiß und gegenseitiger Nachgiebigkeit beruhte, so entsprang es doch aus einer tiefen gemeinsamen Idee, der Herstellung eines Deutschen Reichs unter preußischer Führung. Das Zusammenwirken mit dem Zentrum aber war ein rein äußerliches, durch die parlamentarischen Machtverhältnisse erzwungenes. Die Nationalliberalen

hatte es seinerzeit mit tiefster sachlicher Befriedigung erfüllt, wenn sie mit dem leitenden Staatsmann zu einer Einigung gelangten. Das Zentrum unter der klugen und zähen Führung des ehemaligen hannoverschen Ministers Windthorst hatte seine Befriedigung in dem Gefühl, den gewaltigen Gegner zu bezwingen und ihn seinem Willen zu unterwerfen, und alles wurde unter diesen taktischen Gesichtspunkt gestellt. Neben der sachlichen Prüfung der Forderungen in den von der Regierung vorgelegten Etats blieb immer der taktische Grundsatz, der Regierung zu zeigen, daß man die Macht habe, und Streichungen vorzunehmen, bloß um wieder daran zu erinnern, daß das Zentrum in der Lage sei sich zu rächen, wenn die Verwaltung ihr nicht genügend entgegenkomme. Man arbeitete nicht ohne Erfolg mit an der Gesetzgebung — die ersten sozialen Gesetze, das Krankenkassengesetz und das Unfallversicherungsgesetz wurden in dieser Periode geschaffen —, sah aber jedes Gesetz darauf an, ob nicht die Reichs- und Staatsgewalt dadurch gestärkt würde, was man verhindern wollte. Eine Zulage von, sage und schreibe, 2700 Mk. für die überlasteten Subalternbeamten des Auswär-

tigen Amtes durchzusetzen, mußte der Reichskanzler persönlich erscheinen, reden, kämpfen und zerren. Die gesteigerten Geschäfte des Auswärtigen Amtes verlangten einen neuen Ministerialdirektor: der Reichstag lehnte ihn glatt ab, bis ein Sturm in der öffentlichen Meinung sich erhob und 19 Mitglieder der Freisinnigen Partei bewog, ihre Haltung zu ändern und der Regierung eine kleine Majorität zu verschaffen (4. März 1885).

Sehr schwere Schädigungen aber erfuhr das Deutsche Reich in der zwar nicht ganz versagenden, aber doch immer ungenügend bleibenden Fürsorge auf dem Gebiet seiner Finanzen. Die Majorität des Reichstages, das Zentrum mit seinen Annexen an Welfen, Elsässern und Polen, die Freisinnigen und die Sozialdemokraten bildeten eine geschlossene Majorität, die zu keiner Steuerbewilligung zu bewegen war, und es begann der unerhörte Zustand, der sich progressiv bis zum Jahre 1913 fortgesetzt und gesteigert hat, daß mitten im Frieden Anleihen aufgenommen wurden, um laufende Ausgaben zu decken. Im Jahre 1876 noch war das Reich schuldenfrei; bis zum Abgang Bismarcks 1890 waren sie schon auf über eine Milliarde, bis zum Ausbruch

des jetzigen Krieges auf fast 5 Milliarden gestiegen. Der Nationalökonom Schanz berechnete im Jahre 1909, daß wenn der Reichstag im Jahre 1877 nur 70 Millionen Mark bewilligt hätte (etwa die Biersteuer, wie sie seit dem Jahre 1909 ohne Nachteil eingeführt worden ist), das Reich schuldenfrei sein würde. Nun schien ein Zufall Hilfe zu bringen. Bei dem ersten Schutzzolltarif von 1879 war das Brotgetreide mit einer Mark für den Doppelzentner belastet worden; da nun aber der Weltmarktspreis immer weiter sank, wurde der Zoll im Jahre 1885 auf drei Mark erhöht, was bei der großen Einfuhr auch der Reichskasse aufgeholfen hätte. Das Zentrum wollte den Schutzzoll, aber nicht die finanzielle Stärkung des Reiches. Schon bei dem ersten Schutzzolltarif war die eigentümliche Franckensteinsche Klausel zugefügt worden, wonach das Reich von den neuen Einnahmen nur 130 Millionen Mark behalten, den Überschuß aber an die Einzelstaaten verteilen mußte. Das war aber mehr eine staatsrechtliche, als eine finanzielle Bestimmung, denn in der Form der Matrikularbeiträge konnte das Reich jene Verteilung wieder zurücknehmen. Die Franckensteinsche Klausel be-

deutete also nur die Wahrung des Budgetrechts des Reichstages, und die Nationalliberalen hatten darin sogar noch weitergehen wollen als das Zentrum. Dieses Budgetrecht des Reichstages aber wurde allmählich mehr und mehr als eine bloße Doktrin erkannt, eine Waffe, die in dem Machtstreit zwischen Regierung und Parlament, wie er sich in Deutschland gestaltet hatte, praktisch keine Anwendung mehr finden konnte. Das Entscheidende war, ob tatsächlich Geld in den Kassen war oder nicht. Wenn nicht, so blieb die Regierung unter dem steten Druck des Reichstages, d. h. in unserem Falle des Zentrums. Das Zentrum beschloß also die Bewilligung, die es mit der einen Hand machte, mit der anderen wieder zu nehmen, indem es das Reich zwang, nicht nur die neuen Überschüsse an die Einzelstaaten zu verteilen, sondern auch durch ein besonderes Gesetz in Preußen (lex Huene) den Staat zwang, seinen Anteil an die Kreise weiterzuverteilen. Durch eine groteske Multiplikation von Einwohnern und Quadratmeilen wurde für diese Verteilung ein Maßstab geschaffen. Die Kreise brauchten zum Teil diese Zuschüsse gar nicht, sondern bauten luxuriöse

Amtswohnungen für ihre Landräte davon — der Zweck des Zentrums aber, das Reich arm zu erhalten, damit es der Fraktion dienstbar sei, war erfüllt. Dabei gibt es Leute, die behaupten, daß in Deutschland der Reichstag nichts zu sagen habe — eher dürfte man es als eine Schmach empfinden, daß selbst ein Bismarck sich solchen Bedingungen des Reichstags hat unterwerfen müssen.

Wenn selbst das Geld aus den Zöllen, das schon in den Reichskassen war, ihnen wieder entzogen wurde, so war es nur natürlich, daß andere Mittel erst recht nicht bewilligt wurden. Bismarck hielt Monopole für eine besonders geeignete Methode, die Staatseinnahmen zu erhöhen, ohne die Volkswirtschaft empfindlich zu belasten. Aber sowohl das Tabaksmonopol, wie nachher das Branntweinmonopol lehnte der Reichstag, wesentlich unter dem Gesichtspunkt, daß die Macht der Regierung vermöge des großen neuen Beamtenapparats gestärkt werde, ab.

Schon erwies sich auch das Sozialistengesetz als nicht so wirksam, wie man erwartet hatte. Nur den ersten Augenblick hat der Schlag eine betäubende Wirkung gehabt, und die Agitation setzte in neuen,

vorsichtigeren Formen bald wieder ein. Die Mandate, die von 12 auf 9 im Jahre 1878 zurückgegangen waren, stiegen im Jahre 1884 wieder auf 24, und die Zahl der Stimmen von 312 000 (im Jahre 1881) auf 550 000.

Schon im Jahre 1878 hatte Bismarck Bedenken gehabt, ob mit dem bestehenden Reichstagswahlrecht auf die Dauer auszukommen sei.*) Jetzt finden wir die erste Spur einer praktischen Vorbereitung für eine gewaltsame Änderung. Die preußische Regierung erließ eine Erklärung (4. April 1884), die dann vom Bundesrat gutgeheißen wurde, daß das Reich auf einem Vertrage der Einzelstaaten beruhe — woraus sich also folgern ließ, daß es auf demselben Wege wieder aufgelöst und mit einer anderen Verfassung von neuem errichtet werden könne.

Das Schicksal aller Vorlagen, erklärte der Kanzler im Reichstag gleich nach den Neuwahlen von 1884, sei ja ganz klar vorauszusehen. Aus taktischen, nicht aus sachlichen Gründen, um der Macht willen, lehnten Zentrum und Deutschfreisinnige die Vor-

*) Brief an Tiedemann vom 15. Aug. 1878. Ged. u. Erinn. II, S. 190.

lagen der Regierung ab, und indem die fremdländischen Elemente, die Polen, die franzosenfreundlichen Elsässer und die Welfen ihnen beiträten, die alle das Reich überhaupt nicht wollten, sei stets eine Majorität gegen die Regierung gegeben. „Aber", fügte er hinzu, „ich lasse mir von der Majorität des Reichstages nicht imponieren. Nein, meine Herren, in keiner Weise, dazu sind Sie gar nicht die Männer. Ich habe mir ja von ganz Europa nicht imponieren lassen. Sie werden nicht die ersten sein." „Sie wollen uns mürbe machen, indem Sie Opposition machen; Sie kriegen uns nicht mürbe, es wird etwas anderes mürbe, das ist: der *gemeinsame Boden, auf dem wir uns begegnen*" (das heißt also: die Verfassung).

„Ich halte den Papst", rief er dem Zentrum zu (12. April 1886), „für deutschfreundlicher als das Zentrum. Der Papst ist eben ein weiser, gemäßigter und friedliebender Herr. Ob man das von allen Mitgliedern der Reichstagsmajorität sagen kann, lasse ich dahingestellt sein. Der Papst ist außerdem kein Welfe, er ist nicht Pole und er ist auch nicht deutschfreisinnig. Er hat auch keine Anlehnung mit der Sozialdemokratie."

Man wäge solche Sätze, die damals mit Heiterkeit aufgenommen wurden! In welcher Stimmung muß ein deutscher Reichskanzler sein, der den Papst, einen italienischen Prälaten, für deutschfreundlicher als die Mehrheit der deutschen Volksvertretung erklärt!

Noch einmal fand das Bismarcksche Genie einen Ausweg. Das Hauptagitationsmittel der Liberalen seit Beginn des Verfassungslebens war die Opposition gegen die Militärausgaben gewesen. Allmählich aber war der Staatsgedanke in den Massen erstarkt und damit auch das Verständnis für die Notwendigkeit des Heeresaufwandes gewachsen. Bismarck erkannte, daß der Moment gekommen sei, wo man den Spieß umdrehen könne.

Der Zufall wollte, daß in dem Auf und Ab der Spannungen mit Frankreich die Revancheidee einmal wieder nach oben gekommen und in einem forschen General namens Boulanger einen unternehmungslustigen Vertreter gefunden hatte. Wenn auch noch kein formelles Bündnis mit Rußland bestand, so war die Annäherung doch so weit gediehen, daß die Franzosen sicher darauf rechneten, in einem Kriege mit Deutschland von den Russen

nicht im Stich gelassen zu werden. In Deutschland hatte man angesichts der ungünstigen Reichsfinanzen die Heeresstärke erheblich unter den herkömmlichen Satz von 1% der Bevölkerung sinken lassen; jetzt beantragte die Regierung im Hinblick auf die drohende Kriegsgefahr die Herstellung dieser Verhältniszahl durch Vergrößerung der Armee um 41 000 Mann (von 427 000 auf 468 000).

Nicht nur wegen der unverkennbaren äußeren Gefahr, sondern auch innerlich waren die beiden Oppositionsparteien, das Zentrum und die Deutschfreisinnigen, geneigt, der Regierung entgegenzukommen. Die Taktik des Abgeordneten Windthorst war es ja schon lange, sich gleichzeitig der Regierung unentbehrlich zu machen und sie unter Druck zu halten und ihr Konzessionen abzupressen. Die deutschfreisinnige Partei hatte sich im Jahre 1884 aus der alten Fortschrittspartei und den nationalliberalen Sezessionisten neu gebildet mit dem unausgesprochenen Programm, einmal bei einem Regierungswechsel sich dem neuen Kaiser zur Verfügung zu stellen und Bismarck zu ersetzen. Da nun kein deutscher Kaiser je in Armeefragen mit sich spaßen lassen wird, so mußte sie sehr vor-

sichtig sein. Auf der anderen Seite aber hatte sie und nicht weniger das Zentrum vor ihren Wählern von je über die Militärlasten geklagt und im besonderen die jährliche Bewilligung durch den Reichstag gefordert, um der parlamentarischen Macht willen. Selbst die Nationalliberalen hatten sich ja im Jahre 1874 nur mit Mühe zu einer Bewilligung auf sieben Jahre bestimmen lassen. Bismarck forderte deshalb die um 41 000 Mann verstärkte Armee aufs neue auf sieben Jahre. Um diesen Zeitraum, um das Septennat, entbrannte der Kampf. Heute wissen wir, wie wenig das zu bedeuten hat, da kein Reichstag mehr notwendige Heeresausgaben versagen und es auf eine Machtprobe ankommen lassen wird. Damals aber erschien es als der Mittelpunkt des konstitutionellen Lebens. Schritt für Schritt kamen die Parteien der Regierung entgegen und boten endlich die ganze Forderung auf drei Jahre. Das sachlich Notwendige wäre damit gegeben gewesen, aber wenn die Parteien für ihre Bewilligungen nicht nur praktische, sondern auch taktische Gesichtspunkte in Betracht zogen, so verstand Bismarck diese Kunst nicht minder. Er sah seinen Vorteil. Keinen

Zoll gab er nach. Die Parteien aber hätten ihre ganze Vergangenheit verleugnet, wenn sie das Septennat ohne jeden Abstrich hätten annehmen wollen. So mancher Anhänger Bismarcks zweifelte, ob die Frage Triennat oder Septennat geeignet sei, eine Wahlparole für eine Auflösung abzugeben; der Unterschied sei zu fein, die Massen würden ihn nicht verstehen. Aber Bismarck kannte die Volksseele besser: was schert den gemeinen Mann Triennat oder Septennat, wenn er zur Wahlurne gerufen wurde? Er empfand nur: für oder gegen die Armee.

Seit ihrer Spaltung im Jahre 1880 hatte die nationalliberale Partei ein unerfreuliches Dasein gefristet, sie war auf einige 40 Stimmen im Reichstag zusammengeschmolzen, die keine positive Bedeutung hatten. Hatte die Regierung die Rechte und das Zentrum für sich, so bedurfte sie der Nationalliberalen nicht; hatte sie das Zentrum gegen sich, so konnten ihr die Nationalliberalen nichts helfen. Verzweifelnd an einer ersprießlichen Tätigkeit, hatten die beiden Führer Miquel und Bennigsen auf ihre Mandate verzichtet und sich aus dem politischen Leben zurückgezogen. Jetzt

holte Bismarck sie wieder heran. Auf der konservativen Seite hatte sich im Beginn der achtziger Jahre eine demokratisch-demagogische Richtung unter Führung des Hofprediger Stöcker entwickelt, die hauptsächlich mit den antisemitischen Empfindungen im Volke arbeitete. Bismarck setzte es nunmehr durch, daß Stöcker mit seinem Anhang in den Hintergrund geschoben wurde und die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen ein Bündnis zu gegenseitiger Unterstützung, ein Kartell, schlossen.

Das Aufwerfen der Armeefrage und das Kartell gaben ihm bei den Wahlen (21. Februar 1887) einen glänzenden Sieg. Die Kartellparteien gewannen etwa 70 Sitze und damit 20 Stimmen über die absolute Majorität. Die Nationalliberalen verdoppelten sich geradezu und kamen auf fast 100 Stimmen; den Hauptverlust hatten die Deutschfreisinnigen und neben ihnen die Sozialdemokraten, die von 25 Sitzen auf 11 reduziert wurden, und die Welfen, die von 11 Sitzen sechs verloren.

Der neue Reichstag bewilligte das Septennat, ein großes Extraordinarium für die Armee und eine

neue Branntweinsteuer, die hundert Millionen einbrachte. Dieser Reichstag schuf weiter das Hauptstück der Sozialreform, die Invaliditätsversicherung. Aber das Kartell der Parteien, auf das er gegründet war, hielt nicht vor. Schon im Herbst des Jahres 1887 war der Abgeordnete Windthorst wieder in einer großen Frage der Führer des Hauses. Die Weltmarktpreise der Agrarprodukte blieben in ständigem Rückgang, so daß die Regierung abermals eine Erhöhung der Getreidezölle von 3 auf 6 Mark vorschlug. Dafür war die nationalliberale Fraktion nicht zu haben, und das Zentrum gab schließlich die Entscheidung, indem es den Zoll auf 5 Mark festsetzte.

Alle bisherigen politischen Kombinationen schienen in Frage gestellt, als nun das Jahr 1888 den doppelten Thronwechsel brachte. Aber Hoffnungen oder Befürchtungen hüben wie drüben wurden enttäuscht. Kaiser Friedrich behielt den Fürsten Bismarck als Reichskanzler und Kaiser Wilhelm II. ließ kundgeben, daß er die Kartellpolitik billige.

In der ergreifenden Rede, in der Bismarck dem Reichstag das Ableben Kaiser Wilhelms berichtete, teilte er mit, welch ein Trost es für den Sterben-

den gewesen sei, aus der einmütigen Bewilligung, mit welcher der Reichstag große, außerordentliche Mittel für das Heer zur Verfügung gestellt hatte, den Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation zu entnehmen. Nach außen sollte aber nicht nur niemand durch diese geschlossene Macht des Deutschtums bedroht werden, sondern Bismarck wünschte sogar den Franzosen, um sie von ihren Revanchegedanken abzulenken, große koloniale Erwerbungen, um ihnen Ersatz für Elsaß-Lothringen zu verschaffen. Nicht nur, ohne von Deutschland darin behindert zu werden, sondern sogar mit einer gewissen Unterstützung Deutschlands gewannen die Franzosen als die Besiegten von Sedan das große Kolonialreich, nach dem sie als „grande nation" so lange vergeblich geeifert hatten. Halfen solche Wohltaten nicht, so griff der große Zauberer zu Drohung und Einschüchterung. Mitten in dieser aber zeigte er wieder sachliches Entgegenkommen. Im Januar 1887 stellte er den Franzosen das saigner à blanc in Aussicht, wenn sie uns angreifen sollten; als aber im April wegen der Verhaftung eines französischen Spions, namens Schnäbele, unmittelbar an der Grenze,

ein Lärm in der französischen Presse entstand, der zum Kriege hätte führen können, ließ Bismarck den Mann unter einem ritterlichen Vorwande frei, und als im Herbst desselben Jahres ein deutscher Grenzsoldat einen französischen Forstwärter erschoß, den er auf deutschem Gebiet betroffen und für einen Wilderer gehalten hatte, da löschte Bismarck abermals durch Entgegenkommen den Funken, der den Brand entzünden konnte: die französische Presse forderte mit lauten Drohungen 40 000 Francs für die Witwe als Entschädigung: Bismarck sandte durch den deutschen Botschafter 50 000 Mark, ehe noch die französische Regierung so weit gekommen war, eine Forderung aufzustellen. Gleich darauf ersuchte die deutsche Regierung den Reichstag um eine Verlängerung der Landwehrpflicht, die Aufstellung von 700 000 Triariern: die Rede, in der Bismarck die Forderung begründete, brachte jenes Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt" und entfachte einen Sturm der Begeisterung in Deutschland, dem Inhalt nach aber war es eine Friedensrede, fand Entschuldigungs- und Erklärungsgründe für die drohenden Truppenver-

schiebungen der Russen an unserer Grenze und enthielt sich so sehr jeder Drohung, daß sie sogar die aktuelle Kriegsgefahr direkt ableugnete.

Die erfolgreiche Friedenspolitik nach außen, die fruchtbare Gesetzgebung im Innern schienen dem Reichskanzler eine ebenso grandiose wie unerschütterliche Stellung zu geben.

Trotzdem fühlte er sich immer unbehaglicher.

Von allen Seiten drängte man mit Forderungen an ihn heran, die, seiner Politik an sich nicht widersprechend, ihr sogar konform, doch seiner Individualität widerstrebten, seiner subjektiven Auffassung nicht zusagten und denen er sich mit einem gewissen Alterseigensinn widersetzte. Die preußische Klassen- und Einkommensteuer bedurfte dringend einer Neuordnung; die preußische Landgemeindeordnung zeigte unerträgliche Mißbräuche. Die Sozialreform bedurfte einer Ergänzung durch ein Arbeiterschutz-Gesetz so sehr, daß der Reichstag es in einstimmigen Resolutionen forderte. Bismarck wollte von alledem nichts wissen. Rings um sich herum aber glaubte er Intrigen zu bemerken, die auf seinen Sturz ausgingen oder sich wenigstens schon darauf rüsteten, ihn zu beerben.

Der Hauptanstoß ging von der äußersten Rechten aus, geführt von dem Hofprediger Stöcker und dem Chefredakteur der Kreuz-Zeitung, Freiherrn v. Hammerstein. „Das Gold altpreußisch-konservativer Prinzipien solle keine Legierung erfahren mit unedlem Metall aus der Schatzkammer des Liberalismus," verkündete die Kreuzzeitung und griff immer von neuem das Kartell an, weil es die Politik in liberale Bahnen führe. Im Abgeordnetenhause arbeiteten die Konservativen ein Gesetz über die Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen um, in Gemeinschaft mit dem Zentrum, so daß selbst das Herrenhaus sich dagegen auflehnte und die Vorlage wieder im Sinne der Regierung und der Mittelparteien zurückrevidierte. Als geheimes Haupt der konservativen Fronde gegen den Reichskanzler galt der Chef des Großen Generalstabes, der Nachfolger Moltkes, General Graf Waldersee, — man weiß nicht, wie weit mit Recht. Sicher bezeugt ist nur durch spätere Enthüllungen, daß Stöcker und Hammerstein an Bismarcks Sturz arbeiteten.

Aber wenn die Konservativen, wenigstens zum Teil, wieder unzufrieden waren mit Bismarck

wegen seines Liberalisierens, so waren auch die Nationalliberalen keineswegs mit ihm zufrieden oder er mit ihnen. Im Januar 1888 brachte die Regierung ein neues, sehr verschärftes Sozialisten-gesetz ein für die Dauer von fünf Jahren. Unter Führung der Nationalliberalen lehnte der Reichs-tag es ab und verlängerte nur das bestehende Gesetz noch auf weitere zwei Jahre. Im Februar 1889 brachten die „Hamburger Nachrichten" einen offenbar inspirierten Artikel, der die National-liberalen anklagte, auf das Ableben Bismarcks zu spekulieren, seitdem er in einer Reichstags-sitzung den Eindruck gemacht habe, daß er im Be-griff stehe, dem Greisenalter seinen Tribut zu zollen. Selbst unter den treuesten Anhängern des Kanzlers erwuchs eine starke Mißstimmung wegen überaus gehässiger Angriffe auf das Andenken Kaiser Friedrichs. Man beschuldigte ihn der Unter-grabung der monarchischen Gesinnung, und das Zentrumsblatt, die „Germania", brachte einen höhnischen Artikel mit der Überschrift: „Es gelingt nichts mehr."

Es war vorauszusehen, daß bei den Reichstags-wahlen, die Anfang 1890 stattfinden mußten,

die Kartellmajorität in die Brüche gehen würde. Der Zufall, daß nach Erhöhung der Getreidezölle die Weltmarktpreise stark in die Höhe gingen, ließ diese Zölle als agrarische Ausbeutung erscheinen, und die hohe neue Branntweinsteuer, die so konstruiert war, daß den Brennereien dabei eine sehr reichliche Entschädigung für die Lasten des Gesetzes zufiel, bot ebenfalls ein sehr aufreizendes Agitationsmittel für die Massen.

Das Kartell verlor über 70 Stimmen; die Sozialdemokraten stiegen von 11 auf 35, das Zentrum erreichte mit 106 Stimmen sein Maximum, die Freisinnigen stiegen von 32 auf 67.

Ein derartiges Ergebnis wurde von jedermann erwartet, und in Bismarcks Gedanken muß die Frage, wie er sich zu einem solchen Reichstag stellen werde, längst hin und her geprüft worden sein. Ähnlich zusammengesetzte Reichstage hatte er ja auch 1881—1887 gehabt und schwer genug mit ihnen gekämpft. Jetzt war die Lage noch viel ungünstiger. Damals hatte er die große Gabe der Schutzzölle zu vergeben gehabt und hatte die Außenwerke der Kulturkampfgesetzgebung geopfert und vielleicht schon etwas mehr. Was der Kartell-

reichstag an Heeresbewilligungen und Steuern gebracht hatte, war viel, aber doch immer noch nicht genug. Die drohende russisch-französische Gefahr, die schon bis zu russischen Truppenverschiebungen an die deutsche Grenze gediehen war, machte neue Heeresverstärkungen unabweislich, und schon meldete sich auch die Forderung der Schaffung einer Marine an. Welche Bedingungen würde das Zentrum für solche Bewilligungen stellen? Und wenn es Steuern zu bewilligen sich bereiterklärte, welche Steuern? Bismarck verlangte Monopole, die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses Reform der Einkommensteuer mit Progression, was er verabscheute. Im Jahre 1889 hatte man ihn einmal dahin gebracht, einem Entwurf in diesem Sinne zuzustimmen, aber in dem Augenblick, als das Abgeordnetenhaus in die Beratung eintreten wollte, ließ Bismarck die Session in brüsker Weise unter einem Vorwand schließen (30. April 1889). Endlich drohten alle die anderen Forderungen, im besonderen die Gewerbe- und Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihm als einem Mann des praktischen Lebens zu unerträglichen Eingriffen der Bureaukratie zu führen schienen, wo er sich

zu widersetzen entschlossen war, so sehr ihm auch sein nächster Mitarbeiter, der Staatssekretär v. Boetticher, zuredete, dem einmütigen Wunsch des Reichstages, dem auch der junge Kaiser zustimmte, entgegenzukommen.

Die Lage schien hoffnungslos und sie wurde es um so mehr, als Bismarck sich von Berlin fernhielt, sich in der Einsamkeit von Friedrichsruh vergrub (vom Mai 1889 bis Januar 1890) und gegen alle, die mit ihm zu tun hatten, seinen eigenen Sohn nicht ausgenommen, ausfallend und heftig wurde. Man raunte sich in diesen Kreisen zu, der Alte wisse nicht mehr, was er wolle, er sei nicht mehr richtig im Kopf.

In einer Staatsministerialsitzung vom 7. Februar 1890 gab Bismarck eine Erklärung ab, daß er, wie die einen es verstanden, seine preußischen Ämter abgeben und sich auf die Reichspolitik zurückziehen wolle, wie die anderen es verstanden, daß er nur die Auswärtige Politik behalten wolle. Auf einen Wink Maybachs ergriff darauf Boetticher das Wort und sprach sein Bedauern aus, daß der Fürst aus diesem Kreise ausscheiden wolle, und die Hoffnung, daß man dennoch seines weisen Rats ver-

möge des Zusammenhangs von Reich und Preußen nicht entbehren werde. Am Abend traten die Minister ohne Bismarck noch einmal zusammen, um zu beraten, wie sie sich verhalten sollten. Der Finanzminister Scholz riet, man solle formell alles beim Alten lassen und den Fürsten nur Urfehde schwören lassen, daß er sich um das Innere nicht mehr bekümmern und dem Staatssekretär freie Hand lassen wolle. Damit der Rücktritt auf die Wahlen keinen ungünstigen Einfluß ausübe und auch nicht als Folge der veränderten Majorität erscheine, solle er am Abend des Wahltages selbst, am 20. Februar erfolgen.

Der Plan dieses teilweisen Rücktritts zeigte sich bei näherer Betrachtung als unausführbar. Der bayrische Bundesbevollmächtigte Graf Lerchenfeld erklärte dem Kanzler, der Kitt des Reiches sei deshalb so fest, weil stets die Gewißheit bestehe, daß was der Reichskanzler wolle, auch Preußen wolle; was sollte werden, wenn neben dem Kanzler im Bundesrate der Vertreter Preußens sitze und nachdem jener gesprochen, erkläre, daß er anderer Ansicht sei?

Aber der alte Löwe war noch nicht so kraft- und entschlußlos, wie man ringsum meinte. Er hatte

noch einen anderen Plan im Hintergrund, und die Ausführung hatte bereits begonnen.

Bismarck hatte das Deutsche Reich errichtet, nicht bloß indem die bisher gewonnenen Einzelstaaten sich vertragsmäßig zu einem neuen Staatswesen vereinigten, sondern indem eine von allen erwachsenen Männern gewählte Versammlung darüber beriet, die Regierungen die Verfassung mit ihr vereinbarten und sie von ihr in jeder einzelnen Bestimmung gutheißen ließen. Vorsichtigerweise hatte Bismarck diesen neuen Bund vorläufig nur für Norddeutschland geschaffen und die süddeutschen Staaten erst 1871 eintreten lassen, da er mit einem aus ganz Deutschland gewählten Reichstag möglicherweise nicht imstande gewesen wäre, sich über eine Verfassung zu einigen. Je länger, je mehr hatte sich ihm nun gezeigt, wie schwer es sei, das Reich mit einer solchen Versammlung zu regieren. Bei weitem die Mehrheit des deutschen Volkes hatte ja im Grunde dieses Reich mit dieser Verfassung nicht gewollt: die einen, weil sie eine Republik oder wenigstens den reinen Parlamentarismus anstrebten, die anderen, weil sie die preußische Führung verwarfen und einen mehr lockeren Bund

mit Einschluß Österreichs anstrebten. In Momenten hoher nationaler Erregung hatte dann doch diese mehr rote oder mehr schwarze oder auch schwarz-weiße Opposition sich gefügt und mitgearbeitet, brach aber immer wieder hervor und erschwerte die ersprießliche Regierung des Reiches aufs äußerste. Schon im Jahre 1884 hatte Bismarck deshalb den Bundesrat jenen Beschluß fassen lassen, wonach die Regierungen befugt gewesen wären, den Bund wieder aufzulösen und auf anderer Grundlage einen neuen zu schließen.

Wie leicht es für den erfinderischen Geist Bismarcks gewesen wäre, den Verfassungskonflikt heraufzubeschwören, wenn er ihn wünschte, zeigen einige Äußerungen, die er einem Journalisten gegenüber noch später getan hat. Die deutsche Reichsverfassung enthielt die Bestimmung, daß die Abgeordneten als solche keine Diäten beziehen dürften; als die Verfassung erlassen wurde, hatte Bismarck selber erklärt, auf Privatabmachungen beziehe sich diese Bestimmung nicht, und die Sozialdemokratie, die ja vielfach vermögenslose Mitglieder in ihren Reihen zählte, gab diesen Parteidiäten. Auf Grund

des Wortlauts der Verfassung hatte Bismarck später Anklage erheben lassen, und das Reichsgericht hatte in der Tat solche Diäten für ungesetzlich erklärt und sie für die Staatskasse einziehen lassen. Der Erfolg war natürlich nur, daß die Partei eine andere Form für die Unterstützung der für sie unentbehrlichen Vertreter wählte. Bismarck erklärte nunmehr: die Diätenlosigkeit sei bei Herstellung der Verfassung das Äquivalent für das allgemeine und geheime Wahlrecht gewesen; wenn dieses Äquivalent reichstagsseitig nicht gegeben wäre, so würde eben auf die Unterlagen des damaligen Kompromisses wieder zurückgegriffen werden müssen. Es frage sich, ob ein Reichstag, der sich der Verfassung nicht füge (wie es durch die Gestattung der Teilnahme der Empfänger von Parteidiäten an Verhandlungen des Hauses geschehe), berechtigt sei, die Reichstagsfunktion auszuüben. Dem Kaiser stehe das Recht der Überwachung der Reichsgesetze zu, und man könne fragen, ob es nicht angezeigt wäre, daß der Kaiser eine Botschaft an den Reichstag richte, in der dieser zu strikter Ausführung der Verfassung an seinem Teile aufgefordert würde.

Man braucht sich diesen Vorgang nur zu Ende zu denken, und der offene Kampf ist da: der Reichstag lehnt die Botschaft natürlich ab, und der Kaiser muß entweder nachgeben oder erklären, daß nachdem der Reichstag die Verfassung gebrochen, er seinerseits sie auch beiseite setzen müsse.

Vorübergehend erwog der Kanzler den Gedanken, den Reichstag ganz wieder zu beseitigen und wieder zu den Formen des alten deutschen Bundes zurückzukehren. Aber sofort verwarf er das wieder und suchte nach einer Modifikation des Wahlrechts, vermöge welcher bessere Mehrheiten erzielt werden konnten. Er fand sie in dem seiner ältesten Amtsstellung als Deichhauptmann entnommenen Satz „Was nicht will mit deichen, das muß weichen." War es nicht ein Widersinn, Leute, die sich in ihren eigenen Programmen als Feinde des Deutschen Reiches bekannten und dessen Zerstörung anstrebten, als Vertreter eben dieses Reiches zu bestellen? Bismarck dachte sich also ein Wahlrecht, das zwar wie bisher prinzipiell allgemein und gleich, doch notorische Sozialdemokraten (worüber eine Behörde entscheiden konnte) ausschloß; zu diesem Zweck sollte statt der gehei-

men Abstimmung, wie Bismarck schon 1867 gewünscht hatte, die öffentliche eingeführt werden.

Freilich konnte das nur mit einem Gewaltstreich durchgeführt werden. Kein Reichstag hätte sich selber in dieser Weise entmannt; selbst die Einführung der öffentlichen Abstimmung wäre mit dem Reichstag niemals durchzuführen gewesen. Sogar im Kartellreichstag wäre so wenig Aussicht auf Erfolg gewesen, daß Bismarck nicht einmal den Antrag darauf zu stellen wagte; wieviel weniger hätte ein späterer Reichstag sich dazu hergegeben. Bismarck aber stellte sich vor, daß die sozialdemokratische Bewegung ihrer Natur nach notwendig in einer revolutionären Eruption enden müsse. Durch absichtliche Reizung konnte man diese Eruption vielleicht beschleunigen, zu einem vorzeitigen Ausbruch verleiten, sie niederschlagen und den starren Schreck, der das Bürgertum während des Kampfes lähmen werde, benutzen, um den Staatsstreich auszuführen. Der König von Preußen hätte eine Proklamation erlassen, daß er die Verantwortung nicht länger tragen könne, und die Kaiserkrone niedergelegt, zugleich aber seine Mitfürsten aufgefordert, das Reich mit einer modifizierten

Verfassung neu zu errichten und diese Neuschöpfung als Fortsetzung des alten Reiches anzusehen.

Das alles stand noch nicht fest in seinen Einzelheiten, war ein Entwurf, der noch vielfach hätte gewandelt werden können —, aber als Entwurf ist der Plan durchaus genügend bezeugt, und auch die Ausführung hatte bereits eingesetzt.

Um sie einzuleiten, mußte zunächst das bestehende Sozialistengesetz aus dem Wege geräumt werden. Der Kartellreichstag hatte es noch einmal bis zum 30. September 1890 verlängert und bot nun statt des Ausnahmegesetzes ein allgemeines, dauerndes Gesetz an, das der Polizei sehr weitgehende Befugnisse einräumte. Diese von den Nationalliberalen ausgehende Prozedur war von sehr zweifelhaftem Wert, denn wenn auf der einen Seite das Gehässige eines Ausnahmegesetzes wegfiel, so war es doch für das Volk in seiner Gesamtheit eine harte Zumutung, sich Polizeivollmachten zu unterwerfen, die eigentlich nur die Sozialdemokraten treffen sollten. Aber man war bereit, dieses Opfer zu bringen. Nur eine wesentliche Bestimmung der neuen Gesetzesvorlage lehnten die Mittelparteien, auch die Freikonservativen ab, die Befugnis der

Regierung, Agitatoren unter gewissen Umständen aus ihren Wohnsitzen ausweisen zu können. Man wollte diese Bestimmung nicht, in der Erwägung, daß sie zwar einzelne Sozialdemokraten hart treffen konnte, nach der zwölfjährigen Erfahrung aber, die man nun gemacht hatte, der Partei viel mehr nützte als schadete. Denn die aus Berlin und anderen Großstädten ausgewiesenen Agitatoren waren es gewesen, die recht eigentlich die Bewegung ins Land getragen und ihr zu immer größerer Verbreitung verholfen hatten. Auch der dem Fürsten Bismarck besonders nahestehende Abgeordnete v. Kardorff vertrat diesen Standpunkt.

Bismarck legte nun entweder wirklich auf diese Bestimmung großen Wert oder benutzte sie als taktischen Vorwand, um dem Führer der Konservativen, v. Helldoff, der deshalb in Friedrichsruh bei ihm anfragte, zwar nicht direkt zu sagen, aber ihn doch merken zu lassen, daß ihm die Ablehnung des Gesetzes nicht unlieb sein würde. Die Konservativen erklärten nunmehr, daß sie nur in dem Falle für das Gesetz stimmen würden, wenn die Regierung vorher erklären würde, daß ihr das recht sei. Ob diese Erklärung gegeben werden

würde oder nicht, darauf kam es an. Es fand noch ein Kronrat statt, in dem der Kaiser persönlich dringend dafür eintrat, daß man das Gesetz annehme, wie es geboten würde, aber Bismarck, dem sich die übrigen Minister, wohl alle gegen ihre Überzeugung, anschlossen, blieb fest; die gewünschte Erklärung vom Regierungstisch wurde nicht gegeben; Bismarck selbst erschien in der entscheidenden Reichstagssitzung überhaupt nicht; die Konservativen stimmten gegen das Gesetz, und es fiel. Mit dem 30. September des Jahres sollten die außerordentlichen Vollmachten der Polizei gegenüber der Sozialdemokratie, nachdem sie zwölf Jahre bestanden hatten, erlöschen.

Nunmehr trug der Kanzler dem Kaiser seine weiteren Pläne vor. Er beabsichtigte, dem jetzt neu zu wählenden Reichstag sofort ein neues, noch schärferes Sozialistengesetz vorzulegen. Weder dieser noch ein etwaiger Nachfolger würde es angenommen haben, und der Konflikt, zu dem ja noch manches Scheit hinzugetragen werden konnte, war da. Der Kaiser aber lehnte ab. Sein Großvater auf der Höhe seiner Erfolge und seiner Autorität hätte vielleicht auf diese Weise eine Verfassungs-

änderung durchführen können; er selber aber könne und wolle seine Regierung nicht damit beginnen, daß er auf seine Untertanen schießen lasse.

Der Kaiser wollte etwas ganz anderes, das gerade Entgegengesetzte. Er wollte die lange geforderte Arbeiterschutzgesetzgebung (Sonntagsruhe, Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, Fabrikaufsicht) ernsthaft und sogar auf internationaler Grundlage in Angriff genommen sehen.

Noch am 7. Januar, als der Minister v. Boetticher den Reichskanzler in Friedrichsruh besuchte, hatte dieser ganz sicher geglaubt, daß er dem Kaiser solche Gedanken ausreden werde. Jetzt war er nicht nur mit den Parteien des Reichstages, sondern auch mit dem Monarchen in einem unlöslichen Widerspruch.

Es bedarf heute keines Beweises mehr, daß die Bahn, die Bismarck einschlagen wollte, ins Verderben geführt haben würde. Obgleich die Wahlen von 1890 noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes stattfanden, so hatte sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen doch in den drei Jahren seit 1887 etwa verdoppelt und war auf 1½ Millionen gestiegen. Daß durch Auflösung

oder auch wiederholte Auflösungen sich eine andere Reichstagsmehrheit erzielen ließ, wie 1887, war völlig ausgeschlossen. Das Kartell, nicht einmal in sich einig, war unkräftig gegenüber dem Zusammenhalten aller Oppositionsparteien, des Zentrums, der Freisinnigen, der Sozialdemokraten und Polen. Die Anwendung der Gewalt, die Bismarck in Aussicht genommen hatte, mußte also sehr bald kommen, und da er einmal, wie er zu dem Führer der Konservativen im Reichstag, Herrn v. Helldorff sagte, sich vorgenommen hatte, den größten Fehler seines Lebens (das allgemeine Stimmrecht) wieder gutzumachen, so entsprach es weder seiner Natur noch seinem Alter, noch lange zu fackeln.

Wie sehr setzen doch die Historiker ihren Helden herab und verflachen die Tragik seiner Laufbahn, die noch heute zweifelnd fragen: war seine Schöpferkraft erloschen? Seine Kraft war keineswegs erloschen, und diejenigen, die verbreiteten, er wisse nicht mehr, was er wolle, oder er sei nicht mehr richtig im Kopf, waren nicht weiser als die, die im Jahre 1862 gefragt hatten, ob dieser Junker denn jemals einen politischen Gedanken gehabt habe. Nicht den Strohtod des einschlafenden Alters ist er

gestorben, um mit den alten Germanen zu reden, sondern den Tod des Kämpfers, den die Walküren hinauftragen nach Walhall. Unterlegen aber ist er eben den Mächten, die er selber geschaffen oder zur höchsten Kraft emporgeführt, dem Reichstag und der Monarchie. Immer wieder hatte er verkündet, in Preußen müsse der König regieren, und hatte von der Fülle dieses Königtums auch in das deutsche Kaisertum hinübergeleitet, soviel der föderative Charakter des Reiches erlaubte; nach dem Willen des Königs zu regieren, hatte er Wilhelm I. gelobt, als er die Geschäfte übernahm: jetzt mußte er die Kraft dieses Gesetzes an sich selber erfahren — und es war Deutschland zum Heil. Es ist das Schicksal der Sterblichen, daß jede Individualität, auch die größeste, ihre Grenzen hat. Die echte Schöpfung erweist ihre Größe darin, daß sie nicht nur den Schöpfer überlebt, sondern auch Früchte und Folgerungen treibt über das hinaus, was er selber gewollt und beabsichtigt hat. Bismarck fiel, weil die Kämpfe, in denen er sein Werk vollendet, ihm Feindseligkeiten geschaffen, deren er nicht mehr Herr zu werden vermochte, weil er die Konsequenzen seines eigenen Werkes nicht mehr

mitmachen wollte und deshalb zum Kampf in eine Richtung gedrängt wurde, wo die innere Logik der Dinge nicht mehr für, sondern gegen ihn war und er notwendig unterliegen mußte. Aber er fiel im Kampf.

Hat man sich erst die ganze Größe der Gegensätze klargemacht, die hier miteinander rangen, so ist es nicht nötig, sich in die einzelnen Zerrereien zu vertiefen über eine vergilbte Kabinettsordre, einen Konsulatsbericht aus Rußland, Differenzen in der auswärtigen Politik u. dgl., was die letzten Wochen erfüllte. Bis zuletzt suchte Bismarck seine Stellung zu verteidigen. Von seinem Privatbankier Bleichröder eingeführt, erschien der Abgeordnete Windthorst bei Bismarck, und dieser stellte ihm die Frage, unter welcher Bedingung er ihm seine parlamentarische Unterstützung leihen werde. Windthorst erwiderte: völlige Zurücknahme der Kulturkampfgesetzgebung. Bismarck erklärte das für unmöglich, worauf Windthorst erwiderte: seine Unterstützung ohne solche Gegenkonzession zu verlangen, sei so viel, als wenn ihm zugemutet würde, sich vor der Front zu erschießen. Nichtsdestoweniger brachte noch zwei

Tage darauf (12. März) die „Norddeutsche Allg. Zeitung" einen Artikel, die Vorstellung, daß die Konservativen sich niemals mit dem Zentrum verständigen könnten, beweise nur, daß der Freisinn nicht den Mut besitze, der Wahrheit ins Auge zu sehen, und eine Berechnung aufmachte, daß auf diese Weise eine Majorität zu erzielen sei.

Die Konservativen aber oder wenigstens ihre Führer wollten damals von diesem Bündnis nichts wissen und protestierten dagegen. Einige Zeit später saß einmal Windthorst mit dem Führer der Konservativen im Abgeordnetenhause v. Rauchhaupt und einem anderen Abgeordneten im Foyer zusammen, als Rauchhaupt zu Windthorst sagte: „Einmal bin ich doch klüger gewesen als Euer Exzellenz, ich bin auch zu Bismarck berufen worden, aber ich wußte schon, daß es mit ihm zu Ende sei, und bin nicht hingegangen."

In Ländern mit parlamentarischer Verfassung ist es ein natürlicher und selbstverständlicher Vorgang, daß ein Minister, der die Majorität der Volksvertretung gegen sich hat, den Abschied nimmt. In Deutschland schenkte man diesem Zusammenhang zwischen dem Ergebnis der Wahlen vom

20. Februar und dem Rücktritt des Kanzlers vom 20. März kaum irgendwelche Beachtung und fragte und sinnierte über nichts als über sein Verhältnis zu dem vor zwei Jahren auf den Thron gekommenen neuen Herrscher.

Anmerkung.

Indem ich diese Blätter in die Druckerei senden will, geht mir ein Artikel von Friedr. Thimme aus den „Süddeutschen Monatsheften" (April) „Der Fall des Sozialistengesetzes und Bismarcks Staatsstreichplan" und der 3. Band des Werkes „Fürst Bismarck 1890—1898" von Hermann Hofmann zu, die den Bismarckschen Staatsstreichplan wieder in das Reich der Fabeln zu verweisen suchen. Die Beweisführung ist jedoch völlig verunglückt.

Beide berufen sich darauf, daß Bismarck selber den angeblichen Plan später abgeleugnet habe, und Thimme im besonderen bringt einen bisher unbekannten Brief an den Abgeordneten von Kardorff bei, worin in den stärksten Ausdrücken die Verantwortung für das Scheitern des Sozialistengesetzes abgelehnt und auf Helldorff geschoben wird. Da jedoch Bismarck in ähnlicher Weise die Verantwortung für den Kulturkampf auf andere hat abladen wollen und auch sonst mehrfach in dieser Weise bei später als falsch erkannten Maßregeln andere vorzuschieben gesucht hat, so muß der kritische Historiker hier eine

Schwäche des Alten anerkennen, die sein Zeugnis nicht ohne weiteres anzunehmen erlaubt. Vgl. Busch, Tagebuchblätter III, 330. Ferner II, 418—426 verglichen mit Chr. v. Tiedemann, „Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei", S. 148. Weiter die Erzählung von Tiedemann und Lasker in der „Frankfurter Zeitung" v. 1. Aug. l. J. Erstes Morgenbl. 2. Seite, 2. Spalte. Eine ähnliche Erzählung bei Ludwig von Gerlach, Aufzeichnungen II, 233, 276, 289. Preuß. Jahrb. Bd. 96 (1899), S. 461 ff.

Weshalb hat Bismarck, wenn er denn wünschte, daß das Sozialistengesetz angenommen werde, diesen Wunsch dem Abgeordneten v. Helldorff, der noch zwischen der zweiten und dritten Lesung, am Abend vor der entscheidenden Abstimmung, eingehend mit ihm darüber gesprochen hat, nicht zu erkennen gegeben? Früher wurde von einem Mißverständnis gesprochen. Thimmes Verdienst ist, daß er die Möglichkeit eines derartigen Mißverständnisses zwischen zwei Männern, die sich so genau kannten, energisch beiseite geschoben hat. Er nimmt die Insinuation Bismarcks auf, daß Helldorff mit vollem Bewußtsein, im Einverständnis mit der Hofclique, die Bismarck stürzen wollte, ihn wie die Fraktion verraten und diese absichtlich irregeführt habe. Es leben ja noch genug Personen, die Herrn v. Helldorff gekannt haben; ich glaube nicht, daß sich darunter jemand finden wird, der Thimme die Mär von dieser dunklen Verschwörung

glaubt. Auch die „Deutsche Tageszeitung" hat die ungeheuerliche Behauptung doch nicht nachzusprechen gewagt, sondern sie in ihrem Bericht über den Thimmeschen Aufsatz mit vielsagendem Stillschweigen übergangen (7. April 15) und sich wieder auf das „Mißverständnis" zurückgezogen. Ich schrieb darüber noch an Herrn v. Maltzahn-Gültz, der bis Ende 1888 neben Herrn v. Helldorff Führer der konservativen Fraktion im Reichstag war, und erhielt die Antwort: „daß Helldorff seiner Fraktion absichtlich eine falsche Auskunft darüber, was der Kanzler ihm als seinen Wunsch mitgeteilt hätte, gegeben haben sollte, ist natürlich vollständig ausgeschlossen."

Thimme findet den Beweis darin, daß, nach Helldorffs eigener Aussage, Bismarck seine Instruktion in die Worte zusammengefaßt habe: „Mir liegt mehr an der Erhaltung der Kartellpolitik als an dem ganzen Sozialistengesetz." Diese Antwort sei vollkommen klar und eindeutig gewesen, denn Kartellpolitik bedeutete Zusammengehen mit den Freikonservativen und Nationalliberalen, und da diese mit dem abgeschwächten Sozialistengesetz zufrieden waren, so hätten es auch die Konservativen sein müssen.

Wenn aber Bismarck wirklich eine so klare und eindeutige Antwort geben wollte, weshalb hat er dann nicht einfach gesagt: „Nehmt das Gesetz an, ich wünsche es"? Warum die merkwürdige Umschreibung: „Mir liegt mehr an der Erhaltung der Kartell-

politik als an dem ganzen Sozialistengesetz?" Man erinnere sich an die Situation. Die Wahlen standen vor der Tür, und es war sicher, daß das Kartell dabei die Mehrheit nicht behaupten würde. Das Kartell konnte erst unter ganz neuen Bedingungen wieder brauchbar werden. Helldorff konnte also jenes angeblich eindeutige Wort ganz umgekehrt dahin auslegen, daß dem Fürsten an dem jetzigen Sozialistengesetz nichts liege, daß man aber für eine zukünftige Wiederbelebung der Kartellpolitik zunächst einmal durch eine Krisis hindurchgehen müsse. Vielleicht findet jemand auch noch andere Interpretationen jenes dunklen Satzes. Gerade indem Thimme jenen Satz als richtig überliefert akzeptiert, bestätigt er, daß Bismarck es an einer „klaren und eindeutigen Antwort" hat fehlen lassen — und der Fürst wußte, daß das die Ablehnung des Gesetzes herbeiführen werde. Er war eben der echte Diplomat: er sagte nicht dem um eine Entscheidung bittenden Abgeordneten „lehnt das Gesetz ab" — denn dann hätte die Verantwortung auf ihm gelegen, sondern er umging die direkte Antwort und schob damit die Verantwortung der Fraktion zu, wußte aber, daß sie nun so stimmen würde, wie er sich wünschte.

Um der konservativen Fraktion, in der viele konfliktslüsterne Heißsporne waren, den Rückzug zu erleichtern, verlangte Helldorff, daß die Regierung noch zwischen der zweiten und dritten Lesung die Er-

klärung abgebe, sie sei mit dem Sozialistengesetz, wie es der Reichstag gestaltet, zufrieden; genau genommen verlangte er nicht einmal das, sondern er verlangte nur, daß die Regierung sage, „wir legen Wert darauf, uns zu überlegen, ob wir ein abgeschwächtes Gesetz annehmen können, wir wünschen also, daß uns nicht die Entscheidung darüber unmöglich gemacht wird." Die Regierung tat es nicht. Bismarck erschien bei dieser grundstürzenden Entscheidung nicht einmal selbst im Reichstag. Er stellte den Satz auf, er habe stets daran festgehalten, daß die verbündeten Regierungen sich wohl vor Reichstagsvoten, nicht aber vor Kommissionsbeschlüssen beugen könnten. Thimme und andere Historiker haben diesen Grundsatz unbesehen gelten lassen, ohne sich klar zu machen, daß es sich jetzt gar nicht mehr um einen Kommissionsbeschluß, sondern um die Beschlüsse des Reichstages selbst in der zweiten Lesung handelte, und Thimme fügt hinzu, daß, wenn die Regierung freiwillig auf die Ausweisungsbefugnis verzichtet hätte, sie sich selbst damit die Möglichkeit genommen hätte, die verstümmelte Vorlage von einem neuen Reichstag gleichsam komplettieren zu lassen. Er beweist damit, daß ihm weder die damalige Lage noch die parlamentarische Praxis des Fürsten Bismarck genügend bekannt ist. Einen Reichstag, bereit, das Sozialistengesetz zu komplettieren, erwartete niemand mehr, und die Erfahrung, die wir seitdem gemacht haben,

spricht darüber deutlich genug. Der angeblich stets festgehaltene Grundsatz, erst den Reichstag in dritter Lesung abstimmen zu lassen und sich dann erst vom Regierungstisch zu erklären, hat wohl in der Form existiert, daß Bismarck bei Gesetzen, die sicher abgelehnt wurden, doch, wie er es ausdrückte, die Quittung verlangte, im übrigen ist aber das gerade Gegenteil seine ständige Praxis gewesen. Thimme möge einmal das Zustandekommen des ersten Sozialistengesetzes nachlesen. Schon in der Kommission (1. und 2. Oktober 1878) gab Graf Eulenburg die Erklärung ab, wie weit die Regierung den gefaßten Beschlüssen zustimmen könne oder nicht, und vor der dritten Lesung hielt sogar der Bundesrat eine eigene Sitzung, um zu erklären, daß er auf das von den Fraktionen (nicht vom Reichstag) geschlossene Kompromiß eingehe. Bismarck selbst aber erklärte (9. Oktober 1878) gleich im Beginn der zweiten Lesung, daß er zwar das nach den Wünschen des Reichstages gestaltete Gesetz für durchaus ungenügend halte, es trotzdem aber annehme, um gemäß den gemachten Erfahrungen später Ergänzungen vorzuschlagen. Das ist also das gerade Gegenteil der Taktik von 1890, und der Unterschied ist nicht schwer zu erklären: 1878 wünschte er, daß das Gesetz angenommen würde, und 1890 wünschte er, daß es zu Falle käme.

Nun haben wir auch eine Erklärung für den völlig rätselhaften Vorgang, den Herr v. Maltzahn-

Gültz in den jüngst erschienenen „Erinnerungen an Bismarck", Gesammelt von A. v. Brauer und anderen, S. 115 ff. berichtet. Bismarck bestand im Winter 1889/90 auf jenem angeblichen Grundsatz, sich erst zu Beschlüssen dritter Lesung des Reichstages zu äußern, auch in Etatsfragen, obgleich man damit in einen völligen Widersinn geriet. Die Staatssekretäre des Innern und des Reichsschatzamtes waren in Verzweiflung, wußten sich das Verhalten des Kanzlers nicht zu erklären und handelten endlich auf eigene Faust. Wir aber erkennen nunmehr von neuem, von wie weither der Kanzler seine Gänge anlegte, alles vorbedacht war und alles ineinandergriff. Nein, seine geistige Kraft war wirklich noch nicht zu Ende.

Daß Bismarck nach Thimme im Ministerrat am 24. Januar keinen Zweifel darüber gelassen haben soll, daß auch das abgeschwächte Gesetz nach den Beschlüssen des Reichstages anzunehmen sein würde, steht mit der von mir gegebenen Darstellung nicht etwa in Widerspruch: Bismarck wußte ja, daß wenn er nichts Positives dafür tue, das Gesetz nicht zustandekommen würde. Indem der Ministerrat es nach Bismarcks Wunsch ablehnte, die gewünschte Erklärung im Reichstag abzugeben, votierte er tatsächlich für die Ablehnung, entgegen dem Wunsch und Vorschlag des Kaisers, der nachher sagte: „Das sind ja

nicht meine, das sind ja des Fürsten Bismarck Minister."

Thimmes Artikel ist übrigens ein interessantes Beispiel, wie schnell die direkte Tradition abstirbt. Jeder, der die Zeit noch politisch denkend erlebt hat, weiß, wie die Politik in dem Zwiespalt zwischen Bismarck und den sämtlichen Parteien zu einer Art Stillstand gekommen war. Es war unmöglich, noch irgend etwas Positives zustande zu bringen oder auch nur in Angriff zu nehmen. Die Konservativen erließen ein Wahlprogramm, das der „Kladderadatsch" nicht so übel verspottete, indem er unter der Überschrift einen weißen Fleck brachte. Thimme aber schreibt heute ganz wohlgemut: „Man glaube doch nicht, daß Bismarck im Februar 1890 durch die Aussicht auf einen renitenten Reichstag irgendwie geschreckt oder auch nur irritiert worden wäre."

Die nähere Begründung meiner Darstellung ist zu finden Preuß. Jahrb. Bd. 147, S. 1, S. 341; Bd. 153, S. 121. Regierung und Volkswille S. 61. Als neue Zeugen für die Richtigkeit meiner Darstellung sind mir seitdem die Minister Miquel und Hobrecht und der Botschafter v. Keudell bekannt geworden, die Anderen den Zusammenhang schon früher genau so wie ich hier erzählt haben. Das Neue, womit ich in dieser Schrift meine früheren Mitteilungen ergänzt habe, geht zurück zum Teil auf eigene Erinnerung, zum Teil auf die Minister v. Boetticher

und Bosse und Mitteilungen aus der nächsten Umgebung Windthorsts. Boetticher war übrigens ebensowenig wie Rottenburg in den Plan Bismarcks eingeweiht.

Bismarck nahm den Abschied — und Deutschland blieb stumm. Solange er an der Spitze der Geschäfte stand, war ihm von der Opposition immer wieder der Vorwurf entgegengeschleudert worden, er habe die Verfassung des Reiches allein auf seine Person zugeschnitten; ohne ihn würde sie sich als unhaltbar erweisen. Sie hat sich gehalten und bewährt bis auf den heutigen Tag und ertrug auch seinen eigenen Abgang ohne die geringste Erschütterung. Weder im Reichstag noch im Landtag wurde ein Wort darüber gesprochen, und auch in der dem Scheidenden freundlichen Presse hatte man wohl Worte inniger Dankbarkeit, aber kein Wort der Entrüstung oder die Forderung, daß er bleibe. In allen führenden Kreisen der Parlamente wie der Presse wußte man, daß der Abgang nichts mit irgendwelchen persönlichen Verstimmungen zwischen ihm und dem Kaiser zu tun habe, sondern innerlich notwendig gewesen sei, und da die Führer schwiegen, schwieg auch das Volk. Im Herzen aber

empfand es anders. Ich weiß nicht, ob in der Weltgeschichte noch ein zweites Beispiel dafür zu finden ist wie hier von dem Unterschied zwischen der Menge und ihren Rednern, zwischen dem Volk und den gewählten Volksvertretern.*) Es ist keine Frage, daß die ungeheure Mehrheit nicht bloß der alten Anhängerschaft Bismarcks, sondern bis tief in die Reihen seiner Gegner hinein in der Art der Entlassung eine schnöde Undankbarkeit und ein unsagbares Unglück erblickten. Aber erst ganz allmählich im Laufe der nächsten Jahre fand diese Stimmung Vertreter und Gelegenheiten, sich zum Ausdruck zu bringen. In den politischen Kreisen wurde der Nachfolger mit einem allseitigen Vertrauen und Wohlwollen aufgenommen, so daß ich damals in den „Preußischen Jahrbüchern" einen Gesandtschaftsbericht aus England vom Jahre 1742, auf den Sturz Walpoles bezüglich, als Analogie anführen konnte, der als zutreffend durch alle Zeitungen ging:

„Was in 28 Jahren nicht gesehen, nicht gehört, nicht geglaubt worden, das hat sich nunmehr er-

*) Daß es eine reine Fiktion ist, in den Parlamenten die Verkörperung des Volkswillens zu sehen, habe ich eingehend dargelegt in der gedruckten Vorlesung „Regierung und Volkswille". Berlin 1914.

geben; Whigs und Tories, Patrioten und wie sie alle hießen, seien einig miteinander und wetteiferten miteinander, ihre Königstreue und Vaterlandsliebe zu betätigen. Whigs und Tories wurden bei Hofe gesehen und gnädig empfangen; weder im Ober- noch im Unterhause gäbe es eine Opposition; was der König vom Parlament fordern möge, alles werde ihm bewilligt."

Ingrimmig und verbittert verließ der Mann des Jahrhunderts Berlin und zog sich in seinen Sachsenwald zurück. Wie hätte er auch selber dafür Verständnis haben können, daß eine unschätzbare Gunst des Himmels ihm zu allem seinem Ruhm auch noch den Heiligenschein des Martyriums verlieh? Was hätte er an der Spitze des Staates noch weiter erreichen können? Auf der Bahn, die er bisher verfolgt, war es unmöglich, noch höher zu steigen, aber die Vorstellung, die sich nunmehr bildete, daß er, der Schöpfer unserer Größe, der Vater des Vaterlandes, von tückischen Intriganten zu Falle gebracht, mit schwarzem Undank gelohnt, seine Tage in Ungnade und Untätigkeit verbringen müsse, ließ alle Herzen, bis in die Reihen seiner Gegner hinein, um so höher für ihn schlagen und machte aus

Friedrichsruh einen nationalen Wallfahrtsort. Er selber konnte die Dinge nicht so ansehen, und so haben wir das sonderbare Schauspiel, daß während der acht Jahre, die ihm noch zu leben vergönnt war, er umwogt wurde von einer sich bis zur Andacht steigernden Verehrung und Dankbarkeit, er aber gleichzeitig seine „Gedanken und Erinnerungen" aufzeichnen ließ und sonst Kundgebungen in die Welt hinaussandte, die nicht nur seine alten Feinde, die Deutsch-Freisinnigen, das Zentrum, die Sozialdemokraten, sondern auch fast nicht weniger seine alten Freunde und Stützen, seine Ministerkollegen, die Konservativen, die Junker, die Militärs, die Beamten mit immer erneuten Anklagen und Anschuldigungen belegen und verfolgen. Sie hatten nach seiner Vorstellung eben bei seinem Sturze alle entweder zusammengewirkt, oder ihm wenigstens nicht genügend sekundiert und trafen sich dann in der einmütigen hoffnungsvollen Begrüßung des Nachfolgers.

* * *

Wir haben Bismarcks Laufbahn bis zu seinem Abgang verfolgt wesentlich unter dem Gesichts-

punkt der Widerstände, die er zu überwinden hatte, der erschütternden Kämpfe, die er bestehen mußte, um das Ziel zu erreichen. Auch mit der Errichtung des Reiches und der Proklamation des Kaisertums am 18. Januar 1871 war das nationale Staatswesen, das er begründen wollte, noch keineswegs vollendet. Ein ganzes System von Neuorganisationen, eine unabsehbare Gesetzgebung gehörte dazu, um die äußere Einigung durchwachsen zu lassen zu der inneren, erst wahrhaft unauflöslichen. Schutthaufen von feudalistischen und partikularistischen Institutionen, die noch an vielen Stellen herumlagen, mußten weggeräumt und neue nationale und staatsbürgerliche Einrichtungen geschaffen werden. Alles das vollzog sich nur in immer erneuten Kämpfen, aus denen wir nur die besonders charakteristischen herausgehoben haben. Es ließe sich noch viel erzählen; von der neuen Kreisordnung in Preußen, die nur mit einem Pairschub im Herrenhaus durchzubringen war, oder von den Reichsjustizgesetzen, oder von der sanften Gewalt, mit der Hamburg genötigt werden mußte, in den Zollverein einzutreten, aber es sei genug damit.

Wir wollen Bismarcks Werk ja nicht als solches, sondern wir wollen es betrachten unter dem Gesichtspunkt des Erbes, das er uns hinterlassen hat, und da ist es vor allem wichtig, sich klar zu machen, wie sehr Bismarck durch den inneren Ausbau des Reiches bis zum Schluß in Anspruch genommen war und wie ein so wichtiges Stück wie die geregelte Finanzgebarung, das Gleichgewicht von Ausgaben und Einnahmen ihm bis zu seinem Abgang noch nicht geglückt war, unter Dach zu bringen.

Der Fortgang unserer Betrachtung wird sich darauf zu richten haben, inwieweit unter seinem Nachfolger das begonnene Werk weitergeführt, inwieweit das Erbe als neue, aus dem Überlieferten erwachsene Aufgabe betrachtet worden ist. Denn, wie Constantin Rößler beim Abgang Bismarcks in den Preußischen Jahrbüchern schrieb: Das ist überhaupt der Erfolg der historischen Menschen, daß sie nicht ruhigen Besitz, sondern größere Probleme zurücklassen.

Der Kaiser selbst verkündete, trotz des Personenwechsels an der leitenden Stelle bleibe der Kurs der alte. Die vorwaltende Meinung ist wohl eher die umgekehrte: daß man den Kurs Bismarcks

verlassen, in vielem das Gegenteil getan von dem, was er wollte und anstrebte, und, wie weiter nicht Wenige glauben oder glaubten, daß seitdem alles im Reiche schlecht geworden und Deutschland immer weiter heruntergekommen sei.

Daß Deutschland im Gegenteil in diesen 25 Jahren einen unerhörten Aufschwung genommen hat, und daß gerade die Furcht der Nachbarn vor seiner schwellenden und strotzenden Kraft einer der wesentlichsten Gründe des Weltkrieges geworden ist, braucht heute nicht mehr bewiesen zu werden. Jener unendlich oft wiederholte und immer von neuem variierte Satz, daß Bismarcks Erbe in der unverantwortlichsten Weise verschleudert worden sei, wird den bösen Mäulern, die ihn verbreiteten, nicht mehr geglaubt und wurde ihnen schon vor dem Kriege nicht mehr geglaubt.

Auch die im Eifer des Parteikampfes von einem großen Gelehrten 1881 herausgeschleuderte Frage: „gibt es noch die Krone der Hohenzollern? Unsere Kinder werden die Antwort darauf zu geben haben" hat mittlerweile ihre Antwort gefunden, und die einst landläufige Behauptung, die

Reichsverfassung sei allein auf die Person Bismarcks zugeschnitten, ist verschollen.

Die Frage aber, ob in diesem Vierteljahrhundert im wesentlichen nach dem Kurse Bismarcks weiter gesteuert oder was erreicht wurde, gerade vermöge eines anderen Kurses erreicht worden ist, bedarf einer näheren Untersuchung.

Die Konfliktspolitik freilich ließ man fallen, aber darüber, daß das kein verderbliches Abweichen von der echten Bismarckpolitik war, darüber wird man jetzt einig sein: die einen, weil sie an die Konfliktsabsichten überhaupt nicht glauben, die anderen, weil sie in dem Aufgeben solcher Pläne nichts Verderbliches sehen.

Das Sozialistengesetz selber hat nach der jetzt wohl ziemlich allgemein angenommenen Meinung seinen Zweck verfehlt. Nach dem ersten Zusammenzucken erholte sich die Sozialdemokratie, ertrug mit bewunderungswürdiger Charakterfestigkeit alle Martyrien und wuchs von einer Wahl zur andern an Stimmen wie an Mandaten. Die Nebenwirkungen aber, die das Gesetz gehabt hat, sind, wie ich aufs stärkste betonen möchte, für Deutschland höchst segensreich gewesen. Vor allem: es hat die

Sozialdemokratie selber erzogen. Vor 1878 hatte sie einen Zug ins Anarchistisch-Pöbelhafte. Hier und da ist dieser Zug auch später noch aufgetaucht, aber die Partei im ganzen hat sich in die strengste Disziplin genommen und ihre eigenen Anhänger so sehr an diese Disziplin gewöhnt, daß sie für sie einstehen kann. Ohne das Sozialistengesetz hätten wir in Deutschland vermutlich eine Periode von sozialen Unruhen durchzumachen gehabt, die ohne Blutvergießen nicht zu Ende gekommen wären. Jetzt haben wir es schon vor dem Kriege erlebt, daß die Polizei mit den sozialdemokratischen Ordnern zusammen für die Erhaltung der Ordnung auf den Straßen gesorgt hat. Die berauschende Idee der proletarischen Revolution, des Straßenkampfes und der Barrikaden verlor ihre Kraft und wurde zur schalen Phrase.

Noch höher aber dürfte der Wert des Sozialistengesetzes für den positiven sozialen Fortschritt selbst anzuschlagen sein. Jede soziale Gesetzgebung leidet unter der ungeheuren Schwierigkeit, daß die Klassen, denen sie zugute kommen soll, ihr opponieren, weil sie nicht genug bringe und sie sich das ideale Ziel nicht durch kleine Abschlagszahlungen

verderben lassen wollen; umgekehrt aber, die Klassen, die geben sollen, finden die Gaben schon zu groß und fürchten weitere Konsequenzen. Bismarck setzte es durch, daß die besitzenden Klassen die Lasten der Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversorgung, mit mäßigen Beiträgen von den Arbeitern selbst, auf sich nahmen, weil er ihnen gleichzeitig durch das Sozialistengesetz die Sicherung gegen die soziale Revolution zu geben schien. Nur indem der Kanzler seine ganze, durch die auswärtige Politik und die Gründung des Reiches gewonnene Autorität gleichzeitig für das Sozialistengesetz gegen die Proletarier und für die sozialen Gesetze für die Proletarier einsetzte, konnte er in schweren, jahrelangen Kämpfen, namentlich gegen den Doktrinarismus der Liberalen, die soziale Reform unter Dach bringen. Auch die Schutzzollgesetzgebung muß man hier noch einmal heranziehen. Ohne die Sicherung des inneren Marktes und der überlieferten Preise vermöge der Grenzzölle würden Industrie und Landwirtschaft ihm auf dem Wege der Sozialgesetzgebung nicht gefolgt sein.

Im Jahre 1890 hatte das Sozialistengesetz diese seine besseren Wirkungen so ziemlich erschöpft, die

Furcht vor der roten Revolution war in weiten Kreisen des Bürgertums ebenso verblaßt, wie der Wille dazu in den Kreisen der Genossen verraucht, und die Erfahrung eines Vierteljahrhunderts zeigt, wie das deutsche Volk sich in voller Freiheit günstig entwickeln konnte.

Beginnen wir mit der inneren Politik, so bedarf zunächst einer besonderen Betrachtung das Polenproblem. Nach der verbreitetsten Anschauung hat Caprivi die Polenpolitik Bismarcks fallen lassen, seine Nachfolger aber haben sie wieder aufgenommen und sie mit den größten Mitteln weitergeführt.

Diese Auffassung ist eine grundverkehrte. Vor allem Bismarck war zwar äußerlich der Schöpfer, innerlich aber ein Gegner der deutschen bäuerlichen Kolonisation in den Ostmarken. Immer von neuem hat er öffentlich erklärt, daß er diese Politik nicht billige, und daß sie dem, was er gewollt habe, nicht entspreche.

Am 16. September 1894 hielt er eine Ansprache an die Deutschen aus der Provinz Posen, in der er wörtlich sagte, zunächst in einer Erinnerung an 1848: „Ich bemerke dabei, daß der Kampf auch damals nicht mit dem polnischen Volke im großen

und ganzen, sondern mit seinem Adel und seiner Gefolgschaft geführt wurde." Ferner: „Ich glaube, viele von Ihnen werden polnisch sprechende Arbeiter und Knechte haben und dabei den Eindruck haben, daß die Gefahr nicht von diesen unteren Schichten der Bevölkerung ausgeht."

„Mit denen ist zu leben, und von denen geht eine Unruhestiftung niemals aus. Sie sind keine Förderer einer uns feindlichen Bewegung, abgesehen davon, daß sie vielleicht anderen Stammes sind als der Adel, dessen Einwanderung in die slawischen Gaue sich im Dunkel der Vorzeit verliert. Um die ganze große Zahl der arbeitenden und bäuerlichen Volksklasse vermindert sich also die statistische Zahl der Gegner eines friedlichen Zusammenarbeitens beider Stämme. Die Massen der unteren Schichten sind zufrieden mit der preußischen Verwaltung, die vielleicht nicht immer vollkommen sein mag, die aber in jedem Falle besser und gerechter sie behandelt, als sie es in den Zeiten der polnischen Adelsrepublik gewohnt waren. Und damit sind sie zufrieden. Es ist nicht mein Programm gewesen, daß bei der Ansiedlungskommission vorzugsweise auf die Ansiedlung kleiner Leute

deutscher Zunge Bedacht genommen würde. Die polnischen Bauern sind nicht gefährlich, und es ist nicht entscheidend, ob die Arbeiter polnisch oder deutsch sind. Die Hauptsache war, daß der große Grundbesitz Domäne wurde unter einem Pächter, auf den der Staat fortdauernd Einfluß behält. Das Bedürfnis, rasch zu verkaufen und zu kolonisieren, ist von anderer kompetenter Stelle ausgegangen, aber nicht von mir. Ich habe diese Maßregeln nicht so überwachen, nur anregen können."

Etwas anders gewandt, aber fast noch stärker gegen die deutsche Kolonisation gerichtet und sogar eine polnische indirekt befürwortend, äußerte sich der Fürst am 23. September desselben Jahres zu einer westpreußischen Deputation —; hier heißt es: „Wir sind, wie ich glaube, etwas zu eilig in der Sache vorgegangen. Mit der Zeit, auf dem Wege der Rentengüter, fand es sich ja wohl, daß man in Ruhe eine, wenn nicht deutsche, so doch deutschtreue Bevölkerung allmählich herstellen konnte."

Ganz ebenso hat der Fürst schon im Jahre 1872, als er zuerst mit scharfen Erlassen den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, darauf verwies,

daß er mehr Obacht auf die polnische Agitation haben müsse, den polnischen Bauernstand ausdrücklich ausgenommen und nach Mitteln verlangt, wie man jenen zahlreichen und an sich der Regierung zugeneigten Stand von dem Einfluß des polnischen Adels möglichst emanzipieren könne. Auch als er das Gesetz über den Ankauf polnischer Güter im Abgeordnetenhause einbrachte, hütete er sich wohl, von Bauernansiedlungen zu sprechen, sondern sprach nur von Deutschen, die auf den polnischen Gütern angesiedelt werden sollten, was also auch deutsche Großgrundbesitzer oder Pächter sein konnten.

Wie war es denn aber möglich, daß er überhaupt das polnische Ansiedlungsgesetz, das doch bäuerliche Kolonisation vorsieht, hat einbringen können? Wir haben darüber eine ganz authentische Auskunft. Zu den nächsten parlamentarischen Vertrauten des Reichskanzlers gehörte in jener Zeit der freikonservative Abgeordnete von Kardorff. Dieser besaß Scharfblick genug, um zu erkennen, daß, wie er sich ausdrückte, die Sache nicht marschieren werde, ging zum Fürsten und trug ihm seine Bedenken vor. Er empfahl, sich auf den gelegentlichen An-

kauf polnischen Großgrundbesitzes und die Einsetzung deutscher Domänenpächter zu beschränken. In der Aufzeichnung über das Gespräch, die Kardorff hinterlassen hat, fährt er nun weiter fort: „Der Fürst hat meine Ausführungen, ohne mich zu unterbrechen, angehört, um mir nun folgendes zu erwidern: ‚Diese von Ihnen empfohlene Art des Vorgehens entsprach meiner eigenen Anschauung, aber sie wird mir unmöglich gemacht durch die Haltung der nationalliberalen Partei, welche eine deutsche bäuerliche Ansiedlung als eine Vorbedingung für ihre Zustimmung zu der Etatsforderung hingestellt hat und mich dadurch nötigt, ihr nachzugeben. Ihre Bedenken gegen die geplanten bäuerlichen Ansiedlungen scheinen aber doch auch von Kennern der polnischen Verhältnisse, z. B. dem Oberpräsidenten Graf Zedlitz nicht für so schwerwiegende gehalten zu werden, als sie erscheinen, und ich kann Sie nur bitten, nicht übersehen zu wollen, daß es sich hier um eine Frage handelt, welche in unsere auswärtige Politik hineingreift. Die Niederlage, welche Polen, Zentrum und Linke in den polnischen Fragen der Reichsregierung im Reichstag bereitet haben, haben im Auslande

Aufsehen erregt und unsere Beziehungen zu mancher der auswärtigen Mächte (Rußland?) wesentlich erschwert. Für diese Niederlage bedarf ich einer glänzenden Genugtuung, wie sie mir nur eine starke Majorität des preußischen Abgeordnetenhauses zu verschaffen vermag, und diese starke Majorität kann ich ohne Beihilfe der Nationalliberalen nicht haben.'"

Das Vorgehen Bismarcks gegen die Polen im Jahre 1886 ist hiernach zunächst einzureihen in die Gesamtsituation des damaligen parlamentarischen Kampfes, wo die feindliche Reichstagsmajorität dem Kanzler einen Stich nach dem anderen versetzte und er in der Aufnahme des Polenkampfes einen günstigen Boden fand, national-deutsche Empfindungen anzurufen und im Abgeordnetenhause die Stütze zu finden, die ihm der Reichstag versagte. Die letzte Wurzel ist aber in der auswärtigen Politik zu finden. Bismarck war keineswegs, wie auch schon die obigen Äußerungen zeigen, ein prinzipieller Polenfeind. Niemals hat er etwa argumentiert: das Deutsche Reich ist deutsch und nicht polnisch, und deshalb müssen wir sehen, diesen Fremdkörper möglichst auszumerzen oder ihn

zu unterdrücken suchen. Ein derartiger Doktrinarismus, wie wir ihn in den letzten Jahrzehnten oft haben vortragen hören, war seinem politischen Denken durchaus fremd.

Wie jeder Doktrinarismus so lag ihm auch der Nationalismus fern. „Sein Gesichtskreis", schreibt sein ihm so nahestehender Kabinettschef Tiedemann*), „ging weit über die Grenzen seines engeren Vaterlandes hinaus und er war völlig frei von dem Chauvinismus der vulgären Vaterlandsliebe; er nannte sich selbst wiederholt einen ‚Europäer'". Obgleich Ehrenmitglied des Allgemeinen deutschen Sprachvereins, liebte er es, seinen Reden durch den Gebrauch von Fremdwörtern und Zitaten aus fremden Sprachen nicht bloß Präzision, sondern auch Fülle, Eleganz und Buntheit zu verleihen.**)

Überblicken wir sein Verhalten zu den Polen seine ganze Laufbahn hindurch, so sehen wir, daß es sich immer rein praktisch nach den Umständen

---

*) Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck von Christoph v. Tiedemann, S. 42. Leipzig, S. Hirzel.

**) Vgl. meine Schrift „Die Sprachreinigung, Fürst Bismarck und Heinrich v. Treitschke. Verlag Georg Stilke.

gerichtet hat. In der Revolutionszeit, wo die Polen voran auf allen Barrikaden kämpften, war er stark antipolnisch. In der ersten Periode seiner Ministerschaft, wo es ihm darauf ankam, mit Rußland Freundschaft zu pflegen, half er mittelbar 1863 den russisch-polnischen Aufstand unterdrücken, hielt sich aber zu den preußischen Polen neutral. 1870 verhandelte er mit Erzbischof Ledochowski in Versailles persönlich und verlangte von dem Kronprinzen, wie er selbst verschiedentlich erzählt hat und ich aus dem Munde der Kaiserin Friedrich bestätigen kann, ganz ernstlich, daß er seine Söhne polnisch lernen lasse. Der Kulturkampf wurde dann besonders stark gegen die polnische Geistlichkeit geführt; aber den eigentlichen Nationalitätenkampf nahm er doch erst gegen Ende seiner Laufbahn im Jahre 1886 auf, jedenfalls wieder, neben den schon erwähnten parlamentarischen Momenten, im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik. Es war die Zeit, wo er alle seine Kraft daran setzte, das russisch-französische Bündnis hintanzuhalten und wieder ein leidliches Verhältnis zu Rußland zu gewinnen. Da konnte es kein besseres Mittel geben, als die Polen zu

pressen. Eine deutsche Regierung, die einen Krieg mit Rußland erwartet oder ihn sogar vorbereitet, wird vor allem suchen, sich die Polen freundlich zu stimmen, und man kann es als den stärksten Beweis, daß Deutschland den jetzigen Weltkrieg nicht gewollt hat, ansehen, daß es härtere und immer härtere Maßregeln bis zum Enteignungsgesetz gegen die Polen ergriffen hat. Ein Beweis klugen politischen Voraussehens war das gewiß ebensowenig wie die Bedrückungen der Serben, Kroaten und Rumänen durch die Magyaren. Viele glauben, daß der Krieg im Osten für uns erheblich günstiger verlaufen wäre, wenn die russischen Polen anstatt abzuwarten, wie ihre beiden Feinde sich gegenseitig niederkämpften, von Anfang an auf unsere Seite getreten wären. Aber wie dem auch sei, Bismarck ist jedenfalls an diesem vielleicht schwersten Fehler der preußisch-deutschen Politik in den letzten Jahrzehnten unschuldig, und es war eine grobe Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung, wenn die Fortsetzung dieser Politik ihr immer wieder aufgeredet wurde mit der Begründung, daß es sich um eine Ausführung Bismarckscher Gedanken handle. Die nationalen Leiden-

schaften waren nun einmal so erregt, daß auch seine eigenen Warnungen das Fortschreiten auf der verderblichen Bahn nicht mehr haben aufhalten können.

Man mag sich ja damit trösten, daß mit einem Aufwand von einer Milliarde in den vielen Ansiedlungsdörfern immerhin ein erhebliches Kulturwerk errichtet worden sei. Aber auf der anderen Seite ist es Tatsache, daß vermöge der nicht gewollten indirekten Folgen unserer Polenpolitik die Ostmarken, namentlich die Städte, mehr polonisiert als germanisiert worden sind. Wer Bismarcks Erbe nach Abschluß der jetzigen Krisis recht verwalten will, wird sich nicht an einzelne seiner Aussprüche aus dieser oder jener Periode seiner politischen Laufbahn halten dürfen, sondern das unter allen Umständen sehr schwierige Problem in seinem Geist, das heißt, nicht doktrinär, sondern realpolitisch und praktisch zu lösen suchen. Zwischen dem einen Extrem, daß man von den Prinzen des Königlichen Hauses verlangt, daß sie polnisch lernen sollen, und dem anderen, daß man Lehrer strafversetzt, die denunziert worden sind, weil sie mit irgend jemand

polnisch gesprochen haben, gibt es mancherlei Mittelwege.*)

Auch auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens muß man ziemlich stark durchgreifen, um die Frage der Nachfolge Bismarcks von Fabeln und Legenden zu säubern und ihr auf den Grund zu kommen. Aber wer guten Willen hat, vermag schließlich die Wahrheit ohne große Schwierigkeiten zu erkennen.

Fahren wir fort mit der inneren Politik, so sehen wir, wie unter Caprivi eine höchst fruchtbare Gesetzgebung einsetzt. Der Minister von Berlepsch schuf die Arbeiterschutzgesetzgebung, der Bismarck sich so lange widersetzt hatte; der Finanzminister von Miquel reformierte in genialer Weise in Preußen das System der direkten Steuern. Der Minister Herfurth brachte eine neue Landgemeindeordnung durch, die den Klagen auf diesem Gebiet ein Ende machte. Der Reichskanzler Caprivi selbst nahm sich der Armeereform an und ermöglichte durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit und entsprechende Vermehrung der Rekrutenzahl die Ausbildung jener Massen von Reservisten, vermöge

*) Näheres in meinem Buche „Regierung und Volkswille" S. 157ff.

deren wir jetzt imstande gewesen sind, mit der Aussicht auf den Erfolg in den Weltkrieg zu gehen. Alles das sind Dinge, die Bismarck tatsächlich nicht wollte, oder auch nicht konnte, da er sich zu sehr dagegen festgelegt hatte. Sehen wir aber auf die Grundideen der Bismarckschen Staatskunst, so müssen wir gestehen, daß ein innerer Grund, weshalb er alle diese Gesetze nicht hätte gutheißen können, nicht vorliegt, im Gegenteil, man darf sie sogar als natürliche und notwendige Konsequenzen seiner eigenen Politik ansprechen, und wenn er selbst diese Konsequenzen nicht gezogen hat, so lag das an gewissen, man möchte sagen Zufälligkeiten seiner Indiviualiät, die er als alter Mann nicht mehr überwinden konnte und wollte, oder wie bei der dreijährigen Dienstzeit, die ihm, wie wir gesehen haben, unwesentlich war, an historischen Bindungen, die er nicht mehr so leicht loswerden konnte. Man muß also sozusagen einen idealen Bismarck und einen Bismarck in Fleisch und Blut unterscheiden; von diesem letzteren hat sich der neue Kurs tatsächlich entfernt und freigemacht, mit jenem aber hat er sich dadurch keineswegs in Widerspruch gesetzt, sondern ihn sogar erfüllt.

Nicht viel anders steht es mit der auswärtigen Politik. Bismarck selbst ist der Ansicht gewesen, daß sein Nachfolger unser gutes Verhältnis zu Rußland, das er immer noch aufrecht gehalten habe, zerstört habe. Andere glauben, daß umgekehrt unter Caprivi das Verhältnis Deutschlands zu Rußland besser geworden sei, als es zuletzt unter Bismarck gewesen. Richtig ist, daß Caprivi gleich bei seinem Amtsantritt den sogenannten geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der abgelaufen war, nicht erneuerte. Der Grund dieser Nichterneuerung lag aber nicht in einer stärkeren Feindseligkeit gegen Rußland oder in einer Annäherung an England, vielmehr wurde in der Beratung, die darüber stattfand, von einem der Teilnehmer, ich vermute, daß es Herr von Holstein gewesen ist, geltend gemacht, daß wenn der Vertrag bekannt würde, er in Österreich eine sehr starke und gefährliche Verstimmung hervorrufen könne, man aber nicht sicher sei, ob nicht der Altreichskanzler bei seinem Temperament das Geheimnis einmal herauslasse. Diese Erwägung gab den Ausschlag und daß sie nicht unberechtigt war, hat ja die Folgezeit bewiesen, als

Bismarck tatsächlich, aus welchem Grunde auch immer, den Vertrag kundbar gemacht hat.

Die Frage, wie man sich diplomatisch am besten zu Rußland gestellt hätte und ob diese oder jene Maßregel richtig oder fehlerhaft war, hat heute sehr an Interesse verloren, da niemand mehr bezweifelt, daß die wilde Flut des Panslawismus sich durch keinerlei diplomatische Mittel auf die Dauer hätte eindämmen lassen.

In den ersten Jahren der Regierung Nikolaus' II. war, wie jüngst ein Historiker bemerkt hat*), das Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg zeitweilig sehr viel herzlicher als in den letzten Jahren Bismarcks. Aber was hat es genützt? Wir konnten nichts anderes tun, als die Bismarcksche Politik fortsetzen, die eingestellt war auf den Zaren und seine Ratgeber, aber die alte russische Autokratie ist allmählich dahingeschwunden; der Zar und seine Ratgeber haben sich mehr und mehr vom Steuerruder verdrängen lassen müssen, und die fanatischen Instinkte der Panslawisten, der russischen Intelligenz, die die ungeheuren moskowitischen

*) Luckwaldt, „Bismarcks Erbschaft und der Krieg", „Das neue Deutschland", Bismarck-Nummer, S. 183.

Massen hinter sich herzieht, regieren das Reich und drängen fort und fort zu immer größeren Eroberungen. Wie wir die Dinge jetzt sehen, ist es nicht erstaunlich, daß wir im Jahre 1914 in den Krieg geraten sind, sondern nur, daß er sich seit dem Jahre 1879, wo uns Rußland zum ersten Male damit bedrohte, bis zu diesem Jahre hat hintanhalten lassen können.

Richtig ist, daß mit dem Einsetzen einer aktiven deutschen Orientpolitik und der Anknüpfung näherer Beziehungen zur Türkei, auf deren innere Natur noch zurückzukommen sein wird, der neue Kurs mittelbar eine schärfere Stellung gegen Rußland nahm und insofern von dem alten abgewichen ist. Bismarck selber hat sich darüber noch öfter tadelnd geäußert. Aber die Abweichung wird wieder geringer als sie scheint, wenn man herausarbeitet, wie sehr sie schon unter Bismarck selbst angelegt war. Freilich hat er erklärt (1887), „wir werden uns wegen dieser Frage (der orientalischen) von niemand (d. h. von Österreich-Ungarn) das Leitseil um den Hals werfen lassen", und alle jene Fragen berührten die deutschen Interessen nur insoweit, als das Deutsche Reich mit Österreich in ein soli-

darisches Haftverhältnis trete. Aber eben dieses solidarische Haftverhältnis hat er ja nicht nur geschaffen, sondern sogar gewünscht, das internationale Bündnis zu einem in beiden Reichen verfassungsmäßig unauflöslichen zu machen, und schon im Sommer 1880 befürwortete er die Entsendung einer Militärmission nach der Türkei mit der Erwägung: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, der Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wären die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig. Gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber könnten unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden." Immerhin bleibt ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen Maßregeln und der Politik des neuen Kurses, und der tiefere Grund dieser Abweichung wird noch in einem allgemeinen Zusammenhang zu erörtern sein.

Daß gerade der General von Caprivi Bismarcks Nachfolger wurde, ist wohl einigermaßen auf ihn selbst zurückzuführen; schon als er ihn als jungen General kennen lernte, hat er zu seinem Kabinettschef geäußert: „in diesem Mann stecke ein zukünftiger Kanzler". Nachdem er ihn dann als seinen

unmittelbaren Untergebenen (Staatssekretär des Reichsmarineamts 1883—1888) genauer kennen gelernt hatte, da nahm er ihn, als er seine letzte Idee der gewaltsamen Niederschlagung der Sozialdemokratie ins Auge faßte, für diesen Kampf als Ministerpräsidenten in Aussicht; nicht wegen seiner politischen Ansichten, wie er es später erklärt hat, sondern wegen seiner hervorragenden Charaktereigenschaften — freilich eine Unterscheidung, die praktisch nicht standhält, denn wie hätte er einen Ministerpräsidenten neben sich stellen können, von dem er nicht voraussetzte, daß er sehr ähnliche politische Anschauungen habe wie er selber?

Fragen wir, wie Caprivi es zustande gebracht hat, mit dem Reichstag auszukommen, da doch ein Bismarck an dieser Möglichkeit bereits verzweifelt hatte, so ist wieder der Grund nicht in abweichenden Prinzipien zu suchen, sondern in der Tatsache, daß der Nachfolger persönlich von gewissen historischen Bindungen, von denen sich Bismarck nicht mehr zu lösen vermochte, frei war. Zwischen dem Zentrum und Bismarck und noch mehr zwischen der deutschfreisinnigen Partei und Bismarck hatten die jahrzehntelangen Kämpfe einen Abgrund des Hasses

ausgehöhlt, der nicht mehr zu überbrücken war. Mit Bismarck hätte das Zentrum nur unter unannehmbaren Bedingungen, die deutsch-freisinnige Partei überhaupt nicht verhandelt. Caprivi waren die beiden Oppositionsparteien bereit, entgegenzukommen, und auch er kam ihnen entgegen, namentlich mit der zweijährigen Dienstzeit. Bismarck, der eine dreijährige Dienstzeit festhalten wollte, hätte mit ihr die große Armeevermehrung im Reichstag niemals durchgebracht.

Er verstand in Friedrichsruh die besseren Beziehungen zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung so wenig, daß er glaubte, der Reichstag getraue sich nicht mehr solche Opposition zu machen, wie einst ihm, gerade weil es den Männern des neuen Kurses so gänzlich an Autorität und Erfahrung mangele, und warf dem Reichstag deshalb geradezu Nachgiebigkeit, Schwäche und Leisetreterei vor.*) So leicht ist es Caprivi auf die Dauer freilich doch nicht geworden. Auch er stieß auf die alte antimilitaristische Opposition, aber mit der Gabe der zweijährigen Dienstzeit in der Hand

*) H. Hoffmann, Fürst Bismarck 1890—98. Bd. III S. 59, 104.

konnte er es endlich wagen, den Reichstag aufzulösen, sprengte damit die deutsch-freisinnige Partei in zwei Teile, lockte auch die Polen an sich und gewann so die Majorität.

Auf demselben Wege setzte er auch die Bewilligungen für die Flotte durch, auf die noch im Zusammenhange mit der deutschen Weltpolitik und der Erwerbung Helgolands zurückzukommen sein wird.

Trotz aller seiner Erfolge ist das Andenken Caprivis in der Erinnerung des deutschen Volkes schwer belastet. Zunächst durch zwei anscheinende oder wirkliche legislatorische Mißgriffe: eine Gruppe von Handelsverträgen und das Volksschulgesetz des Grafen Zedlitz. Die Handelsverträge haben der deutschen Volkswirtschaft unzweifelhaft den größten Nutzen geschaffen, aber sie beruhten in einem Punkt auf einem Irrtum. Der schlechte Ausfall der Wahlen im Jahre 1890 war, wie wir gesehen haben, zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Weltmarktpreise für Getreide angezogen hatten und der im Jahre 1887 erhöhte Kornzoll infolgedessen als Brotwucher erschien. Die Handelsverträge setzten deshalb den Kornzoll, zwar nicht sehr, aber doch um einiges, von 5,5 Mark

auf 3,5 Mark herab, wofür der Landwirtschaft, zumal der ostdeutschen, eine Kompensation, vielleicht sogar eine Überkompensation durch Aufhebung des Identitätsnachweises beim Export von Getreide gewährt wurde. Unmittelbar darauf begannen aber die Weltmarktpreise aufs neue rapid zu sinken, was niemand vorausgesehen hatte. Kein Wunder, daß, als die deutsche Landwirtschaft nun in große Not geriet, sie die Schuld bei den Handelsverträgen suchte und eine gewaltige Agitation gegen Caprivi in Szene setzte. Man mag zugeben, daß Bismarck viel zu sehr Agrarier gewesen wäre, um jene Herabsetzung der Zölle zu dulden, und daß hier wirklich eine Abweichung von seinem Kurse vorliegt. Aber auf der anderen Seite ist nicht zu vergessen, daß ohne die Milderung dieser Zölle und ohne die Handelsverträge dem leitenden Staatsmann die Sprengung der deutsch-freisinnigen Partei schwerlich gelungen wäre.

Dem Zedlitzschen Volksschulgesetz wurde der Vorwurf gemacht, daß es die Klerikalisierung der Volksschule bedeute. Mir scheint, daß das doch nur in wenigen Punkten der Fall war, über die eine Vereinigung mit den Nationalliberalen wohl

zu erzielen gewesen wäre, und daß weniger durch die Fehler in der Sache selbst, als durch einige parlamentarisch-taktische Fehler des Kultusministers und Caprivis selbst das Gesetz zu Falle gekommen ist. Einen Gegensatz zur Bismarckschen Politik darf man daraus aber kaum konstruieren, wenn man sich an dessen letzte Verhandlungen mit Windthorst erinnert und nachliest, daß er in jenen Tagen verkünden ließ, die Vorstellung, daß die Konservativen sich niemals mit dem Zentrum verständigen könnten, beweise nur, daß der Freisinn nicht den Mut besitze, der Wahrheit ins Auge zu sehen.

Der wirkliche und letzte Grund, weshalb Caprivi in der Erinnerung des deutschen Volkes heute noch mit einer Art von Haß verfolgt wird, ist kein anderer, als daß er eben der Nachfolger Bismarcks gewesen ist und mit diesem dann in die peinlichsten persönlichsten Reibereien geriet. Bismarck hatte daran nicht weniger Schuld als Caprivi — aber wie konnte sich dieser überhaupt auf solchen Kampf einlassen? Die große Masse des Volkes glaubte ohnehin, daß die Entlassung Bismarcks nichts als eine Sache der Laune und der Intrige gewesen sei. Nun wurde der Held sogar noch persönlich ver-

unglimpft und gemißhandelt. Selbst diejenigen, die schon damals die innere Notwendigkeit von Bismarcks Abgang erkannten, verlangten dennoch, daß der Vater des Vaterlandes, was er sich auch selber zuschulden kommen lasse, doch stets mit der Ehrerbietung behandelt werde, die seinem Verdienst gebührte und die die einfache Dankbarkeit verlangte.

Dieser Fehler hat es verschuldet, daß das fruchtbare und, wie wir gesehen haben, in der Tiefe dem Geiste Bismarcks sehr verwandte Wirken Caprivis ihm doch keinerlei Anerkennung im Denken und Empfinden des deutschen Volkes eingebracht hat.

Ein sehr erfahrener und sehr eingeweihter Parlamentarier sagte mir einmal, eigentlich habe Graf Waldersee auf die Reichskanzlerschaft spekuliert, sich aber zuletzt doch gesagt: Nachfolger Bismarcks? Das ist unter allen Umständen ein sehr schlechtes Geschäft — Nachfolger seines Nachfolgers aber würde er gern geworden sein.

Was von Caprivi gilt, gilt nun im wesentlichen auch von seinen Nachfolgern. Sie haben, von Kaiser Wilhelm berufen, die deutsche Politik als

Erbe Bismarcks zu verwalten gesucht. Einmal fand noch, an den Namen des Ministers von Köller anknüpfend, ein böser Rückschlag in den falschen Bismarckianismus statt, der eine so große Bewegung wie die Sozialdemokratie glaubte mit Polizeimaßregeln niederhalten zu können, aber bald bog man von diesem falschen Kurse wieder ab, um nun endlich zu jener wahren Verwaltung eines großen Erbes überzulenken, die nicht bloß auf Erhaltung, sondern auf Mehrung und Steigerung des Ererbten bedacht ist.

Als Bismarck am 18. Januar 1871 im Kaisersaale des Versailler Schlosses die Kaiserproklamation verlas, da soll auch ihn, den Eisernen, die innere Erregung fast überwältigt haben. Der Kanzler sprach, wie ein Augenzeuge berichtet, anfangs mit einer vor Erregung keuchenden Brust, bleichem Antlitz und so blutleeren Ohren, daß sie fast durchsichtig waren. Mit Mühe rangen sich die ersten Sätze aus der Brust, aber allmählich wurde die Stimme klar und durchdrang den Saal, besonders bei den Schlußworten „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und

seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an, in der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung."

Alle die zwanzig Jahre, die es Bismarck noch vergönnt war, am Steuerruder des Staates zu sitzen, hat er im Sinne dieser Worte seines Amtes gewaltet. Deutschland war nach seinem Ausdruck „saturiert"; nach keiner Richtung bedurfte es einer Erweiterung. Jedem Gedanken, einmal fremdsprachiges Gebiet für Deutschland zu erwerben, war er nicht nur abhold, sondern direkt feindlich,

so daß er im Versailler Frieden selbst Metz nur sehr ungern auf das Andringen Moltkes genommen hat. Das neue Reich wollte nichts, als sich selbst schützen und den Frieden, und die fruchtbare Gesetzgebung, die diese beiden Jahrzehnte erfüllt, gaben auch dem deutschen Geiste und seinem Streben vollauf Beschäftigung und Genugtuung. Nicht gerade häufig, aber doch zuweilen, sind Völkern solche Perioden einer gewissen Ruhe vergönnt gewesen. Wir wissen, daß diese Ruhe auch nur eine sehr relative war, daß man wohl auch gerade umgekehrt sagen kann, es ist eine Zeit heftiger innerer Kämpfe und Spannungen gewesen; Ruhe war es nur insofern, als man nach außen im Frieden lebte und im Innern, wenn man die auf Bismarcks Abgang folgenden beiden Dezennien hinzunimmt, sich die überlieferten Probleme allmählich löften, die bestehenden Formen sich befestigten.

Die Weltgeschichte aber steht nicht still und ein Volk auch nicht, oder wenn es still stehen sollte, so würde es erstarren, seine geistigen Kräfte nicht nur nicht ausbilden, sondern sie allmählich verlieren. Die materiellen Güter, das Streben nach ihnen, der Genuß und die materialistische Gesin-

nung gewinnen dann nach und nach die Oberhand.

Die Deutschen konnten, nachdem sie ihre nationale Einheit nach außen und innen erkämpft, sich nicht für immer damit begnügen, eine europäische Kontinentalmacht zu sein, den Frieden zu wahren und den anderen Kulturvölkern zu überlassen, die Meere zu beherrschen und die Kontinente unter sich zu verteilen. In Europa freilich konnten sie sich für „saturiert" erklären, aber die Zeit mußte kommen, wo sie sich von der Kontinentalmacht zur Weltmacht erheben, Weltpolitik treiben und ein Kolonialvolk werden mußten.*)

*) Meine eigene Auffassung vom Wesen der Kolonialpolitik habe ich niedergelegt in dem Aufsatz „Über die Ziele unserer Kolonialpolitik" in den „Preußischen Jahrb." Bd. 147 S. 503 (1912), der in der englischen Militär-Zeitschrift „Journal of the United Service Institution" übersetzt wurde und jetzt von der Atlantic Monthly in Boston, von mir mit einer auf die Gegenwart bezüglichen Einleitung versehen, für das amerikanische Publikum neugedruckt worden ist. Für das Nachfolgende habe ich noch wesentlich die eben erschienene höchst wertvolle „Geschichte der deutschen Kolonialpolitik" von Dr. Alfred Zimmermann (Berlin, E. S. Mittler) und die sehr exakt gearbeitete Schrift „Voraussetzungen und Veranlassungen für Bismarcks Eintritt in die Weltpolitik" von Maximilian v. Hagen (Verlag

Jedes wahrhaft große Volk ist ein Kolonisationsvolk. Das heutige deutsche Volkstum ist geschaffen worden durch gewaltige Kolonisation. Das Reich, das einst Ludwig der Deutsche aus dem Erbe Karls des Großen übernahm, reichte im Osten nur bis an die Ens, an den Böhmerwald, das Fichtelgebirge, an die Saale und Elbe. Der Überschuß der germanischen Volkskraft hat fast das ganze heutige Deutsch-Österreich, Sachsen, Schlesien, Brandenburg, Mecklenburg, Ostholstein, Preußen und große Teile von Posen und Westpreußen im Laufe von einigen Jahrhunderten dem Deutschtum gewonnen, auch Kurland, Livland, Estland in den Oberschichten germanisiert. Die weltgeschichtliche Nachwirkung Friedrich Barbarossas ist vor allem, daß er durch seine maßvolle Politik im Innern eine Stellung über den Parteien gewann und dadurch die Ausdehnung des deutschen Gebiets nach Osten über die Oder hinaus von

der Grenzboten 1914) herangezogen und mich in der Weiterführung meiner Auffassung in erster Linie bestimmen lassen durch die ganz ausgezeichnete Schrift von Prof. Kurt Wiedenfeld „Der Sinn des deutschen Kolonialbesitzes" (A. Markus und E. Weber, Bonn), aus der ich manche Sätze wörtlich übernommen habe.

Schlesien bis nach Pommern ermöglichte. Im 14. Jahrhundert kamen diese Erwerbungen ins Stocken, und als die neuen Weltteile entdeckt und in den europäischen Verkehr und Machtbereich gezogen wurden, da war Deutschland nicht fähig, sich an den Kolonisationen, die nun hier begonnen wurden, zu beteiligen. Die Spanier, Portugiesen, Franzosen, Niederländer und Engländer und nach anderer Richtung die Russen teilten sich in die Welt. Sollte das kraftstrotzende deutsche Volk auf immer hiervon ausgeschlossen sein?

Es ist ein Irrtum, wenn man sich vorstellt, daß, als das Deutsche Reich gegründet wurde und damit unser Volk in die Reihe der großen Nationalstaaten eintrat, die außereuropäische Welt bereits vergeben gewesen sei. Das Innere von Afrika, eines ganzen Weltteiles, war nicht nur noch nicht vergeben, sondern noch nicht einmal bekannt. Erst nach der Mitte der siebziger Jahre durchquerte Stanley als erster Weißer das afrikanische Zentralgebiet, und welche Masse von sonstigen großen und fruchtbaren Landschaften sind seitdem noch unter die Herrschaft europäischer Völker getreten! Die Engländer, Franzosen und Italiener haben große

Stücke des Türkischen Reiches, Ägypten, Tunis und Tripolis abgegliedert und unter ihre Obhut genommen. An Ägypten hat England den zukunftsreichen Sudan angeschlossen. Die Engländer haben ihr vorderindisches Reich noch fortwährend ausgedehnt, Belutschistan hinzugefügt und waren in den letzten Jahren im Begriffe, sich mit Rußland in Persien zu teilen. Schritt für Schritt ist ihnen Rußland von Norden her in der Richtung auf Indien entgegengerückt. In Hinterindien haben neben den Engländern die Franzosen ein gewaltiges Kolonialreich in Besitz genommen. Ob China ein selbständiger Staat bleiben oder ähnlich wie Indien unter England, so unter die Herrschaft Japans kommen wird, oder etwa zwischen Japan, England und Rußland verteilt wird, ist heute noch nicht abzusehen. Das Hauptgebiet der eigentlichen Kolonialerwerbungen aber ist Afrika geblieben. Die Franzosen haben sich von Algier bis zum Kongo ausgedehnt, sich im Nordwesten Marokkos bemächtigt, im Südosten der Insel Madagaskar. Englands Besitzung in Kapland dehnte sich immer weiter nach Norden aus und hat endlich auch die beiden Burenrepubliken verschlungen. In Zentral-

afrika gründete König Leopold II. von Belgien das eigentümliche Gebilde des Kongostaates, nicht als eine Kolonie des Königreiches Belgien, sondern als eine Art internationaler Unternehmung mit dem König von Belgien an der Spitze. Wenn alle diese Verschiebungen und Erweiterungen sich noch nach der Gründung des Deutschen Reiches haben vollziehen können, weshalb hat das Deutsche Reich nicht von Anfang an, indem es seine neugewonnene Macht einsetzte, sich an dieser Erwerbspolitik beteiligt?

Schon früh sind im 19. Jahrhundert vereinzelte Stimmen laut geworden, die deutsche Kolonien verlangten und im Jahre 1867, zwischen den beiden großen Kriegen, veröffentlichte Lothar Bucher in dem offiziösen Organ der Regierung, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", eine Reihe von Artikeln in diesem Sinne. Auch beim Friedensschluß 1871 haben sich einige Stimmen erhoben, die darauf hinwiesen, daß Deutschland von Frankreich auch Kolonien erwerben könne. Aber sie blieben ganz vereinzelt. Erst im Beginn der achtziger Jahre dürfen wir wirklich von Anfängen einer deutschen Kolonialbewegung sprechen. Aber

sie ging nicht von der Regierung aus und ebenso-
wenig von der öffentlichen Meinung, im Sinne
einer Bewegung großer Massen. Einzelne Persön-
lichkeiten waren es, hanseatische Kaufleute, wie
Woermann in Hamburg, Lüderitz in Bremen,
Großkaufleute wie Colin und Hansemann, Welt-
reisende wie Claus v. d. Decken, Brenner, Kersten,
Rohlfs, v. Weber, Schweinfurth, Nachtigal, v.
Maltzan, Missionare wie Fabri und junge Aben-
teurer oder Idealisten, Karl Peters, Jühlke, Graf
Joachim Pfeil, Gebrüder Denhardt, die mit pro-
phetischem Blick ein neues Zukunftsdeutschland zu
schauen glaubten oder auf eigene Hand hinaus-
fuhren, um es zu verwirklichen.

Es ist höchst merkwürdig, wie der leitende Staats-
mann sich zu diesen neuen Ideen stellte. Zunächst
lehnte er sie trotz Bucher prinzipiell ab, da das
Reich selbst noch nicht fertig sei, oder wie er es
in seiner bilderreichen Sprache drastisch ausdrückte,
„dieses Kolonialgeschäft wäre für uns genau so,
wie der seidene Zobelpelz in polnischen Adels-
familien, die keine Hemden haben“. Ende der
siebziger Jahre schrieb er „ich bin nicht ohne Sorge,
daß wir durch faktisches Vorgehen der Marine

in eine Gründung hineingeraten, die einer kaiserlich deutschen Kolonie nicht unähnlich sieht". Er sei von Haus aus kein Kolonialmensch. Als Kommerzienrat Baare in Bochum wieder einmal den Erwerb Formosas empfahl, bemerkte Bismarck (1883): „Zu Kolonien gehört ein Mutterland, in dem das Nationalgefühl stärker ist als der Parteigeist." „Mit diesem Reichstag ist es schon schwer genug, dem Reiche zu erhalten, was es hat, sogar das Heer im Inlande. Solange das Reich finanziell nicht konsolidiert ist, dürfen wir an so teure Unternehmungen nicht denken."

Aber bei dieser reinen Negation konnte er nicht bleiben. Der Instinkt seines Genius sagte ihm, daß er unmöglich eine solche Bewegung einfach ablehnen, sich einer derartigen Zukunftspolitik völlig versagen könne. Dazu kamen wiederholte Beschwerden von deutschen Kaufleuten, die an der Küste von Afrika oder in der Südsee Handel trieben und weder bei den wilden Häuptlingen noch den Engländern einen Rechtsschutz fanden. Dem konnte der Deutsche in dem neuen Reiche nicht mehr ausgesetzt bleiben. Aber unmöglich war es auch wiederum, daß der Kanzler die Aufgabe etwa

in demselben Stil der Großartigkeit angriff, wie er einst den deutschen Nationalstaat ins Auge gefaßt hatte, oder die Grundlinien für die neue Sozialpolitik zog. Er suchte nach einem Mittelweg. Das französische System, wie er es nannte, militärische Besitzergreifung und Errichtung einer staatlichen Verwaltung, verwarf er. Statt dessen kam er auf einen öfter von England angewandten Modus, nämlich die Erteilung von kaiserlichen Schutzbriefen für Private, die auf eigene Kosten, Gewinn und Gefahr ein Gebiet erwerben und verwalten wollten. Fürstliche Kaufleute oder Gesellschaften konnten auf diesem Wege Kolonialpolitik treiben, ohne das Reich finanziell zu belasten und es politisch gleich unwiderruflich zu engagieren. Das koloniale Programm sollte sein: Schutz den deutschen Pionieren, nicht staatlicher Kolonialbesitz.

Nach diesem Grundsatz wurde seit Anfang der achtziger Jahre verfahren. Aber der erste Widersacher, auf den er dabei stieß, war die deutsche Volksvertretung. Zwar erklärten schon im März 1885 sämtliche Parteien (mit Ausnahme der Polen und Sozialdemokraten) ihre Zustimmung zu der Kolonialpolitik nach dem vom Kanzler entwickelten

Programm. Die Redner des Zentrums versicherten, „daß die Majorität des Reichstags niemals fehlen würde, wo es sich darum handelt, das Ansehen und die Ehre des Deutschen Reiches zu wahren“, und daß das Zentrum voll und ganz dabei sei, wenn es sich darum handele, eine gesunde, nicht abenteuerliche Kolonialpolitik ins Werk zu setzen. Der Abg. Frhr. v. Stauffenberg erklärte namens der Freisinnigen, „daß wir, wie wir es schon früher getan haben, die Politik, die der Herr Reichskanzler in der bekannten Sitzung des vorigen Jahres ausführlich entwickelt hat, vollständig billigen und bereit sind, sie in diesem Umfang zu unterstützen“. Aber das ging über die Theorie nicht weit hinaus, da ja der Kanzler selbst eigentlich nichts forderte. Kamen wirkliche Forderungen, so ging die Maschine sehr schwer. Bismarck mußte deshalb (18. März 1886) dem Kolonialverein in Halle schreiben: „Bei der Zurückhaltung, mit welcher die Mehrheit des Reichstages unseren kolonialen Bestrebungen bisher gegenübersteht, vermag ich dem deutschen Unternehmungsgeiste in anderen Weltteilen nicht das Maß von Unterstützung zuzuwenden, welches dem nationalen

Interesse entsprechen würde"; und (am 5. Juni 1889) dem Missionsinspektor Fabri: „Was die koloniale Frage im allgemeinen betrifft, so ist zu bedauern, daß dieselbe in Deutschland von Hause aus als Parteisache aufgefaßt wurde, und daß im Reichstag Geldbewilligungen für koloniale Zwecke immer noch widerstrebend und mehr aus Gefälligkeit für die Regierung oder unter Bedingungen eine Mehrheit finden. Die Kaiserliche Regierung kann über ihr ursprüngliches Programm bei Unterstützung überseeischer Unternehmungen nicht aus eigenem Antriebe hinausgehen und kann nicht die Verantwortung für Einrichtung und Bezahlung eigener Verwaltungen mit einem größeren Beamtenpersonal und einer Militärtruppe übernehmen, solange die Stimmung im Reichstage ihr nicht helfend und treibend zur Seite steht und solange nicht die nationale Bedeutung überseeischer Kolonien allseitig ausreichend gewürdigt wird und durch Kapital und kaufmännischen Unternehmungsgeist ... Förderung findet."

Die mangelnde Triebkraft in der Volksvertretung erzeugte doppelte Vorsicht dem Auslande gegenüber.

Nicht nur englische, sondern auch französische Interessen, wurde den Unternehmern eingeschärft, müßten sorgsam geschont werden. Das Wort „Englands Freundschaft ist uns wichtiger als Zanzibar und ganz Ostafrika", mag in dieser Form nicht gefallen sein, immerhin liegen Äußerungen Bismarcks vor, die dasselbe sagen.

Im Reichstag selbst erklärte er (26. Januar 1889): „Ich betrachte England als den alten traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben; — wenn ich sage ‚Bundesgenossen', so ist das nicht in diplomatischem Sinne zu fassen; wir haben keine Verträge mit England — aber ich wünsche die Fühlung, die wir seit nun mindestens 150 Jahren mit England gehabt haben, festzuhalten, auch in den kolonialen Fragen. Und wenn mir nachgewiesen würde, daß wir die verlieren, so würde ich vorsichtig werden und den Verlust zu verhüten suchen."

Als Peters ein halbes Jahr später seinen Zug über Witu ins Innere Afrikas antrat, erklärte die Regierung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", daß, falls das Komitee sie befragt haben würde, sie von dem Unternehmen dringend abge-

raten haben würde. „Die bestehende Freundschaft mit England ist für uns von größerem Werte als alles, was die Expedition am oberen Nil im günstigsten Falle erreichen könnte." Einige Tage später wurde sogar erklärt, man besorge nur die Geschäfte unserer europäischen Gegner, wenn man Deutschland mit seinen Freunden (den Engländern) verhetze. „In Ostafrika überschreitet die Ausdehnung unserer Gebiete schon jetzt die zu ihrer Ausnützung verfügbaren und bereiten Kräfte." Ganz im Einklang damit wurde im Oktober an Holstein die Instruktion gegeben, die Erhaltung von Lord Salisbury als leitender Minister habe für Bismarck mehr Wert als ganz Witu.

So ist Ostafrika eigentlich von Karl Peters gegen den Willen Bismarcks für Deutschland erworben worden.

In Bismarck und Bismarcks Politik ist alles einheitlich.

Sein höchstes Ziel war, den Frieden zu erhalten. In diesem Bestreben verhinderte er im Jahre 1878 den Krieg, den damals Österreich und England gegen Rußland führen wollten, und übernahm auf dem Berliner Kongreß die undankbare Rolle des

Friedensvermittlers. Im Winter 1884/85 verhinderte er den stündlich erwarteten Krieg zwischen Rußland und England um Afghanistans willen. Um des Friedens willen wandte er mit der Zeit allen Mächten Vorteile zu, England Ägypten, Frankreich sein ganzes neues Kolonialreich, Österreich Bosnien und die Herzegowina; Italien hätte er Albanien, Rußland Bulgarien gegönnt. Was er für Deutschland gewann, war verhältnismäßig wenig und geringwertig. Aber Deutschlands Lage war einmal so; auch ein Bismarck konnte das nicht ändern.*) Seine nächsten Nachfolger, denen nicht seine Weltautorität innewohnte, noch weniger.

Sie wollten und konnten zunächst nichts weiter tun, als die Bismarcksche Politik mit allmählicher Steigerung der öffentlichen Mittel fortsetzen.

Die Sentenz, die Caprivi nachgesagt wird: „Je weniger Afrika, desto besser," finde ich nirgends bezeugt, immerhin sagte er, „daß wir Gott danken könnten, wenn uns nicht jemand ganz Afrika schenkte" (17. Februar 1894). Er hielt es für eine Ehrenpflicht, Gebiete, über denen nun einmal die deutsche Flagge geweht habe, auch fest-

*) Vgl. Luckwaldt a. a. O.

zuhalten, betont auch gleich in seiner ersten Rede (12. Mai 1890), daß nicht bloß wirtschaftliche, sondern auch nationale Interessen und Empfindungen in Betracht kämen, sein Blick aber war gebannt durch die Gefahr des russisch-französischen Krieges. Während Bismarck zwar auch in erster Linie dieser Sorge nachhing, dabei aber doch immer noch an der Hoffnung festhielt, daß man ihr schließlich entgehen werde, rechnete Caprivi schon damit, wie ich mich noch erinnere, aus seinem eigenen Munde gehört zu haben, daß dieser Krieg früher oder später unvermeidlich sei.

Die Vorsicht und Zurückhaltung, mit der die Bismarck-Caprivische Kolonialpolitik betrieben wurde, verschaffte Deutschland wenigstens indirekt einen großen Erfolg: Caprivi erwarb bei der Abgrenzung der englischen und deutschen Gebiete in Afrika Helgoland im Austausch für das kleine Königreich Witu (nicht Zanzibar, wie man zu sagen pflegt, wo wir weder Ansprüche noch Aussichten hatten), und von welchem unschätzbaren Werte diese Erwerbung für uns gewesen ist, erkennt die allgemeine Meinung eigentlich erst jetzt. Damals zweifelte selbst die Marine daran, ob Hel-

goland ihr einen strategischen Nutzen schaffe, und der kommandierende Admiral selber äußerte darüber in ebenso freimütiger, wie wenig weitblickender Weise dem Kaiser seine Bedenken. Auch Bismarck, der sich schon seit längerer Zeit bei den Engländern um Helgoland bemüht hatte, drückte sich doch in Friedrichsruh recht zweifelnd über seinen Wert aus, ja er wies diese Erwerbung geradezu zurück, eben weil seine Politik noch ganz und gar auf die Abwehr des russisch-französischen Angriffs eingestellt war und er dabei darauf rechnete, daß England zu uns halten werde. Er legte immer den höchsten Wert darauf, England nicht etwa auf die französische Seite hinüberzutreiben. Im Gegenteil, England hat ihm sogar helfen müssen, was heute merkwürdig genug klingt, Italien dem österreichisch-deutschen Bündnisse zuzuführen.

In Helgoland aber sah er, wenn es deutsch wurde und England neutral blieb, den Stützpunkt für den zukünftigen französischen Angriff auf unsere Nordseeküste. Daß wir einmal eine der französischen gewachsene deutsche Flotte haben würden, sah er noch nicht.

Die Erwerbung von Helgoland war der einzige wirkliche Nutzen, den die deutsche Kolonialpolitik dem Reiche in den beiden ersten Jahrzehnten gebracht hat. Im übrigen endete das System, das Bismarck, wie es schien, so wohl durchdacht und mit immerhin erheblichem Landgewinn aufgebaut und seine Nachfolger fortgesetzt hatten, und für das allein der Reichstag sich hatte stark machen wollen, mit einem, rund herausgesagt, völligen Bankerott.*) Die Kräfte, auf die man gerechnet hatte, versagten so gut wie vollständig.

Als die ersten „Kaiserlichen Schutzbriefe" verliehen wurden, hatte Heinrich v. Treitschke jubelnd in den „Preußischen Jahrbüchern" (Bd. 54) verkündigt, jedermann wisse, „daß sie nicht, wie einst jener Ansiedlungsversuch Kurbrandenburgs, dem kühnen Einfall eines großen Kopfes entstammten, sondern daß eine ganze Nation sie mit einem freudigen ‚endlich, endlich' begrüßte." Aber der Jubel war verfrüht gewesen. Die Volksbewegung war wohl da, aber bei weitem nicht stark genug.

Die „fürstlichen Kaufleute", die große Kapitalien in eine Kolonie hineinstecken konnten und

*) Zimmermann S. 192.

wollten, um die nächste Generation die Früchte ernten zu lassen, fanden sich nicht. Die Gesellschaften, die halb aus Idealismus, halb aus Geschäftssinn gegründet wurden, hatten ihre Mittel schnell verbraucht. Die Persönlichkeiten, die entweder auf eigene Hand hinausgingen oder hinausgesandt wurden, erwiesen sich meist als ungeeignet, verstanden weder politisch noch wirtschaftlich noch sozial das Richtige zu tun und sich richtig zu halten, zankten sich untereinander, waren brutal gegen die Eingeborenen und reizten sie zu Aufständen. Gar nicht abreißende Kolonialskandale zeigten den deutschen Nationalcharakter im ungünstigsten Licht. Zwar ist die Kolonialgeschichte aller Völker vom Standpunkt der Humanität aus sehr häufig unerquicklich zu lesen, aber in Deutschland hatte man gehofft, daß die aus Idealismus geborene Bewegung von solchen Greueln unbefleckt bleiben werde. Der letzte und der eigentliche Fehler aber war, daß man das Kolonisieren unternommen hatte, nicht als einen großen politischen Akt, sondern teils aus einem unklaren nationalen Tätigkeitsdrang, teils in der Vorstellung, es handle sich um einen rein wirtschaftlichen Akt, um ein Geschäft.

Es hat in der Tat zuweilen Kolonien gegeben, die, als rein wirtschaftliche Unternehmungen in Szene gesetzt, sich rentiert haben. Aber das ist nur geschehen, wo besonders günstige Umstände vorlagen und zusammentrafen. Gerade indem in Deutschland die ersten Gedanken auftauchten, daß auch unser Volk an der transozeanischen Kolonisation beteiligt werden müsse, hatte man in England die Rechnung aufgemacht, daß Kolonisation keineswegs ein besonders rentables, sondern sogar ein verlustbringendes Geschäft sei, und darüber das tiefere theoretische Verständnis für das eigene Tun, selbst hier im Mutterlande der modernen großen Kolonisationen, so gut wie verloren.

Das 19. Jahrhundert, so reich es an idealistischen Gedanken und Taten gewesen ist, ist doch in hohem Maße erfüllt mit materialistischen Vorstellungen. Auf diesem Boden des materiellen Interesses, das das Leben der Völker bestimmt, ist ja die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung erwachsen, die wiederum ein wesentliches Element der sozialdemokratischen Bewegung geworden ist. Kolonien, lehrte man in den fünfziger und sechziger Jahren in England, seien wirtschaftliche

Unternehmungen und danach zu beurteilen, ob sie als solche ein gutes Geschäft darstellten oder nicht. Der große Freihändler Cobden war zu dem Ergebnis gekommen, daß schließlich die Bilanz ein schlechtes Ergebnis aufweise, und in vollem Ernst hatte man in England die Frage erörtert, ob es nicht am besten sei, sich der Kolonien auf gute Manier zu entledigen. Selbst der leitende englische Minister Gladstone stand diesen Auffassungen nicht fern, und bis auf diesen Tag ist ja auch in Deutschland noch die Meinung ganz vorherrschend, daß unsere Kolonialpolitik um wirtschaftlichen Gewinnes willen inszeniert worden sei und betrieben werden müsse. Man wollte die Rohstoffe aus eigenen Kolonien beziehen und Waren dahin absetzen. Leicht war da die Antwort gegeben, daß doch auch die fremden, namentlich die englischen Kolonien dem deutschen Handel durchaus nicht verschlossen seien, und daß es wirtschaftlich sogar viel vorteilhafter sei, den fremden Nationen die Last der Kolonialverwaltung zu überlassen, selber aber an den wirtschaftlichen Vorteilen vermöge kaufmännischer Tatkraft und industrieller Leistungsfähigkeit so viel zu gewinnen wie möglich. Wandte

man dagegen ein, daß ein solches Arbeiten und Ernten auf fremdem Gebiet doch immer von dem guten Willen der Fremden abhängig sei und eines Tages abgeschnitten werden könne, so schlug auch das nicht eigentlich durch, denn im Verhältnis zum überseeischen deutschen Gesamthandel konnte der Handel der eigenen deutschen Kolonien immer nur einen sehr geringfügigen Satz ausmachen.

Im Jahre 1913 belief sich die gesamte Einfuhr in Deutschland aus seinen Schutzgebieten auf 53 Millionen Mark, während die Gesamteinfuhr 10,8 Milliarden Mark betrug; von der Gesamtausfuhr von 10,1 Milliarden Mark nahmen unsere Kolonien nicht mehr als 57 Millionen bei sich auf. Aus der Fremde führten wir Ölfrüchte für 300 Millionen ein, aus dem eigenen Machtbereich für 7 Millionen, ähnlich bei den anderen Rohstoffen: Kautschuk, Kakao, Baumwolle, Schafwolle, Hanf, Kupfer. Das ist wirtschaftlich nicht schlecht vom Gesichtspunkt der Kolonien aus, wenn man bedenkt, wie kurze Zeit sie erst nach Sammlung der nötigen Erfahrung und Überwindung der Kinderkrankheiten ernstlich im Betrieb sind; vom Gesichtspunkt des deutschen Wirtschaftslebens aus kommt

es kaum in Betracht. Es handelt sich um $^1/_2$%
unseres gesamten Außenhandels.

Lehrt denn wirklich aber die Kolonialgeschichte der Welt, daß das Ökonomische ihr Wesen ausmacht? Wie klägliche Gebilde wären die Staaten und Völker, wenn dem so wäre. Wer so rechnet, der hat selber jenen Krämergeist, den wir so oft den Engländern zum Vorwurf machen. Gibt es ja bei uns sogar Leute, die den heutigen Weltkrieg aus wirtschaftlichen Ursachen ableiten und sich und uns einreden wollen, daß um irdischer Schätze willen unsere Jungen draußen bluten. Das Wirtschaftliche ist zwar immer die Grundlage des Daseins, aber nicht sein Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck. So ist auch der letzte Zweck der Kolonialpolitik nicht im Wirtschaftlichen, sondern im Nationalen und Politischen zu suchen.

Sehr verschiedene Arten von Kolonisierung weist die Weltgeschichte auf. Die Griechen kolonisierten einst durch Anlegung zahlloser Handelsstätten auf barbarischen Gebieten vom Schwarzen Meer bis nach Spanien. Mit dieser ihrer Kolonisation haben sie schließlich den ganzen Orient hellenisiert. Die Römer haben in Italien Kolonien

angelegt, die einen halb bäuerlichen Charakter trugen und vielleicht am besten als Ackerbürgerstädte bezeichnet werden können. Mit ihrer Hilfe haben sie Italien latinisiert, den übrigen Okzident aber wesentlich durch die Verwaltung, durch aristokratische und städtische Kultur. England hat Nordamerika teils durch aristokratische, teils durch bäuerliche, teils durch städtische Ansiedlungen anglisiert, und ähnlich ist im Mittelalter der heutige deutsche Osten germanisiert worden. Das bäuerliche Element war darin das wenigst bedeutende, jedenfalls nicht das entscheidende; dieses Entscheidende gaben die überquellenden oberen Schichten. Das waren damals Ritterschaft, Kirche und Kaufmannschaft. Die Kaufmannschaft, die mit dem Handwerkertum noch eng verbunden war, gründete die Städte, alle zusammen verbunden mit der Kirche germanisierten die unterworfenen Slawen und Preußen. Welcher Art der Kolonisation bedarf heute das deutsche Volk? Die sicherste aller Kolonisationen ist die Bauernkolonie, die ein so kompaktes Volkstum schafft, daß es nicht entnationalisiert werden kann und die Kolonie sich fühlt, als ob sie ein Stück des Mutterlandes selbst wäre. An eine solche

Bauernkolonisation können wir heute nicht denken, aus dem einfachen Grunde, weil wir keine überzähligen Bauern mehr haben. Unsere ganze überseeische Auswanderung ist schon seit Mitte der neunziger Jahre auf 20—30 000 Seelen im Jahr gesunken, während wir gleichzeitig an eine Million ausländischer Arbeiter, Russen, Polen, Ruthenen, Slovaken, Italiener, Skandinavier in Deutschland beschäftigen. Deutschland ist kein Auswanderungs-, sondern Einwanderungsland. Die Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter, die sich ansiedeln lassen möchten, brauchen wir aufs dringendste in der Heimat und haben wenig oder nichts über See abzugeben. Was unsere Kolonien füllen und ihnen das Gepräge geben muß, ist die Oberschicht, die Tausende mittleren und höheren Bildungsstandes, die unser reiches Schulwesen unausgesetzt produziert und für die wir im Vaterlande keine genügende Verwendung haben. Die Männer um die Dreißig, die in der Blüte ihrer Kraft stehen, und sich alle Kenntnisse und Fertigkeiten angeeignet haben zur Erfüllung eines größeren Wirkungskreises, sitzen ja bei uns häufig müßig oder halbmüßig herum und warten auf eine Anstellung

mit kärglichem Gehalt. Diese müssen wir als Techniker, Kaufleute, Pflanzer, Ärzte, Aufseher, Offiziere und Beamte ausschicken, damit sie die großen Massen der niederen Rassen regieren, wie die Engländer Indien. Es kann nun aber nicht genügen, hier und da in einigen größeren und kleineren Landschaften solche Oberschichten auszubreiten, sondern einen dauernden und gesicherten nationalen Gewinn erzielt man nur vermöge der Schaffung eines so großen zusammenhängenden Gebietes, daß die verschieden gearteten Landschaften sich gegenseitig ergänzen, dadurch sich stützen und festhalten. Ein sehr großes zusammenhängendes Gebiet, das einheitlich verwaltet wird, gewinnt auch eine gewisse politische Konsistenz; das einheitliche Zollgebiet schafft Verbindungen und Interessen, die nicht so leicht zu zerstören sind. Städte mit größerer weißer Bevölkerung und eigenem kommunalen Leben verlangen ein sehr großes Hinterland. Ganz fest aber werden wir ein solches Kolonialreich an das Mutterland knüpfen, wenn wenigstens einige Teile des Gebietes so beschaffen sind, daß sich über den Eingeborenen nicht bloß ein wechselndes, sondern ein

bodenständiges, hier und da vielleicht auch ein bäuerliches Deutschtum behaupten und fortpflanzen kann.

Diese letzte Betrachtung habe ich im Jahre 1912 niedergeschrieben. Die heutigen Kriegsläufte haben das Bild bestätigt und vertieft. Ein sehr großer Teil der höheren und mittleren Intelligenzen, die im Vaterlande kein ihren Fähigkeiten entsprechendes Arbeitsfeld fanden, suchten bisher ihr Brot in der Fremde. Während in Deutschland außer einigen Jockeys, Tanzlehrern und Köchen wesentlich nur Sprachlehrer und Bonnen fremder Zunge ihre Bildung verwerten, haben wir Rußland Ärzte, Apotheker, Lehrer, Ingenieure, Chemiker, Techniker, Brauer, theoretisch gebildete Landwirte, Kaufleute, Vorarbeiter, höhere Handwerker usw. geliefert, die nun ins Elend geraten, ihres Berufes verlustig, nach dem Kriege in die Heimat zurückströmen werden, so weit sie nicht gar von den Russen nach Sibirien transportiert, in Hunger und Frost umgekommen sind. Auch in England waren ganze Kolonien von Deutschen des höheren und kleineren Mittelstandes und nicht viel weniger in Frankreich. Wo soll ihnen allen eine neue Stätte an Stelle der zerstörten errichtet werden?

Eine Gegend, wo wir sie hätten hinsenden können, um sich mit einem bildsamen Volk niederer Kulturstufe zu vermischen und dieses zum Deutschtum emporzuziehen, wie im Mittelalter unsere östlichen Nachbarn, gibt es heute nicht mehr. Wie aber, wenn wir diese Kulturschicht über einer niederen Rasse als Erzieher- und Herrenstand ansiedeln, ein überseeisches Deutschland schaffen, und die jetzt vergeudete Volkskraft für uns zusammenhalten und dem nationalen Tätigkeitsdrang ein unabsehbares neues Arbeitsfeld bieten?

Dazu aber gehört Weltpolitik, Seepolitik und Flotte.

Von dieser neuen Aufgabe, die die Idee einer deutschen Kolonialpolitik dem deutschen Wesen stellte, hatte Bismarck und Bismarcks Zeit noch keine Vorstellung und konnte sie noch nicht haben.

Grundsätzlich verzichtete der Staat damals darauf, sich die Kinder des Volkes, die die Heima verlassen hatten, festzuhalten. „Gibt es ein zweites Volk auf der Welt," schreibt Paul Rohrbach*), „dessen Regierung es über sich gebracht hätte, Hunderttausenden von Volksgenossen im Ausland

*) Der deutsche Gedanke in der Welt, S. 60.

ihre Zugehörigkeit zur Nation abhanden kommen zu lassen, bloß weil sie so lange keine Formel finden konnte, nach der diese Deutschen ihren nationalen Verpflichtungen genügen sollten? War es nicht für den Deutschen eine Schande, die zum Himmel schrie, daß sein endlich einig gewordenes Vaterland es nicht mehr für der Mühe wert hielt, sich um ihn zu kümmern, sobald er zehn Jahre lang nach Verlassen der Heimat dem Heiligtum konsularischen Aktenpapieres fernblieb?" Aber der Vorwurf für die Regierung wird gemildert, weil die breitesten Schichten des Volkes in allen Ständen und Klassen nicht anders dachten.

Wir finden Spuren, wie der Begründer des Nationalstaates mit dem Scharfblick des staatsmännischen Genius die Tragweite der neuen Gedanken erkannte und sie auch wieder sozusagen vor sich selber verbarg, als er sich dem Vorgehen nicht mehr entziehen konnte.

Noch im Jahre 1881 äußerte er zu einem Abgeordneten: „Solange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik. Wir haben eine Flotte, die nicht fahren kann; und wir dürfen keine verwundbaren Punkte in anderen Weltteilen

haben, die den Franzosen als Beute zufallen, sobald es losgeht"*). Als er nun aber die ersten Erwerbungen vor dem Reichstag vertrat und ihm entgegengehalten wurde, daß das Reich ja gar nicht in der Lage sei, diesen Gebieten seinen Schutz zu gewähren, da erwiderte er: „Die Kolonien lassen sich verteidigen vor den Toren von Metz." Ist das wirklich zutreffend? Ja — aber in noch viel höherem Maße nein. Jene Drohung „vor den Toren von Metz" bedeutet eine Drohung mit dem Weltkrieg. Konnte man wegen jeder kleinen kolonialen Streitigkeit diese Herkuleskeule in die Hand nehmen? Konnte man Frankreich bedrohen, wenn man mit England, Portugal, Japan oder China etwas auszumachen hatte?

Hier ist der Punkt, wo sich die nachbismarcksche Epoche von der bismarckischen scheidet: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser." Unsere innere Kraft wuchs und wuchs und wir blieben neben den Riesenweltreichen die bescheidene europäische Kontinentalmacht. War es wirklich unsere letzte Bestimmung, den heimischen Herd zu pflegen, unsere

*) Zimmermann S. 64, nach Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier III, 54

Jugend auszubilden, damit sie anderen Völkern ihr Können zutrage, unsere Polen und Dänen zu schikanieren und mit weißen, gelben und schwarzen Menschen Geschäfte zu machen?

Daß Bismarck in der Tat, wie wir oben schon gesehen haben, die Kolonialpolitik nur als etwas Beiläufiges, Äußerliches, man möchte fast sagen, als eine dem Gemüt wohltuende Dekoration an den eigentlichen Mauern seiner nationalen Politik ansah, erkennt man noch nicht so sehr an der zögernden und vorsichtigen Form ihrer Einleitung, als an der Tatsache, daß er die Augen noch vollständig verschloß vor der Flottenfrage. Im Jahre 1874 hatte man drei Panzerschiffe gebaut, dann stellte man den Bau von Schlachtschiffen bis zum Jahre 1888 wieder ein; ein einziges, noch dazu in der Konstruktion völlig verfehltes kleines Panzerschiff „Oldenburg" lief 1883 vom Stapel, außerdem im ganzen fünf ungepanzerte Kreuzer und Patrouillenschiffe. Die Aufgabe der deutschen Seemacht, stellte man sich vor, sei eine rein defensive, die am besten mit dem jüngst erfundenen und ausgebildeten Torpedoboot geleistet würde. Von Hochseeaufgaben für deutsche Kriegsschiffe

wollte man nichts wissen. Kein Zweifel, daß Caprivi hierin im Herzen ebenso dachte wie Bismarck, und wenn nichtsdestoweniger er es gewesen ist, der die Grundlage für unsere heutige Flotte gelegt und mit seiner außerordentlich geschickten parlamentarischen Taktik, indem er, wie bei der Heeresvorlage, auch die polnischen Stimmen heranzog, die Majorität des Reichstages dafür gewonnen hat, so ist der Grund nicht in einer tieferen politischen Einsicht zu suchen, sondern war nichts als Entgegenkommen gegen den Willen eines Höheren, des Kaisers: ganz wie Bismarck einst sich für die dreijährige Dienstzeit eingesetzt hatte, nicht sowohl, weil er sie selbst für unerläßlich hielt, sondern weil er den Willen König Wilhelms dadurch erfüllte. So ist die Gründung der deutschen Flotte ausschließlich das Werk und der Wille Kaiser Wilhelms II. gewesen, und Caprivis Verdienst, freilich kein geringes, war die parlamentarische Ausführung, auf welcher Grundlage dann der Admiral Tirpitz nach langer, ebenso kunstvoller, wie erfolgreicher Bearbeitung der öffentlichen Meinung das Werk hochgebracht hat.

An dieser Stelle, und man kann sagen allein an dieser Stelle liegt die wirklich große und

durchgreifende Abweichung von der Bismarck-tradition, der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Kurse.

Es ist richtig, daß schon Bismarck unsere hauptsächlichsten kolonialen Erwerbungen gemacht hat, aber in einem Geist und unter Voraussetzungen, die das Gedeihen von vornherein unmöglich machten. Schon er selbst und in steigendem Maße seine Nachfolger mußten zu dem ursprünglich allgemein perhorreszierten französischen System übergehen und Reichsmittel für die Kolonien flüssig machen. 1885 hatte er auf die Frage Bambergers, ob im Falle des Mißerfolges der kolonialen Gesellschaften das Reich für sie eintreten werde, erwidert: „Wie kann man das von mir annehmen, daß ich dann mit der den Deutschen eigentümlichen Schwerfälligkeit eine solche mißglückte Frage als eine nationale erkläre; wenn Sie jemals einen solchen Reichskanzler hätten, müßten Sie ihn fortjagen." Aber schon von 1889 an mußte der Reichstag um Bewilligungen angegangen werden, die im Jahre 1913 auf fast 100 Millionen gestiegen sind.

So alt der Satz ist, daß man nicht ernten kann, was man nicht gesät hat, so scheint es, müssen ihn

doch die Völker auf neuen Gebieten immer erst von neuem lernen. Frankreich hat sich in der Generation seit 1870 nicht nur durch den Revanchegedanken, sondern auch durch seine großartige und erfolgreiche Kolonialpolitik aufrecht erhalten und verjüngt. Das deutsche Kolonialwesen stand lange in dem Ruf, daß nur verkrachte Existenzen und bodenlose Abenteurer sich darin tummelten und wohlfühlten*).

Die erste und wichtigste aller nationalen Forderungen, die wir bei dem zukünftigen Friedensschluß zu erheben haben, wird die eines sehr großen Kolonialreiches sein müssen, eines deutschen Indien. Das Reich muß so groß sein, daß es sich im Kriegsfall selbst zu verteidigen fähig ist. Ein sehr großes Gebiet kann kein Feind vollständig besetzen. Ein sehr großes Gebiet ernährt eigene Truppen und birgt zahlreiche Reservisten und Landwehrmänner. Indem Eisenbahnen die Hauptpunkte verbinden, sind die verschiedenen Gegenden in der Lage, sich wechselseitig zu unterstützen. Ein sehr großes Gebiet kann eigene Munitions- und Waffenfabriken haben. Ein sehr großes Gebiet hat auch Häfen und Kohlenstationen.

*) Wiedenfeld S. 8.

Indem ein solches Kolonial-Deutschland uns zur Weltmacht erhebt, bringt es uns zugleich die Lösung der schwersten aller sozialen Fragen, die Schaffung einer befriedigenden Tätigkeit für die aufsteigenden Söhne des Volkes, den Überschuß in der Intelligenz, der zu Hause keinen Arbeitsplatz findet. Haben wir nicht jetzt schon zu viel Abiturienten? Zu Viele, die über den Stand des Vaters heraufzukommen bemüht sind in ehrlichem Vorwärtsstreben und dann nicht wissen, wo sie bleiben sollen? Geht nicht der allgemeine Wunsch dahin, daß nach dem Frieden für die begabteren Kinder aller Klassen die höheren Bildungsstufen zugänglich gemacht werden sollen? Erst dann aber wird der Zweck voll erreicht, wenn für die gute Ausbildung auch eine gute Verwertung gefunden wird, und das kann nur geschehen über Land und See. Geschieht es aber, so schafft man damit zugleich eine Verbreiterung und Bereicherung unseres Volkstums, die durch ihre Rückwirkung die stockenden Säfte in dem eingeengten Europa-Deutschland in Bewegung erhält.

Der Kolonist, der sich selber sein Schicksal schafft, bildet ein anderes Selbstgefühl aus, als wer im

gewohnten Trott zu Hause seinen Weg läuft. Das Sprichwort „Bleibe im Lande und nähre dich redlich“, ist ebenso philisterhaft wie es brav ist. Der Blick weitet sich auf der See und der Wille stählt sich. Der Überseedeutsche ist ein anderer Deutscher als der Heimdeutsche, und beide zusammen werden das größere und höhere Deutschtum des 20. Jahrhunderts hervorbringen, die Vermehrung seiner ideellen und materiellen Kraftfülle und Lebensbetätigung (Rohrbach).

Wir haben eine derartige Ergänzung des heimdeutschen Volkstums um so dringender nötig, als unsere Entwicklung auf eine immer stärkere Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens hinweist. Alle Erfahrungen des Krieges dienen dazu, die schon längst vorhandene Tendenz mit einem Riesendruck zu verstärken, und man darf das, um dem Auswachsen des Kapitalismus zum Mammonismus entgegenzuwirken, nur gern und freudig willkommen heißen. Aber diese Entwicklung hat auch eine Schattenseite, vor der wir die Augen nicht verschließen dürfen. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens oder der Staatssozialismus, wie man

es auch genannt hat, die Monopole, die Verwaltung ganzer Wirtschaftszweige durch Staatsbeamte oder riesige Gesellschaften und ihre Direktoren verringert die Zahl der selbständigen Persönlichkeiten, die, um sich selbst auf eigene Gefahr und Verantwortung vorwärts zu bringen, zugleich dem Wachstum des Ganzen dienen. Pflichttreue und gewissenhafte Beamten sind etwas Gutes, aber der unternehmende, wagemutige Geschäftsmann und Kaufmann ebenso, und jedenfalls für eine gesunde, fortschreitende Nation und einen kräftigen Nationalcharakter unentbehrlich. Die Kolonien, die See und das Arbeiten im Ausland überhaupt, wo der Mann allein auf sich selbst gestellt ist, sollen uns wiedergeben, was wir zu Hause vielleicht um eines höheren Zweckes willen teilweise opfern müssen.

Ist aber Zentralafrika, das man dafür zunächst ins Auge fassen möchte, auch wenn man es noch so sehr ausdehnt, imstande, solche Last zu tragen? Ist der Boden geeignet? Ist er, nicht bloß im natürlichen Sinne, sondern auch ganz allgemein gesprochen, fruchtbar genug? Tragkräftig genug?

Ist etwa statt dessen oder daneben Hinterindien, Cochinchina in Aussicht zu nehmen?

Darüber haben wir hier nicht zu handeln. Ich schreibe nicht über Kriegsziele, sondern will feststellen, was heute unsere nationale Aufgabe ist, in derselben Weise wie im Jahre 1862, als Bismarck ans Steuer berufen wurde, die Einigung die nationale Aufgabe war. Es ist die Schaffung eines größeren Deutschland vermöge neuer weiter Arbeitsgebiete, auf denen das Deutschtum der Auswanderer sich zu erhalten vermag und sich selbst und damit auch Altdeutschland mit neuen Kräften und Anregungen bereichert.

Genügt Afrika, oder welches exotisches Gebiet es sei, dafür nicht*), so gibt es zu unserem Heil

*) Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchte ich ausdrücklich hinzufügen, daß etwa der belgische und französische Kongo allein das deutsche Indien, das wir anstreben müssen und nach unserem Kriegserfolge beanspruchen dürfen, nicht sein könnten. Zwar kann dieses Äquatorialland der späteren Zukunft Schätze bieten, die man heute kaum ahnt, aber für die nächste Generation wird es wegen seiner außerordentlich dünnen Bevölkerung noch unergiebig bleiben und bringt nicht nur nichts, sondern kostet. Erst wenn die ringsherum liegenden, jetzt in englischer Hand befindlichen reichen Gebiete hinzugefügt werden, sind hier sofort die realen Vorbedingungen für ein deutsches Indien in ausreichendem Maße gegeben.

noch eine andere Art der Kolonisation und ein anderes Kolonialfeld, das uns gleichzeitig dieser Krieg öffnet und schon jetzt mit Sicherheit zur Verfügung hält. Die Türkei, die noch immer in Europa, in Kleinasien, in Syrien, in Mesopotamien die ältesten und ergiebigsten Kulturgebiete der Menschheit besitzt, sucht den Anschluß an die europäische Kultur und kann, wenn sie diesen Krieg siegreich übersteht, von dieser Bahn nicht mehr zurück. Sie bedarf dazu der europäischen Lehrmeister, und kann sie nirgendwo anders mehr suchen, als bei den Deutschen. Man hat früher von der Ansiedelung deutscher Bauern in Kleinasien oder Mesopotamien gesprochen: es kann keinen verkehrteren Gedanken geben; die Türken selbst würden es sich verbitten. Deutsche Lehrmeister aber und deutsches Kapital, um ein neu-türkisches Staatswesen zu gründen und das älteste Kulturland vom wirtschaftlichen Tode zu erwecken, das ergäbe eine Gemeinsamkeit des Wirkens und der Interessen, die durch keine politischen Intrigen wieder zerrissen werden könnte. Mit den Reisen des Kaisers nach Konstantinopel und Jerusalem und mit dem Bau der Bagdad-Bahn durch deutsche Ingenieure und mit

deutschem Kapital hat diese Politik einst eingesetzt. Eine dauernde enge wirtschaftliche, wie pädagogische, wie politische Verbindung soll uns jetzt die Epoche nach Abschluß dieses Krieges bringen. Paul Rohrbach hat das schon vor dem Kriege sehr schön ausgedrückt *): „Nicht die politische oder ökonomische oder kolonisatorische Germanisierung der Türkei oder dieses oder jenes Stückes von ihr ist es, was wir wollen, sondern die Hineinleitung deutschen Geistes in den großen nationalen Erneuerungsprozeß, der dasjenige Volk des Orients erfaßt hat, dem die Zukunft und die politische Herrschaft zwischen dem Persischen Golf und dem Mittelmeer gehört und gehören wird!"

Wir sind wieder angelangt bei dem Punkt, wo wir die erste große positive Abweichung des neuen Kurses von der Bismarckschen Tradition feststellten, der deutschen Orientpolitik. Auch hier ist ein Stück unserer Seepolitik: unsere Schiffe und unsere Matrosen kämpfen heute im Schwarzen Meer und an den Dardanellen. Unsere Schlachtflotte fesselt die meisten, stärksten und besten Schiffe Englands in der Nordsee und hindert sie an den Meerengen den Todesstoß zu führen, dem die

*) Der deutsche Gedanke in der Welt, S. 238.

Teilung des osmanischen Reiches folgen würde. Bismarck hat noch ganz ernsthaft den Gedanken, daß wir den Russen Konstantinopel lassen könnten, erwogen. Heute wissen wir, daß unser Volk damit abgesägt wäre von dem vielleicht wichtigsten Arbeitsgebiet seiner Zukunft. Schon Friedrich List und Leopold Ranke haben es vorausgesagt, der geniale österreichische Minister Bruck hatte bereits vor 60 Jahren die Umrisse für praktische Pläne entworfen, die Gegenwart führt uns auf Adlers Fittichen dem Ziele zu.

Von der Nord- und Ostsee bis zum Persischen und Roten Meer wird sich zwar kein deutsches Herrschaftsgebiet, aber ein Arbeitsgebiet für den deutschen Geist, das deutsche Organisationstalent und die deutsche Wirtschaftskraft erstrecken, das wir einst im Frieden uns zu gewinnen trachteten, nun aber, da wir es vor den Geiergriffen der anderen mit dem Schwerte haben schützen müssen, durch die Bande der Kriegskameradschaft und der Dankbarkeit auf immer uns verbunden haben. Babylon und Ninive sind heute Trümmerstätten, aber das Land, das einst diese Prachtresidenzen ernährte, bedarf nur einer geordneten, zielbewußten Regierung,

um sich von neuem mit der alten Fruchtbarkeit zu bedecken. Wenn Deutschland die Hand reicht, wird die Erstarrung, die jetzt über jenen Gefilden liegt, sich lösen. Konstantinopel, Damaskus, Jerusalem, Mekka, Mossul, Bagdad — das Reich des Sultans ist groß: es bedarf unser zu seiner Erhebung; wir bedürfen seiner, weil wir eine Aufgabe haben müssen. Die Aufgabe ist keineswegs leicht. Der Islam und die europäische Kultur sind einander in ihren Grunderscheinungen so schroff entgegengesetzt, daß man theoretisch an einem Ausgleich fast verzweifeln möchte. Wäre der Muselmann bloß rückständig dem Europäer gegenüber, so könnte man hoffen, ihn mit einigem Schieben vorwärts zu bringen. Er ist aber nicht bloß rückständig, sondern er ist zugleich dem Europäer, nicht bloß dem Levantiner, sondern auch dem wirklichen Europäer in mancherlei Tugenden überlegen*). Diese Tugenden machen ihn uns sympathisch, sie erwecken die Hoffnung, daß ein so tüchtiger Kern, so tapfere, ehrliche, würdige Männer mit den Ideen Europas in Berührung

*) Jäckh, Der aufsteigende Halbmond. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.

gebracht nur um so mehr müßten leisten können. Aber es gilt, ihnen diese Ideen nahezubringen, ohne sie die Tugenden ihrer Überlieferung und ihrer Religion darüber verlieren zu lassen. Der Krieg selbst hat uns jetzt so fest aneinandergeschmiedet, daß wir getrost die Hand ans Werk legen dürfen. Wie gern hätten unsere Feinde die Türken in diesem Kriege neutral bleiben sehen! Wie sänftiglich gingen sie mit ihnen um — um sie, nachdem sie uns niedergeworfen, freundschaftlich unter sich zu verteilen. Die Türken hatten politischen Scharfblick genug, das zu erkennen, und haben ihrerseits zur Waffe gegriffen, ehe es zu spät war. Nicht bloß wir sind ihnen, auch sie sind uns zu Hilfe gekommen, und ein solcher Bund hat Zukunft. Mag dieser Krieg noch die Engländer aus Ägypten vertreiben oder nicht — was ist die englische Herrschaft am Nil, wenn die Türkei sich jetzt behauptet, sich militärisch und wirtschaftlich verjüngt und aufrafft und ihr Eisenbahnsystem so ausbaut, daß es große Armeen mit allem Zubehör bis an die ägyptische Grenze befördern kann? Mit 6000 Mann europäischer Besatzung hat bisher England in Friedenszeiten das Pharaonenland zu

behaupten vermocht. Wie auch immer die zukünftigen Friedensbedingungen lauten mögen, mit diesem Idyll der englischen Weltherrschaft ist es vorbei.

Bismarcks Erbe. Auf allen anderen Gebieten ist, wie wir uns überzeugt haben, sein Erbe verwaltet worden in seinem Sinne. Nicht so, daß die Einzelheiten der Ausführung dem entsprochen hätten, wie er es sich gedacht hat. Im Gegenteil, wir haben gesehen, daß auf vielen und wichtigen Gebieten die Fortbildung geschah in einer Weise, der er selber heftigen Widerspruch entgegengesetzt hat oder sicherlich entgegengesetzt haben würde. Er hat auch in Friedrichsruh noch selbst genug gemurrt über das, was seine Nachfolger anstellten. Nichtsdestoweniger läßt sich mit Fug behaupten, daß die Fortbildung in seinem Geiste geschehen ist. Ja, hinsichtlich der auswärtigen Politik sind neuerdings sogar Behauptungen aufgetaucht, daß man sich nur zu sehr an seine Überlieferungen gehalten habe. Sein Bestreben, unter allen Umständen den Frieden zu wahren und seine Lehre, unter keinen Umständen einen Präventivkrieg zu führen, sei nur zu strikt befolgt worden. Man kann

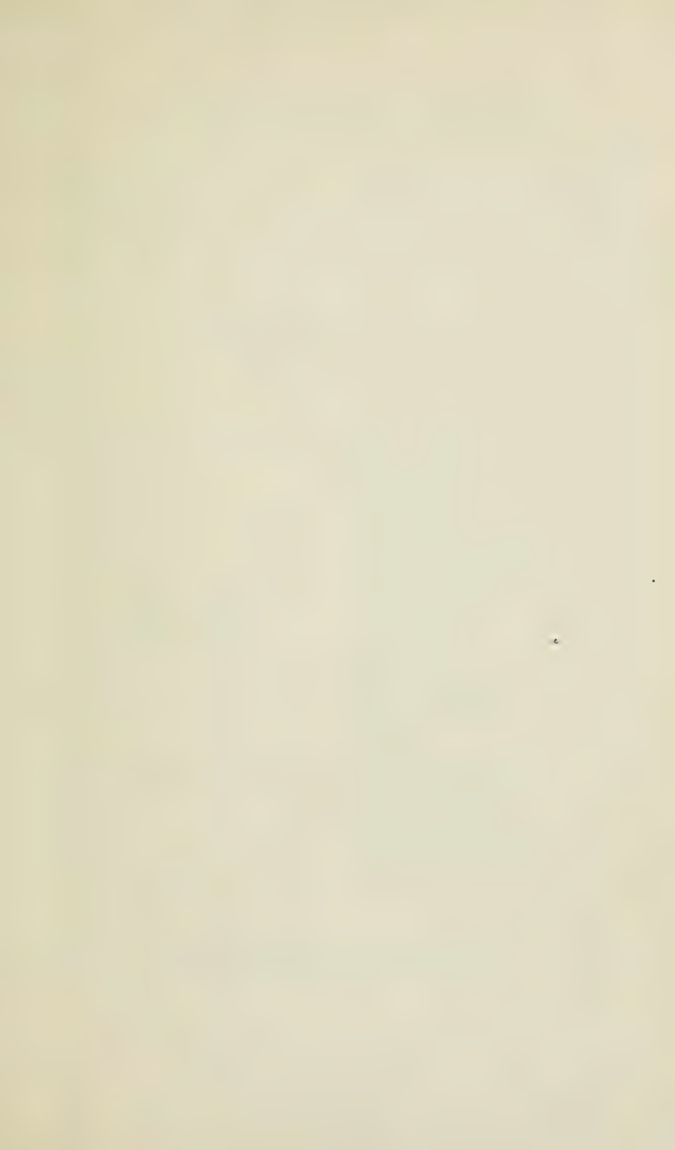
dieser Auffassung nicht entschieden genug widersprechen. Kein Satz aus dem Nachlaß Bismarcks steht höher als die Verwerfung des Präventivkrieges, und nichts ist mehr zu preisen, als daß wir diesem seinem Gesetze treu geblieben sind. Ihm verdanken wir nicht bloß das gute Gewissen, mit dem wir jetzt in den Kampf gegangen sind, sondern auch die überwältigende Erscheinung der Einmütigkeit unseres Volkes, wie unsere zweitausendjährige Geschichte sie noch niemals aufzuweisen vermocht hat.

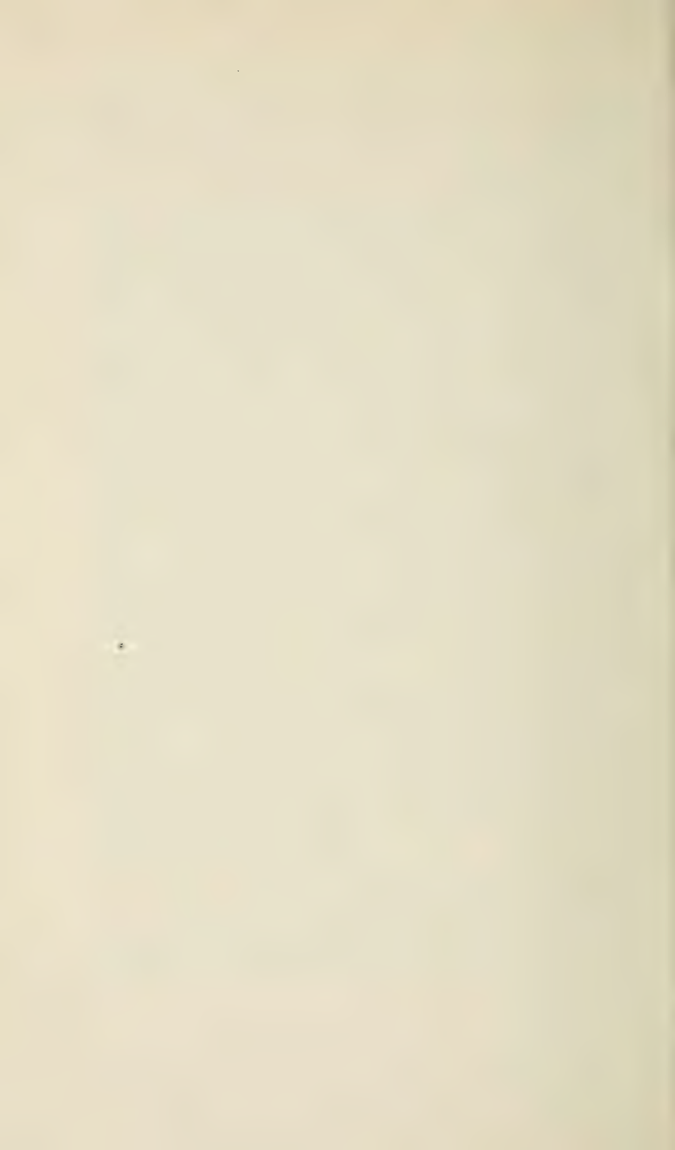
Hinausgegangen aber ist unsere Epoche über Bismarck vermöge unseres Übergangs von der Kontinental- zur Weltpolitik. Sie hat sich damit von Bismarck entfernt, hat sie sich aber damit auch in Widerspruch zu ihm gesetzt? Das deutsche Volk wird heute einmütig antworten: es ist kein Widerspruch, es ist die Erfüllung. Ein Widerspruch wäre erst da, wenn man den nationalen Boden seiner Politik aufgeben, wenn man aus Deutschland einen Nationalitätenstaat machen oder in irgendeiner Form eine deutsche Welthegemonie anstreben wollte. Das ist es, wovor er stets gewarnt, was er immer wieder abgelehnt hat. So schon bei der Kaiserproklamation in Versailles. So in der großen

Reichstagsrede, in der er den Berliner Kongreß ankündigte (19. Februar 1878), wo er erklärte, „ich bin nicht der Meinung, daß wir den napoleonischen Weg zu gehen hätten, wenn auch nicht der Schiedsrichter, gewissermaßen auch nur der Schulmeister in Europa sein zu wollen“. Ähnlich in der ersten Ansprache, die er nach seinem Rücktritt an eine Abordnung der Technischen Hochschulen Deutschlands hielt (22. März 1890): „Das größte Glück für Deutschland ist der Friede; ich glaube nicht, daß je ein deutscher Kaiser mit einem Blick auf die Landkarte napoleonische Eroberungsgelüste hegen wird“.

Das Erbe Bismarcks ist bewahrt worden, indem man auch nach seinem Abgang noch 24 Jahre lang den Frieden gehütet. Es ist aber erst recht erfüllt worden, als man, da nun der Friede sich nicht länger wahren ließ, so hochgemut und zuversichtlich wie nur je er selber in den Kampf eingetreten ist, zunächst um unser Dasein zu verteidigen, dann aber weiter, um neben den anderen Weltmächten selber Weltmacht zu sein.

Geschrieben im März—April 1915.





Register*)

*) Die am häufigsten vorkommenden Namen, wie Bismarck, Wilhelm I. usw., sind nicht als Stichworte aufgenommen



Ullstein & Co.
Berlin SW 68





